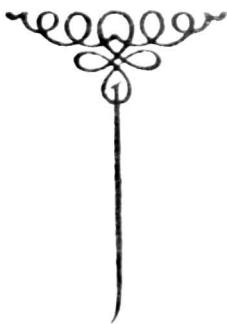


Um Indiens Freiheit.

Von
H. Warburg.



1925

Dr. Franz A. Pfeiffer & Co., Verlagsges. m. b. H.
München.

Eine Hauptfrage der Philosophie der Gegenwart
behandelt das neue Buch von
Dr. P. Erhard Schlund

Die philosophischen Probleme des Kommunismus.

Gr. 8°, VIII und 287 Seiten. Grundzahl 450.

Daß Sie sich so gründlich in das Thema vertieften, wie Sie es getan haben,
nähert uns, glaube ich, trotz des verschiedenen religiösen und politischen Be-
kenntnisses einander. Prof. Dr. Vorländer.

Tiefe Gelehrsamkeit breitet in diesem Buche eine staunenswerte Fülle von
Material und Lesefrüchten aus, ein klarer philosophischer Verstand sichtet
die Frage: Sind in der Lehre Kants kommunistische Anschauungen ent-
halten? Literarischer Handweiser.

Zu den erfreulichen Erscheinungen in schwerer wissenschaftlicher Rüstung
gehört hier ein soeben unter Baumker's Auspizien erschienenenes Buch des
Münchener Franziskanerlektors Dr. P. Erhard Schlund. Hochland.

Seine Begriffsbildungen vollziehen sich mit außerordentlicher Klarheit und
Präzision. Die Arbeit stellt einen grundlegenden Beitrag zur Sozial- und
Staatsphilosophie dar. Bücher-Rundschau.

Mit bewundernswerter Innerlichkeit und mit einer seltenen Kenntnis der
einschlägigen Literatur hat sich der Verfasser an die schwere Aufgabe ge-
macht. Allgemeine Rundschau.

Das überaus fleißig und genau gearbeitete Buch . . .
Kölner Viertel-Jahreshefte für Sozialwissenschaften.

Eine streng gelehrte Arbeit, in welcher objektiv und umfassend die Stellung
Kants zu kommunistischen Lehren und Gesinnungen durchgeführt wird.
Jahresbericht des Dürerbundes.

Schlund zeigt in seiner ausgezeichneten Schrift eine solche Vertrautheit mit
der Kantischen Philosophie und der weitverzweigten einschlägigen Literatur,
daß unwillkürlich der Wunsch sich regt: vielleicht schenkt der Verfasser uns
eines Tages ein ebenso gründliches Werk über den ganzen Kant.
Stimme der Zeit, Max Pribilla, S. J.

Dr. Franz A. Pfeiffer & Co., Verlagsgef. m. b. H., München

Um
Indiens Freiheit.

Von H. Warburg.

1923

Dr. Franz A. Pfeiffer Verlagsgef. m. v.
München.

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.

Ein Volk, das um seine Freiheit kämpft, wird überall Sympathien finden, wo der Wahn des Siegers die ursprünglichen Instinkte der Menschheit noch nicht erstickt hat; besonders aber bei denen, mit denen es eine Schicksalsgemeinschaft verknüpft. Ein gemeinsames Leid, das tief die edle Seele bedrängt, schließt alle Völker zusammen, die unter der harten Faust des Siegers sich beugen müssen und sich nach dem Tage der Freiheit sehnen.

Indiens Freiheitskampf muß unsere Aufmerksamkeit um so mehr auf sich ziehen, als dort seit Jahren eine Methode angewandt wird, mit der wir jetzt am Deutschen Rhein und an der Ruhr unsere Rettung zu erreichen streben. Der passive Widerstand ist es, der in Indien die meisten der bis heute erreichten Erfolge bewirkt hat. Es ist der Kampf des auf sein gutes Recht vertrauenden Idealismus gegen den in Waffen starrenden Militarismus und Imperialismus unserer Zeit. Zwei Welten stehen sich hier gegenüber: die aus den Niederungen der menschlichen Leidenschaften emporgestiegene Gewalt einerseits und andererseits das auf Geisteskraft sich stützende Recht, das sich an den ewigen Sternen orientiert, die ein höheres Wesen dem Menschen in das Dunkel seiner Erdenwege strahlen ließ.

Der Indier verfolgt unseren Widerstand mit dem größten Interesse. Die von Gandhi bis zu seiner Verhaftung herausgegebene Zeitschrift „Young India“ schrieb in ihrer Nummer vom 1. Februar ds. Js.: „Das gefallene und zermalmte Deutschland hat die Wahrheit entdeckt, daß kein Volk bezwungen und beherrscht werden kann, wenn sich der Eroberer nicht die Mitarbeit des Volkes zu erwerben versteht. Hier liegt der schwache Punkt der Gewalt, und hier findet die gerechte Sache, sei sie auch physisch noch so schwach, ihren schützenden Schild. Der Entschluß, alles zu erdulden, selbst den Tod, wird alle Völker vor dem Angriff der Stärkeren retten. Die flammende Liebe zum Vaterland, die Disziplin und der Mut des deutschen Volkes haben

eine Gestalt angenommen, mit der es Frankreich unmöglich gelingen wird, auf seine Kosten zu kommen. . . . Dem Glauben und der Hoffnung Indiens werden frische Kräfte aus der Niederlage zufließen, die die französische Gewalt durch den deutschen Widerstand erleidet. Besatzungsheere, Unterbindung der Verwaltung, Kriegsgerichte, alles das hat seine Macht verloren bei einem Volke, das sich weigert, das Schwert zu ziehen, aber dabei entschlossen ist, seine Ehre unter allen Umständen zu verteidigen und lieber zu leiden als dem Feinde zu Willen zu sein.“

Ein Ausdruck des deutschen Interesses an dem Streben der Indier und an ihrer Kampfesart, nicht rein wissenschaftlichen Verstehens, soll das vorliegende Schriftchen sein. Der Verfasser hat das Land der indischen Sonne und seine Bewohner in jahrzehntelangem Aufenthalt kennen und lieben gelernt, und möchte, daß auch andere in Deutschland die neueren politischen Bestrebungen der Indier mit demselben Interesse verfolgen wie er selbst.

Warburg.

Einleitung.

Indien ist gleichsam eine Welt für sich. Kein Land der Erde vereinigt auf wohlumgrenztem Gebiet eine solche Mannigfaltigkeit aller Verhältnisse wie die große Halbinsel, die sich von den mittelasiatischen himmelanstrebenden Bergketten aus in das südliche Meer erstreckt. Natur und Kultur scheinen hier alle ihre Möglichkeiten zur Schau stellen zu wollen. Die größten geographischen Gegensätze finden sich in seinen Grenzen: weite Alluvialebenen und die höchsten Gebirge der Welt; furchtbare Sommerhitze und ewige Kälte der eisbedeckten Bergriesen, dürrende Trockenheit und die größten Niederschlagsmengen der Welt, blühende Gärten und trostlose Wüsten, gewaltiger Reichtum der Bodenschätze und armes Land, das nur mit Mühe das Leben seiner Bewohner erhält.

Die Ethnologie Indiens zeigt uns das Bild eines gewaltigen Völkergemisches. Im Census Report von 1901 hat Ripley folgende Hauptgruppen unterschieden: Die älteste Bevölkerung Indiens ist durch die dravidischen Rassen vertreten, die innerhalb Asiens eine isolierte Stellung einnehmen und den Ureinwohnern Australiens am nächsten stehen. Von Statur sind sie kurz, unter Mittelgröße, ihre Hautfarbe ist dunkel, fast schwarz, das Haar reichlich, oft zur Kräuselung geneigt, die Augen dunkel, der Schädel länglich, die Nase breit und an der Wurzel zuweilen eingedrückt. Die Draviden bewohnen den großen Süden Indiens, von den Windhya-Gebirgen bis zum Kap Komorin. In den höheren sozialen Schichten dieser Bevölkerung treten die reinen Rasseigenschaften immer mehr zurück, ohne indes ganz zu verschwinden. Eine zweite Klasse bilden die Arier, die wir in ihrer größten Reinheit im Pandschab, in Radschputana und in Kaschmir finden. Sie sind hochgewachsen, haben helle Hautfarbe, dunkle Augen, reichlichen Haarmuchs, längliche Schädelform und schmale, hervorragende, aber doch nicht gerade lange Nase. Zu ihnen gehören die Radschputen, die Rhattris und die Dschats. An der Nordwestgrenze finden wir iranische Stämme, hochgewachsene, hell-

farbige Leute, mit rundem Schädel, dunklen Augen, die aber zuweilen grau sind, reichem Haarwuchs und runder Schädelform. Sehr auffällig ist die lange Nase dieser Völker. Den mongolischen Typ finden wir in den Himalayas, in Nepal, Assam und Birma. Die Schädelform ist wie bei den iranischen Völkern rund, die Gesichtsfarbe ist dunkel mit gelblicher Nuance, der Haarwuchs mäßig, das Gesicht flach, und die Augen liegen oft schief. Außer diesen gibt es verschiedene Mischrassen. Aus einer Mischung der Arier und Dravidier sind die Ario-Dravidier oder Hindostanen entstanden. Sie finden sich in den Vereinigten Provinzen, in Teilen von Kadschputana und in Behar. Aus mongolischen und dravidischen Völkern hat sich der Bengalische Typus gebildet, der im unteren Bengalen und in Orissa unter den höheren Kasten der Hindus und den Mohammedanern des östlichen Bengalens stark vertreten ist. Durch eine Vermischung des dravidischen Blutes mit einem anderen Element, das Ripley skythisch, andere aber alpin nennen, ist die Bevölkerung entstanden, aus der sich die Maratha-Brahminen, die Kumbis und die Kurgen des westlichen Indiens zusammensetzen. In den höheren Klassen ist die Beimischung dravidischen Blutes nur gering, in den unteren aber sehr stark.

Die Verschiedenheit der Rassen drückt sich auch in den in Indien gesprochenen Sprachen aus, wenn auch die Sprachgrenze nicht immer mit der ethnographischen Grenze zusammenfällt. Dazu kommt, daß sich im Laufe der Zeit innerhalb der einzelnen Sprachfamilien eine Reihe von verschiedenen Einzelsprachen gebildet haben. Man unterscheidet sechs verschiedene Sprachfamilien, vierzig bis fünfzig verschiedene Sprachen und nach Hunderten zählende Dialekte.

Auf religiösem Gebiete unterscheidet die Statistik den Hinduismus, zu dem sich 69,4 Prozent der Bevölkerung bekennen, den Animismus mit etwas über 10 Millionen Anhängern, den Mohammedanismus mit rund 67 Millionen Bekennern. Daneben stehen etwa vier Millionen Christen, hunderttausend Parsen und einundzwanzigtausend Juden. Innerhalb dieser Gruppen machen sich aber zahlreiche Gegensätze geltend. Der Hinduismus ist nur ein Sammelwort für alle die religiösen Anschauungen, die in größerem oder geringerem Umfange von den religiösen Vorstellungen der in das Gebiet der dravidischen Urbevölkerung eingedrungenen Arier beeinflusst worden sind. Je nach der Größe des Einflusses zeigen sich die verschiedensten religiösen Entwicklungsstufen, so daß es fast unmöglich ist, eine Definition der Hindureligion zu geben. Die Mohammedaner

sind gespalten in Sunniten, zu denen die größere Zahl gehört, und Schiiten. Da die größere Masse der Anhänger des Islam aus bekehrten Hindus besteht, ist der Mohammedanismus vielfach von hinduistischen und animistischen Vorstellungen durchsetzt, die in verschiedenen Gegenden sich verschieden geltend machen. Vom Hinduismus hat sich abgezweigt der Buddhismus, der namentlich in dem politisch zu Indien gehörigen Birma vertreten ist, ferner die Religion der Dschainas, die dem Buddhismus verwandt ist, aber stärker unter dem Einfluß des Hinduismus steht, und die der Sikhs, die auch der Religion der Hindu nicht fern stehen. Alle großen Religionen der Welt haben somit in Indien eine bedeutende Zahl ihrer Anhänger, und mit der Religion auch die großen Kulturkreise, die die heutige Menschheit beherrschen. Indien ist das einzige Land der Erde, in dem die altindische hinduistische, die mohammedanische und die christliche Kultur als mächtige Faktoren nebeneinander stehen. Wenn die vierte Gruppe der Kulturentwicklung, die buddhistische, die heute den Osten Asiens beherrscht, im eigentlichen Indien heute nicht mehr eine Macht ist, so ist sie doch noch nicht ganz ausgestorben, und vor allem hat sie in Indien selbst ihre Heimat; und es ist auch jetzt noch das klassische Land, in dem zahlreiche Bauten von Tempeln und Klöstern an eine vergangene Blütezeit des Buddhismus erinnern.

Eine weitere Zerklüftung Indiens bewirkt das Kastenwesen. Dieses findet sich bei fast allen Hindus; aber auch bei den Mohammedanern und selbst bei den Christen ist es nicht unbekannt. - In seiner ursprünglichen Form trennte es das Priester- und Gelehrtentum von dem Kriegerstande, dieses von den Kaufleuten und letztere wiederum von den besitzlosen Tagelöhnern. Jede dieser vier Abteilungen hat sich heute in viele Tausende neuer Gruppen aufgelöst, die sich als selbständige Kasten gegenüberstehen, und von denen jede eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Vorrechte, ihrer eigenen Sitten und ihrer Reinheit bedacht ist. Mitgliedern verschiedener Kasten ist es nicht gestattet, gemeinsam zu essen und Ehebindnisse einzugehen; der geschäftliche Verkehr ist auf das Notwendigste und Unerläßlichste beschränkt. Eine Nichtbeachtung der Kastenregel hat die schwersten Strafen zur Folge, ja die Ausschließung aus der Kaste, und in dieser sieht der orthodoxe Hindu das größte Uebel, das ihn auf Erden treffen kann. Das Vordringen der modernen Kultur hat in Einzelheiten manches Harte des Kastensystems gemildert, aber der Geist ist heute noch so stark wie in früheren Zeiten. Unter den Kasten, die sich aus den eben genannten vier ursprünglichen Gruppen entwickelt haben, stehen die

sogenannten „unreinen“ Kasten, oder besser die Kastenlosen, die von den höher stehenden als unrein angesehen und verachtet werden. Ihre Zahl beträgt gegen 80 Millionen. Ein Uebergang von einer Kaste zur anderen oder ein Aufstieg aus dem Reiche der verachteten „Unberührbaren“ zur Kaste ist nicht möglich. Der Hindu wird in die Kaste hineingeboren und muß sich sein ganzes Leben lang mit der Stellung begnügen, die ihm dadurch in der sozialen Ordnung angewiesen ist. Kein Reichtum und kein Fleiß und kein Erfolg im Leben kann ihn zu einem angesehenen Range in der gesellschaftlichen Stufenordnung emporheben. Jede Kaste ist gleichsam ein Staat für sich, über den die einzelnen Mitglieder nicht hinauskommen, und dessen Wohlfahrt sie fast einzig im Auge haben.

Ist es möglich, aus einer so zerklüfteten Gesellschaft ein Gemeinwesen zu bilden, das nicht äußerlich zusammengebracht ist, sondern sich auch innerlich als Zusammengehörendes fühlt und bereit ist, für dieses Zusammensein das Höchste zu opfern?

Auf diese Frage kann schließlich nur die Geschichte eine Antwort geben.

An Versuchen, aus dem gesamten Indien einen Staat zu bilden, hat es in der Vergangenheit nicht gefehlt. Entweder waren es fremde Eroberer, die, angelockt von den natürlichen Reichtümern des Landes, es ihrer Herrschaft unterwerfen wollten, oder es waren mächtige einheimische Fürsten eines Einzelstaates, die ihre Macht zu erweitern bestrebt waren. Seit mehr als zweitausend Jahren ist die indische Geschichte ein Wechsel zwischen den Versuchen fremder Herrscher, sich in Indien festzusetzen, und der Reaktion dagegen, durch die ein einheimisches Reich seine Macht über das ganze Land auszudehnen versuchte.

Der erste, der im Ernst daran ging, Indien seinem Reiche zu unterwerfen, war der große Darius, ein Zeitgenosse Buddhas (521 bis 485 v. Chr.). Seine Herrschaft kam aber nicht über das nordwestliche Indien hinaus. Als Erbe der Achämeniden trat Alexander der Große seinen Zug nach Indien an, wurde aber von seinen Soldaten am Biasfluß zur Rückkehr gezwungen (325). Das Eindringen Alexanders hatte eine stürmische Erregung im Lande hervorgerufen, deren Träger die von Tschandragupta (Sandrokottos) gegründete Maurjadynastie wurde. Dem Enkel Tschandraguptas, dem großen Asoka (272—231 v. Chr.) gelang es, das größte Reich zu gründen, das Indien bis dahin gesehen hatte; nur der Süden von Madras an bewahrte seine Selbständigkeit. Aber dieses gewaltige

Reich hatte seinen inneren Halt nur in der kraftvollen Persönlichkeit des großen Herrschers. Nach seinem Tode fehlte der starke Arm, der es zusammenhalten konnte, und es zerfiel bald. Fremde Herrscher versuchten es jetzt wieder, die Erbschaft Asokas anzutreten, zunächst Antiochus der Große und dann mit größerem Erfolg die griechischen Fürsten von Baktrien, das sich um die Mitte des dritten Jahrhunderts von Syrien freigemacht hatte. Unter ihnen nennt die Geschichte Demetrius und vor allem Menander, der um die Mitte des zweiten Jahrhunderts v. Chr. herrschte. Ihnen wurde die Herrschaft streitig gemacht durch „skytische“ Völkerstämme, die durch die aus chinesischen Quellen bekannte große innerasiatische Völkerbewegung aus ihren Sitzen in Turkestan vertrieben wurden und ihren Weg nach Indien genommen hatten. Sie gründeten das Kuschanareich, das im Anfange des zweiten christlichen Jahrhunderts seinen größten Glanz unter Kanischka, dem großen Beschützer des Buddhismus, entfaltete. Als Reaktion gegen die fremde Herrschaft taucht im Anfang des vierten Jahrhunderts wieder ein nationales Herrscherhaus auf, das der Guptas. Seine Macht dauerte bis zum Ende des fünften Jahrhunderts. Da waren es wieder fremde Völker, die die einheimische Regierung zum Sturze brachten. Mongolische Völkerstämme, die weißen Hunen genannt, waren in Indien eingebrochen und hatten sich große Teile des Landes unterworfen. Aber 528 wurden sie von den Indiern geschlagen und ihrer Herrschaft ein Ende gesetzt. Dem indischen König Harsha von Thanesar gelang es noch einmal, ein großes Reich zu gründen (gegen 600), das aber auch nach seinem Tode bald zerfiel. Für lange Zeit blieb das große Land unter einer Reihe von Fürsten aufgeteilt.

Die nächste Völkerwelle, die Indien überslutete, war eine mohammedanische. Schon im siebten Jahrhundert waren Araber über die See nach Indien gelangt und hatten im unteren Industale eine Herrschaft gegründet. Mit ihnen hatte der Islam seinen Einzug in Indien gehalten. Die Haupteinwanderung der Mohammedaner kam aber zu Lande durch die Pässe des Nordwestens. In Afghanistan hatte sich im zehnten Jahrhundert ein mohammedanisches Reich unter der Leitung türkischer Sklaven gebildet. Von hier aus fielen die Horden in Indien ein und plünderten, was sie erhalten konnten. Als ein indischer Fürst sich ihnen entgegenstellte, aber gründlich geschlagen wurde, fasste man den Plan, ganz Indien sich zu unterwerfen. Im Jahre 1192 gelang es, den König von Delhi zu schlagen und damit den indischen Widerstand zu brechen. Ein

großes indisches Reich kam aber nicht zustande. Dagegen gelang es den mohammedanischen Heerführern, eine große Reihe von Reichen zu unterwerfen und sich die Regierung anzueignen. Dieser Kleinstaaterei wurde ein Ende bereitet, als im Jahre 1526 Babar, ein Barlastürke, mit seinen Truppen in Indien einrückte. Er schlug die Truppen des Herrschers von Delhi und begründete die Herrschaft der Großmogule. Unter Akbar (1556—1605), Dschahangir (1605 bis 1627), Schah Dschahan (1627—1658) und Aurangzeb (1658 bis 1707) dehnte sich die Herrschaft der Mogulkaiser immer mehr aus und umfaßte schließlich fast das ganze Indien. Je größer aber die Erfolge der mohammedanischen Herrscher wurden, um so mehr regte sich der Widerstand der Hindus. Dieser fand seinen Mittelpunkt am Hofe der Marathenfürsten, unter denen sich vor allem Schiwadschi (1627—1680) auszeichnete. Hier wurde das Losungswort ausgegeben: Indien den Indiern! Immer mehr Gebiete rissen sich von dem Reich der Mogulen los und schlossen sich den Marathen an.

Aber auch den Marathen sollte es nicht gegönnt sein, ein großes indisches Reich zustande zu bringen. Wieder waren es Fremde, die ihnen die Herrschaft streitig machten. Diesmal kamen sie nicht auf dem Landwege, sondern übers Meer.

Am 10. Mai 1498 hatte Vasco de Gama die Malabarküste zum ersten Male auf dem Seewege erreicht. Damit war ein neuer Weg nach Indien für die europäischen Völker eröffnet, oder vielmehr der einzige Zugang, da der Landweg zum Wunderlande von den mohammedanischen Mächten Vorderasiens für sie blockiert war. Es war die Zeit, da ein neues Leben durch die Völker des Abendlandes ging und ein Drang in die Ferne trieb, um dort neue Handelsmöglichkeiten zu schaffen. Da konnte es nicht ausbleiben, daß der Reichtum Indiens bald die Kaufleute Europas an sich zog.

Zuerst waren es die Portugiesen, die in Indien Handel trieben und einige feste Plätze unter ihre Herrschaft brachten. Goa wurde 1510 von ihnen besetzt. Es folgten Chaul, Salfette bei Bombay, Bassein, Daman, Diu. Fast ein Jahrhundert später (1602) gingen die Holländer, die geschworenen Feinde der Portugiesen, an, mit Indien Handel zu treiben. Fast zur gleichen Zeit hatten die Engländer die Expansionspolitik des Handels begonnen. Im Jahre 1600 wurde die englische Handelsgesellschaft gegründet. Im Laufe des siebzehnten Jahrhunderts gründeten sie, dem Beispiele der Portugiesen und Holländer folgend, Stationen in Surat, Kalikut, Masulipatam, Madras und Bombay. Bei diesem Wettlauf durfte Frankreich

nicht zurückbleiben. 1664 wurde eine französische *Compagnie of the Saxon*, gegründet, die sich das Gebiet von Ponditscheri und *Caricacoon* mit der Fort- als Grundlage ihrer Tätigkeit aussuchte. Versuche von Decker ist, Dänemark und Schweden, es den andern Nationen gleichzutun, vorzu- zu wenig kraftvoll und schiefen bald wieder ein. des

Anfangs waren es nur Handelsstützpunkte, die man gesucht und die man zu erhalten sich bemühte. Als aber mit dem Wanken der Mogulenherrschaft die politische Lage immer unruhiger wurde, glaubte man, weiter gehen zu müssen. Ein gesicherter Handel war nicht möglich, wenn man nicht auch politisch eine Macht im Lande war, die sich jedes Widerstandes erwehren konnte. Man begann also, den indischen Besitz auszubauen, suchte aus den Handelsstationen ein Kolonialreich zu schaffen, das stark genug wäre, sich seiner Feinde zu erwehren. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß die europäischen Mächte untereinander in Streit gerieten. Portugal und Holland hatten ihre Macht inzwischen erschöpft und kamen nicht mehr ernstlich in Frage. Aber Frankreich und England standen sich als starke Wettbewerber um das große Land gegenüber. Die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts ist mit den Kämpfen dieser beiden Rivalen um den Besitz Indiens ausgefüllt. Beide versuchten die eingeborenen Fürsten durch Ueberredung, Verträge, durch Unterstützung gegen ihre Feinde, oft auch durch Waffengewalt von sich abhängig zu machen. In diesem Ringen zeigte sich die Engländer den Franzosen überlegen. Durch die Schlacht von Plassey wurden sie die Herren Bengalens, und von diesem Tage ab datieren die Indier den Anfang der politischen Herrschaft Englands in ihrem Lande (1757). Im Jahre 1769 waren Frankreichs hochfahrende Pläne alle zunichte gemacht, und England hatte keinen ernststen Gegner mehr, der seinem zielbewußten Ringen sich entgegenstellen konnte. Bis 1784 hatten sie die Herrschaft über die ganze Ostküste in ihrer Hand. Bis 1805 waren sie im Tal des Ganges bis zur alten Kaiserstadt Delhi vorgebrungen und im Süden bis nach Bellari und zur Kanaraküste. Zwanzig Jahre später beherrschten sie die ganze Küste von Assam bis nach Gudscherat und im Innern des Landes waren die noch unabhängigen Fürstentümer nur noch Inseln im sie umgebenden britischen Gebiete. 1843 wurde Sind erobert, 1849 das Pandschab, 1854 Nagpur, 1858 Auhh, 1885 Birma. Wenn Eroberung oder vertragsmäßige Uebergabe nicht zu erreichen waren, dann wurden die eingeborenen Staaten unter militärischen Schutz genommen, englische Truppen in den Staaten stationiert und so eine selbständige Politik der eingeborenen Herrscher unmöglich

großes indischer beherrscht England heute, mit verschwindenden Aus-
den mohamrrekt oder indirekt das ganze gewaltige Gebiet von den
zu unktjas bis zum Kap Komorin.

Die Frage, mit welchem Rechte England seine Herrschaft in In-
Ben aufrethält, wollen wir hier nicht anschneiden. Die britische
Auffassung darüber ist bekannt. „Keiner kann bezweifeln,“ sagt der
Amerikaner J. W. Burgeß (Political Science and Comparative
Constitutional Law, Vol. I. p. 74 s.), „daß es im Interesse der
Zivilisation der Welt liegt, daß Gesetz und Ordnung und die damit
vereinbare wahre Freiheit auf der ganzen Erde herrscht. Eine dauernde
Unfähigkeit von seiten irgendeines Staates oder Halbstaates, diesen
Zustand zu erreichen, ist eine Bedrohung für die Zivilisation überall.
Sowohl für die Sache des halbbarbarischen Staates als im Interesse
der übrigen Welt kann daher ein Staat oder Staaten, die die Gabe
politischer Organisation haben, mit Recht die Herrschaft über eine
politisch unfähige Bevölkerung ergreifen und für sie eine Staatsord-
nung zu schaffen unternehmen. Dabei sollten natürlich die zivilisierten
Staaten nicht mit ungehöriger Hast die Macht an sich reißen, und
sie sollten die einmal übernommene Regierung niemals zu irgend-
einem anderen Zwecke benutzen als den, für welchen die Uebernahme
mit Recht gemacht werden kann, d. h. für die Zivilisation der unter-
worfenen Bevölkerung; sie haben aber nicht die Verpflichtung, auf
eine Einladung derer, die in der ungenügenden Organisation die Macht
und Regierung in Anspruch nehmen, oder ihrer Untertanen zu warten.
Die zivilisierten Staaten selbst sind die besten Organe, die es bis jetzt
in der Geschichte der Welt gegeben hat, um festzustellen, wann die
beste Zeit und Gelegenheit ist, um in die inneren Angelegenheiten
eines unorganisierten oder ungenügend organisierten Volkes einzu-
greifen und damit ihre Pflicht der Welt gegenüber zu erfüllen. Gleich-
gültigkeit vonseiten der teutonischen Staaten gegenüber der politischen
Zivilisation des Restes der Welt ist darum nicht nur eine verfehlte
Politik, sondern auch Pflichtvergeßlichkeit.“

Immer wieder hat England betont, und das namentlich oft in
der letzten Zeit, daß selbstlose Gründe sein Verbleiben in Indien rechtfertigen.
Aber diese moralischen Gründe sind nur Fassadendekoration.
Der tiefer liegende und eigentliche Grund, weshalb England Indien
fest in seiner Hand zu halten sucht, liegt in den ökonomischen und
politischen Vorteilen, die dieses Land den Briten bietet. „Nächst
einem Angriff auf die britischen Inseln und einer Eroberung derselben
ist der Verlust von Indien der vitalste Schlag, der gegen das Sachsen-

reich geführt werden kann“, sagt Homer Lea (*The Day of the Saxon*, New York und London, S. 48). „So eng ist Indien mit der Fortdauer des Imperiums verbunden, daß es nicht einmal sicher ist, ob eine Besetzung Englands nicht einer Eroberung Indiens vorzuziehen sei.“ Wenn auch vieles, was vom fabelhaften Reichtum des Landes gesagt wird, wirklich in das Reich der Fabel gehört, so ist es doch sicher, daß sein Besitz eine reiche Quelle des Wohlstandes ist. Englands Handel hat in Indien zum großen Teil die Wurzel seiner Blüte. Tausende von britischen Beamten und Angestellten beziehen aus Indien ihre Gehälter und leben nach ihrer Pensionierung von den aus Indien bezahlten Ruhegehältern. Indische Truppen werden herangezogen, wenn das Imperium in Gefahr ist, und Indien bezahlt die für diese notwendigen Ausgaben. Für englische Kapitalisten ist Indien ein fruchtreiches Anlagefeld, aus dem der Gewinn nach England fließt und der armen Kolonie verloren geht.

Durch Indien ist ferner England nicht nur eine europäische Großmacht, sondern auch eine asiatische, die ein mächtiges Wort zu sprechen hat in allen Angelegenheiten, die diesen gewaltigen, vor einer großen Zukunft stehenden Erdteil betreffen. Ohne Indien würde in dem Kreis, den die englische Herrschaft um die Welt geschlossen hat, eine Lücke entstehen, „dessen zerbrochene Enden alles Blut und Feuer und Eisen der sächsischen Rassen nicht wieder schließen kann“. „Der Verlust Indiens ist das Golgatha der sächsischen Rasse.“ (Homer Lea, a. a. O.)

I. Die Verfassung von 1861.

Indien ist ein erobertes Land, eine Herrschaftskolonie, in der der Besizer nach freiem Ermessen schaltet und waltet. Eine kleine Zahl von Mitgliedern der erobernden Rasse herrscht hier über mehr als dreihundert Millionen eines alten Kulturvolkes, das stolz auf seine Vergangenheit ist. Englands Interessen stehen im Vordergrund und bestimmen das Verwaltungssystem, dem sich die Eroberten willig zu unterwerfen haben. Diese haben nur so viel Anteil an der Verwaltung des eigenen Landes, als ihnen die herrschende Rasse freiwillig oder gezwungen zugesteht; und da der Eroberer um den dauernden Besitz seiner Beute besorgt sein muß, wenn das Volk zur Selbständigkeit erwacht, werden diese Zugeständnisse sich nur auf das Notwendigste beschränken. Nur das wird England den Indiern freiwillig gewähren, was es in seinem eigenen Interesse für nützlich hält.

Für lange Zeit schaltete die englische Handelsgesellschaft in den von ihr verwalteten Gebieten nach freier Willkür. Als sie aber im Anfang der siebziger Jahre des 18. Jahrhunderts wegen schlechter Verwaltung vor dem Bankrott stand, war sie gezwungen, sich mit der Bitte um eine Anleihe an das Londoner Parlament zu wenden. Das führte zur ersten Einmischung des englischen Parlaments in die inneren Angelegenheiten der Handelsgesellschaft (1773). Die Anleihe wurde zwar bewilligt, aber daran die Bedingung geknüpft, daß der englischen Regierung die Oberaufsicht über die Verwaltung der indischen Besitzungen zustehe. Dabei ließ man das Kollegium der Handelsdirektoren, das von London aus die drei großen Kolonien von Bengalen, Madras und Bombay verwaltete, bestehen; aber es wurde verlangt, daß der Gouverneur von Kalkutta eine gewisse Kontrolle über die Kolonie von Madras und Bombay ausübe und daß er von der Londoner Regierung ernannt würde. Dadurch wurden die indischen Besitzungen zum ersten Male zu einer, wenn auch losen, Einheit zusammengefaßt, die in Indien ihren Zentralpunkt hatte. An die Seite des neuen „Generalgouver-

neurs“ wurde ein Rat von vier Mitgliedern gestellt, der durch Stimmenmehrheit seine Beschlüsse fassen sollte. Diese letzte Verordnung führte aber unter dem ersten Generalgouverneur, Warren Hastings, zu großen Schwierigkeiten; und so wurde im Jahre 1784 eine neue Verfügung erlassen, nach der der Rat aus drei Mitgliedern bestehen sollte und der Generalgouverneur ermächtigt wurde, sich in wichtigen Fragen von dem Urteil seiner Räte frei zu machen.

Im Jahre 1833 hörte die Handelsgesellschaft auf, als solche zu bestehen; sie wurde in eine Verwaltungskörperschaft verwandelt, der die indischen Besitzungen Großbritanniens unterstanden. Zwanzig Jahre später wurde das Amt des Governor-General von dem des Gouverneurs von Bengalen getrennt, und ein besonderer Gouverneur für diese Provinz ernannt.

Der große Aufstand von 1857 zeigte der Welt, daß der tief in der Seele jedes Volkes liegende Drang nach Freiheit auch in dem lange unterdrückten indischen Volke noch nicht erstorben war. Scheinbar plötzlich und unerwartet brach er hervor und erschütterte die englische Herrschaft bis in die Grundfesten.

Was immer die äußeren Ursachen desselben waren, im Grunde war er ein Versuch, die alten Kulturen Indiens gegen die mehr und mehr um sich greifenden Einflüsse des Abendlandes zu verteidigen. Durch das Auftreten der Europäer war zu den alten Kulturbestrebungen des Hinduismus, des Islam und des Buddhismus die der abendländischen Kulturkreise hinzugetreten. Langsam, aber stetig griffen sie um sich und zogen immer weitere Volksmassen in ihren Zauberbann. Das konnte in einem Lande des äußersten Konservatismus, das für Jahrhunderte sich in denselben Gedankenbahnen bewegt hatte und in den Kasten ein unerschütterliches Prinzip der Stabilität besaß, nicht ohne Gegenwirkung bleiben. Der große Aufstand war ein Versuch, sich aus dieser Umklammerung zu befreien.

Es war ein spontaner Versuch, dem das System fehlte. Darum brach er militärisch und politisch zusammen. Die Technik und die Staatskunst der weißen Rasse zeigte sich überlegen gegenüber dem in versteinerten Tradition dahinlebenden Orient. Die abendländische Kultur behauptete ihre Führerrolle und gewann an innerer Kraft. Sie behielt auch fernerhin die Erziehung des indischen Volkes in der Hand. Freilich trat sie an das unterworfenen Volk nicht in ihrer idealsten Gestalt heran, sondern in der konkreten Form, die ihr das insulare englische Volk gegeben hatte, aber schon das war ein Segen für Indien. Erst mußten die Einflüsse des Abendlandes

tiefer in das träumende Indien eindringen, ehe die Zeit kommen konnte, da dieses reif zur politischen Selbständigkeit war.

Die erste große Aufgabe, die der englischen Politik in Indien nach dem großen Aufstande sich stellte, war die, das Land enger an sich zu schließen und eine Wiederholung der Ereignisse von 1857 zu verhindern. Als erster Schritt dazu wurde die Handelsgesellschaft aufgelöst und ganz Indien direkt der Englischen Krone unterstellt. An die Stelle der in London residierenden Kontrollbehörde der Direktoren trat jetzt der dem Kabinett angehörende Staatssekretär für Indien, dem für bestimmte Fälle ein Rat von mindestens 10 und höchstens 16 Mitgliedern zur Seite stand. Dieser ist dem englischen Parlament verantwortlich; da aber sein Gehalt aus den indischen Staatseinnahmen bestritten wird, war, wie hier gleich bemerkt werden soll, das Interesse des Londoner Parlaments an seiner Tätigkeit immer sehr gering. Das Budget für Indien, das von den jährlichen Einnahmen und Ausgaben berichtet, wird am Ende der Session, wenn keine wichtigen Sachen mehr vorliegen, vor meist leeren Bänken vorgelegt. Praktisch liegt also die oberste Instanz in indischen Angelegenheiten fast ausschließlich in der Hand des Staatssekretärs.

Die Arbeiten für eine neue, bis ins Einzelne geregelte Verfassung fanden im Jahre 1861 ihren Abschluß.

Nach dieser wurden der Governor-General und die Mitglieder seines Rates von der Krone ernannt. Eine bestimmte Zeit für ihre Amtverwaltung wurde nicht festgesetzt, aber sie beträgt gewohnheitsgemäß fast nie mehr als fünf Jahre. Die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates beträgt sechs. Drei derselben müssen zur Zeit ihrer Ernennung eine zehnjährige Dienstzeit in Indien hinter sich haben. Von den drei übrigen muß einer ein geschulter Jurist sein; für die zwei anderen sind keine näheren Bestimmungen getroffen. Diese sechs Mitglieder des Rates bilden das Kabinett des Governor-General und sie teilen die verschiedenen Ressorts unter sich.

Der Rat des Generalgouverneurs wird als das „Executive Council“ bezeichnet, zum Unterschied von dem gesetzgebenden Rat, dem „Legislative Council“. Zur Erleichterung der Gesetzgebung schrieb nämlich das Gesetz von 1861 vor, daß außer den sechs „ordinary“ Mitgliedern des Rates noch sog. „additional“ vom Governor-General ernannt werden sollten. Diese sollten nichts mit der Verwaltung zu tun haben, sondern nach Art eines Parlaments sich nur mit der Gesetzgebung beschäftigen. Ihre Zahl wurde auf zwölf festgesetzt, von denen nur die Hälfte Regierungsbeamte sein durften.

Die zweite Hälfte wurde meistens mit Eingeborenen besetzt; diese wurden aber mit großer Sorgfalt aus solchen ausgewählt, von denen man wußte, daß sie Großbritannien ergeben waren. Da die ordentlichen Mitglieder des Rates in diesem Parlament auch Sitz und Stimme hatten, waren übrigens die Eingeborenen immer in der Minorität, und es war ihnen nicht möglich, ihrer Ansicht gegenüber den Engländern zum Siege zu verhelfen.

Die Rechte der gesetzgebenden Versammlung sind durch die Verfassung von 1861 genau begrenzt. Sie kann nichts beschließen, was gegen einen in London gefaßten Parlamentsbeschluß ist, der die Regierung Indiens berührt; sie kann ferner keine Verfügungen treffen, die die Autorität des Londoner Parlaments und die Treue zur Krone in Frage stellen. Maßregeln, die die öffentliche Schuld und die Staatseinkünfte betreffen, ferner solche, die sich auf in Indien vertretene Religionsgesellschaften und auf das indische Heer und die Marine beziehen, dürfen nicht eingebracht werden, ohne vorher die Zustimmung des Generalgouverneurs erhalten zu haben. Jeder Beschluß der Versammlung ist nur dann rechtskräftig, wenn er die Zustimmung des Generalgouverneurs erhalten hat, dem ein Vetorecht zusteht. Die Zustimmung der Krone ist an und für sich nicht nötig, aber London kann die Ausführung eines Gesetzes verbieten.

Durch eine Ergänzung dieser Bestimmungen wurde im Jahre 1870 dem Generalgouverneur die Vollmacht erteilt, für rückständige Teile des Landes gesetzkräftige Verfügungen zu erlassen, ohne die gesetzgebende Körperschaft zu befragen. Schon in der Verfassung von 1861 war vorgesehen, daß der Generalgouverneur in dringenden Fällen für sechs Monate gültige Verfügungen treffen konnte, die ohne ein Befragen des Councils Gesetzeskraft hatten.

In der Verwaltung der Präsidentschaften Bombay und Madras wurde durch die Verfügung von 1861 keine Aenderung eingeführt. Die Regierung bestand dort nach wie vor aus dem Gouverneur, dem ein Rat von zwei Mitgliedern zur Seite stand, die von der Krone ernannt wurden. Als drittes Ratsmitglied trat noch der Oberkommandant der Truppen der Präsidentschaft hinzu. Der Gouverneur dieser beiden Provinzen ist gewöhnlich ein englischer Staatsmann, der von London aus geschickt wird, während seine Räte aus den englischen Beamten in Indien genommen werden.

Vorgesehen von den allerhöchsten Stellen, die direkt von London aus besetzt werden, werden alle höheren Beamten aus dem sog. Civil Service genommen. Die Verordnung vom Jahre 1861 legt ausdrück-

lich die einzelnen Posten fest, die nur auf diese Weise ausgefüllt werden dürfen. An dem Prinzip, das schon vorher festgelegt worden war, daß nämlich die erste Auswahl zu dieser Beamtenklasse nur in England getroffen werden darf, wurde festgehalten. Die Verteilung der Aemter und die Beförderung liegt dagegen in der Hand der indischen Regierung. Die Zahl der Mitglieder des Civil Service beträgt etwas mehr als tausend. Die Auswahl geschieht seit 1854 durch ein in London jährlich abzuhaltendes Examen, zu dem sich nach den heutigen Vorschriften junge Leute im Alter von 22—24 Jahren stellen können. Theoretisch haben bei diesen Prüfungen die jungen Indier dieselben Rechte wie die Engländer. Aber praktisch werden sie nur in ganz seltenen Fällen mit den Vertretern der herrschenden Rasse konkurrieren können. Nur wenige Eltern können es sich leisten, ihre Söhne schon in jungen Jahren den weiten Weg nach England machen zu lassen und sie dort während der langen Studien zu unterhalten. Die Zahl der Indier, die sich um die höheren Stellen beworben haben und solche einnehmen, ist darum tatsächlich immer verhältnismäßig sehr gering gewesen und wird es auch so bleiben, solange das jetzige Auswahlssystem bestehen bleibt.

Wir werden später sehen, daß die Art der Auswahl der höheren Beamten heute in Indien zu den Dingen gehört, die als ein Hindernis zum Aufstieg der Eingeborenen schwer empfunden werden. Die Berechtigung dieser Klagen wollen wir nicht bestreiten. Aber man darf auch nicht vergessen, daß das System manches Gute hat oder wenigstens gehabt hat. Es hat Indien für viele Jahre eine höhere Beamtenchaft gegeben, die es mit der irgendeines anderen Landes aufnehmen kann und die Vorzügliches geleistet hat. Ihr ist es zuzuschreiben, wenn Indien heute unter den asiatischen Völkern eine Stellung einnimmt wie kein anderes außer Japan. Durch das Beispiel und unter der Leitung der Europäer sind die zahlreichen eingeborenen Beamten geschult worden, die heute mit treuer Pflichterfüllung in den mehr untergeordneten Stellungen, aber auch in höheren Posten ihre Arbeit tun. Von den Fremden haben die Indier jene notwendigen Eigenschaften gelernt, ohne die eine gute Verwaltung nicht möglich ist: Gerechtigkeit, Unbestechlichkeit und sichere Zielstrebigkeit. Indier haben sich oft darüber beklagt, daß sie ein Volk der Träumer sind, die die entschiedene Tat nicht finden, daß kleinliche Eitelkeit oft das große Ziel verdunkelt, daß das Geld leicht das Recht beugt und daß Kaste und persönliche Rücksichten oft eine größere Rolle spielen als Verdienst und innerer Wert. Wenn da heute

manches besser geworden ist, so ist es die Folge des englischen Vorbildes. Einsichtige Indier haben das oft zugegeben, auch solche, die heute energigisch für Home rule eintreten. Man braucht kein Englandfreund zu sein und man kann die heutigen Forderungen der Indier als berechtigt anerkennen, wenngleich man sagt, daß in den Jahren bis mindestens zum Anfang dieses Jahrhunderts eine gute Verwaltung Indiens ohne den Zufluß der leitenden Beamten aus Europa ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre.

So glänzend aber auch die äußeren Erfolge der englischen Verwaltung erscheinen mögen, sie leidet an einem großen Fehler, der ihr wesentlich ist. Indien ist und bleibt, solange England im Lande regiert, ein unterworfenenes Land. „Es sollte niemals vergessen werden,“ so sagte ein Staatssekretär für Indien, der Duke of Argyll, im englischen Parlament, „und immer ohne Zögern als Prinzip hingestellt werden, daß es eine unserer ersten Pflichten gegenüber dem indischen Volke ist, die Sicherheit unserer Herrschaft zu schützen. . . . Die Erhaltung und Sicherheit unserer Herrschaft ist die Grundlage unserer Politik.“ Ein unterworfenenes Volk ist aber niemals ein glückliches Volk, sowenig wie ein Gefangener sich wirklich glücklich fühlen kann, wenn man auch die beste Verwaltung im Gefängnis hat. Der Indier hat nie vergessen, daß er doch eigentlich der Herr seines Landes sein sollte und nicht der Fremde, der als Kaufmann zu ihm kam und seine zeitweilige Schwäche benutzte, um sich im Hause festzusetzen. Darum ist es auch nie dazu gekommen, daß ein positiver Patriotismus zugunsten Englands weitere Kreise erfaßt hat. Das einzige, was die fremde Regierung erreichen konnte, war, daß sich für lange Zeit kein spontaner Widerspruch gegen sie erhob und daß das eingeschüchterte Volk sich willig unter das fremde Joch beugte. Das Bewußtsein aber, daß das auf die Dauer nicht als normaler Zustand bestehen könne, hat niemals aufgehört, selbst von den breiten Volksschichten empfunden zu werden.

Dazu kam noch etwas anderes, eine schwere Erbschuld, die der Aufstand von 1857 hinterlassen hatte, gegen die der einzelne englische Beamte machtlos war und die als ein Verhängnis seine Arbeiten begleitete. Es trat weniger in der Öffentlichkeit hervor, machte sich aber um so entschiedener in den Tiefenkräften des Handelns geltend. „Die Schrecken, die den Aufstand begleiteten,“ sagt Chirol, „und die Entschiedenheit, mit der er unterdrückt wurde, ließen auf beiden Seiten furchtbare Erinnerungen zurück, und diese Erbschaft des Rassenhasses wirkte wie ein Giftrauch auf den Geist gegenseitiger Verständigung

und Zusammenarbeit.“ „Während der Aufstand die Indier an Szenen erinnerte, wie das Abfeuern der Eingeborenen von englischen Kanonen, das der große russische Maler Wereschagin mit demselben Realismus gemalt hat wie den glänzenden Einzug des Prinzen von Wales in Delhi im Jahre 1876, so waren es auf der anderen Seite die Schrecken von Raunpur, die den Engländern in trauriger Erinnerung blieben.“ Obwohl heute mehr als sechzig Jahre seit jenen dunklen Tagen dahingegangen sind, so leben diese düsteren Erinnerungen doch auch jetzt noch weiter und glühen bei gegebener Gelegenheit zu wildem Hasse wieder auf.

II. Die Gründung der Universitäten.

Sndien ist ein ackerbauendes Land. Die große Masse seiner Bewohner lebt in elenden Dörfern von dem spärlichen Ertrag, den ihnen das Feld bietet. Mit wenigem sind sie zufrieden, und oft ist es nicht mehr, als gerade ausreicht, um nicht Hungers zu sterben. Der Gedankenkreis dieser Leute geht nicht weit über das Dorf hinaus. Sie haben kein Interesse an Bildung, und politische Fragen berühren sie wenig. Es fehlt ihnen auch fast immer jedes Bestreben, weiter voranzukommen. Wie es von jeher gewesen ist, so soll es bleiben. Sobald sie genug geerntet haben, um das Leben notdürftig zu unterhalten, legen sie die Hände in den Schoß und saulenz. Das heiße Klima regt nicht zur Arbeit an, und die engen Grenzen, die die Kasten um die einzelnen ziehen, machen ein Hinausgreifen über die ererbten Bedingungen fast unmöglich. Nur einen Wunsch hat der gewöhnliche Mann des Volkes, der in seiner armen Stroh- oder Lehmhütte wohnt: Er will in Ruhe seine Tage hinbringen und er will Gerechtigkeit, wenn man ihn übervorteilt. Jede Regierung die ihm das gibt, ist ihm recht. Zwar würde auch er eine Regierung vorziehen, die bodenständig ist, falls sie ihm daselbe bietet, was die Fremdherrschaft ihm gibt. Aber bis vor kurzem war er überzeugt, daß die englische Verwaltung besser wie jede eingeborene für die Ruhe des Landes und für eine gerechte Pflege des Rechtes eintritt. Die Unbestechlichkeit des englischen Richters, von dem er sicher weiß, daß sein Gegner ihn nicht durch Geldgeschenke bestechen kann, wie es unter Eingeborenen so leicht möglich ist, hat Eindruck auf ihn gemacht, und damit sind für ihn alle weiteren Fragen erledigt. Alle tieferen Probleme der indischen Politik berühren ihn wenig, wenn sie nicht von außen an ihn herangetragen werden.

Es ist darum falsch, wenn man behauptet hat, daß der indische Bauer schwer unter der englischen Fremdherrschaft geknechtet habe. Gewiß ist sein Los nicht beneidenswert. Seine Armut ist drückend und er besißt nur das Allernötigste zum Leben. Aber das ist nicht an erster Stelle Schuld der englischen Regierung. So war es schon unter eingeborenen Fürsten und so wird es auch noch lange bleiben, wenn Indien einmal frei werden sollte. Es braucht eine lange Zeit der Erziehung und sittlichen Erneuerung, ehe da ein Wandel eintreten kann. Keine Regierung kann von heute auf morgen eine Besserung bewirken.

Daselbe gilt von den periodisch wiederkehrenden Hungersnöten. Die Schuld daran, daß diese dem armen Volke so verhängnisvoll wurden, lag teils in den Verhältnissen, teils bei den Eingeborenen selbst. Mangel an Regen bewirkte, daß die Feldarbeit ruhen mußte. Das aber bedingte eine große Arbeitslosigkeit und darum Mangel an Geld zum Ankauf von Nahrungsmitteln. Letztere waren immer genug im Lande und wurden auch zur Zeit der Hungersnot exportiert. Aber sobald sich in einer Gegend die ersten Zeichen des Mangels zeigten, setzten die eingeborenen Kornhändler einen so hohen Preis fest, daß der arbeitslose Feldarbeiter unfähig war, ihn zu bezahlen. Eine Festsetzung des Kornpreises durch die Regierung würde dem Mangel an Geldmitteln nicht abgeholfen haben, zudem hätten das die reichen Kaufleute als ein Eingriff schwer empfunden und würden es sicher gerade so als Agitationsmittel benützt haben, wie man heute die Not der geringen Leute gegen die Regierung ausschlachtet. Die englische Regierung hat den einzig praktisch möglichen Weg eingeschlagen, indem sie die Leute, die von der Hungersnot betroffen sind, zu großen öffentlichen Arbeiten einlud, wo sie Geld verdienen können, um sich Korn zu kaufen. Aber damit fand sie nicht überall Anklang. Das indolente Volk scheute oft die schwere Arbeit und war in vielen Fällen nicht zu bewegen, das Dorf zu verlassen, wo es ansässig ist. Das einzige radikale Heilmittel gegen die Hungersnöte besteht darin, daß man das Land von der Zufälligkeit des Regenfalles unabhängig macht. Dazu sind große Kanalbauten und die Anlage von Staubecken nötig. Manches ist in dieser Richtung von der englischen Regierung bereits getan worden. Aber noch vieles bleibt zu tun übrig, sobald die nötigen Gelder für diese kostspieligen Bauten zur Verfügung stehen.

Der der schlimmsten Bedrücker der Dorfbewohner ist der eingeborene Geldverleiher. Die durch die Ueberlieferung geforderten Ausgaben bei Hochzeiten und anderen Familienfesten, die Not zur Zeit der Teuerung und andere Umstände machen das Gelbleihen fast

zu einer absoluten Nothwendigkeit für das gewöhnliche Volk. In den Tag hineinlebend, denken die armen Leute nicht daran, wie sie das Geld zurückzahlen können; es genügt ihnen, wenn sie die gerade gefühlten Bedürfnisse befriedigen können. So kommt es, daß die Dorfbewohner zum großen Teil sehr stark verschuldet sind und sich ganz in der Gewalt der Geldverleiher befinden. Wer die indischen Verhältnisse kennt, weiß, wie schwer es ist, diese Dinge zu ändern. Obwohl strenge Gesetze den gewöhnlichen Mann gegen den Wucher der Geldverleiher schützen, magt es der Dorfbewohner doch selten, das Gericht zu seinem Schutze anzurufen. Er weiß, daß er doch bald wieder Geld leihen muß, und will sich nicht mit dem Manne verfeinden, von dem er es allein erhalten kann. Seit langer Zeit ist die Regierung an der Arbeit, durch Einrichtung von Kassen nach Art des Raiffeisen-Systems Rettung zu schaffen. Bis aber bei einem Volke von über 300 Millionen, das jede Neuerung mit Argwohn betrachtet, die Hilfe eine allgemeine und durchgreifende ist, müssen noch viele Jahre vergehen. Auch hier kann nur Erziehung und langsame Ueberwindung alter Vorurteile zum Ziele führen.

Ein anderes Uebel, das die Eingeborenen in den kleinen Dörfern oft stark bedrückt, berührt die Regierung unmittelbar. Es ist die Tyrannei und Bestechlichkeit der eingeborenen Beamten in untergeordneten Stellungen. Die Regierung billigt natürlich das Benehmen dieser Angestellten nicht; sie würde es sogar sehr streng bestrafen, wenn es angezeigt und bewiesen würde. Trotz aller Vorsicht in der Auswahl ist es nicht möglich, die Bedrückung auszurotten. Das Volk ist zu ungebildet und zu wenig geschult, um selbst seine Rettung in die Hand zu nehmen. Seit Jahrhunderten, vielleicht seit Jahrtausenden, ist es so regiert worden; da nimmt man es als etwas Unvermeidliches hin. Man klagt vielleicht über die Regierung, die so schlechte Vertreter zu ihnen schickt. Aber man sagt sich, daß es wohl noch schlimmer wäre, wenn die Verwaltung des Landes ganz in den Händen der Eingeborenen läge. In den eingeborenen Staaten ist es ja nicht besser, eher noch schlimmer, da hier die Grenzlinie der bestechlichen Beamten weit höher nach oben liegt.

Jeder, der abseits der großen Straße der Globetrotters mit dem indischen Volke bekannt geworden ist und seinen sanften Charakter, trotz all seiner Fehler, liebgewonnen hat, wird sich wohl öfter, wenn er abends im abgelegenen Dorfe vor seinem Zelte saß, die Frage gestellt haben: Wann wird die Zeit kommen, daß auch dieses Volk aus seinen Träumen erwacht und sein Geschick selbst gestaltet? Wann

wird es sich losmachen von all den tausend Banden, mit denen es eine versteinerte Sitte seit undenklichen Zeiten umschlungen hat? Wird es je den Mut und die Kraft haben, mit seinen ererbten Vorurteilen aufzuräumen, um sich einzustellen in den Kreis derer, die das Geschick der Welt bestimmen?

Er wird sich sicher aber auch gesagt haben, daß daß Volk aus sich dazu nicht fähig sei. Dazu bedurfte es eines neuen Geistes, den Indien allein ihm nicht geben konnte, einer mächtigen Anregung von außen, die die guten Kräfte des Volkscharakters wach rief und den schlechten Seiten Halt gebot.

Ohne es zu wollen, haben die Engländer eine Pflanzstätte für diesen Geist geschaffen in den Universitäten, die kurz nach dem Aufstande von 1857 gegründet wurden.

Die alte Handelsgesellschaft hatte der Gründung höherer Schulen lange feindlich gegenüber gestanden. Erst im Anfang des vorigen Jahrhunderts trat darin ein Wechsel ein. Sein Grund war einerseits der Druck der öffentlichen Meinung im Mutterlande, die es verurteilte, daß man das unterworfen Land nur zum Gewinn ausbeute, aber seine geistige und moralische Hebung aus dem Auge ließ. Andererseits hatte der erste birmanische Krieg (1828—1836) gewaltige Summen verschlungen, die große Ersparnisse in der Verwaltung nötig machten. Diese hoffte man unter anderem dadurch machen zu können, daß man in der untergeordneten Verwaltung sich mehr als bisher der geringen Anforderungen stellenden Eingeborenen bediente. Das erforderte aber eine Ausbildung derselben, die nur auf höheren Schulen erreicht werden konnte. Nach langen Ueberlegungen wurden endlich im Jahre 1854 die Grundsätze festgelegt, von denen man sich in dem indischen Unterrichtssystem leiten lassen wollte. Dabei griff man auf Gedanken zurück, die der bekannte Geschichtschreiber Macaulay zwanzig Jahre früher als Angestellter der englischen Verwaltung in Indien aufgestellt hatte.

Als nämlich der Plan auftauchte, ernstlich den Unterricht der Eingeborenen aufzunehmen, waren die Ansichten darüber, wie das zu geschehen habe, sehr geteilt. Sollte man an die bestehenden eingeborenen Schulen anknüpfen und den Unterricht auf eine Neubelebung der orientalischen Literatur beschränken, oder sollte man etwas ganz Neues, eine englische Erziehung in englischer Sprache, an die Stelle der alten setzen? Das war die erste Frage, über die man sich lange nicht einigen konnte. Und die zweite, ebenso schwierige war die, ob man das neue Unterrichtssystem von unten aufbauen, d. h. mit dem Elementarunterricht beginnen und langsam nach oben fortschreiten, oder ob man den um-

gekehrten Weg gehen solle, mit den Universitäten und Gymnasien beginnend und das Weitere der Zukunft überlassend.

Macaulay sprach sich entschieden für die zweite Möglichkeit in beiden Fällen aus: 1. „Englisch ist wissenschaftlicher als Sanskrit und Arabisch; die Eingeborenen wünschen im Englischen unterrichtet zu werden und wünschen keinen Unterricht im Sanskrit oder im Arabischen. Weder als Gesetzesprache noch als religiöse kann Sanskrit und Arabisch einen Anspruch darauf haben, von uns unterstützt zu werden.“ 2. „Es ist uns bei unseren beschränkten Mitteln unmöglich, die große Masse des Volkes zu unterrichten. Für jetzt muß es unsere Aufgabe sein, unser Bestes zu tun, um eine Klasse zu bilden, die als Dolmetscher zwischen uns und den beherrschten Millionen dienen kann, eine Klasse von Leuten, indisch dem Blute und der Farbe nach, aber englisch in Geschmack, Ansichten, Moral und Verstand. Dieser Klasse können wir es dann überlassen, die eingeborenen Dialekte zu verfeinern, sie mit wissenschaftlichen Ausdrücken aus dem Sprachschätze des Abendlandes zu bereichern, und sich langsam zu Ueberträgern der Wissenschaft auf die große Masse des Volkes zu machen.“

Im Jahre 1857 wurden die ersten Universitäten gegründet. Ihre Sitze waren Kalkutta, Madras und Bombay. Die Anfänge waren sehr bescheiden; zahlreiche Schwierigkeiten stellten sich den neuen Unternehmungen in den Weg und endlose Vorurteile waren zu überwinden. Aber bald zeigte es sich, daß die Lage günstiger war, als man anfangs gehofft hatte. In der ersten Zeit waren es nur die besseren Familien, die ihre Söhne den höheren Schulen anvertrauten, und unter diesen auch nur die, welche bereits mit dem europäischen Leben und seinen Sitten bekannt waren. Aber bald erkannten die schlauen Indier, welches kostbare Mittel sich ihnen hier bot, persönlich im Leben voranzukommen und ihrer Heimat zu dienen. Der Kreis der Studenten erweiterte sich von Jahr zu Jahr. Bald kamen sie auch aus kleineren Städten und aus Familien, die bis dahin in orthodoxer Treue am Hinduglauben festgehalten und der abendländischen Bildung argwöhnisch gegenüberstanden. Heute sind die Universitäten die populärste Einrichtung im Lande und sogar manche kleinen Dörfer schicken ihre Vertreter in die Großstädte, um dort ihre höheren Studien zu vollenden. Selbst die weibliche Jugend hat angefangen, trotz aller Vorschriften über das zurückgezogene Leben der Frauen, die Universitäten zu besuchen, und die Zahl der studierenden Damen wächst von Jahr zu Jahr.

Als England die Universitäten gründete, war der erste Zweck,

eine Art von Mittelklasse zwischen den Herrschern und dem niederen Volke zu schaffen. Die Entwicklung zeigte aber bald, daß sich die Bildung nicht in diesen engen Rahmen einschließen ließ. Der Wissensdrang der Indier war größer und verlangte mehr, als ihm ein enger bürokratischer Geist gewähren wollte.

Politik war von den Lehrkursen der Universitäten ausgeschlossen. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß die höheren Anstalten sich auch im politischen Leben bald bemerkbar machten.

Viele der Studenten wurden Beamte der englischen Regierung. Hier lernten sie die Verwaltungsmethoden des Abendlandes kennen. Sie sahen, daß Ehrlichkeit, Unbestechlichkeit und Gerechtigkeit die Grundtugenden sein müssen, auf denen sich eine gute Verwaltung aufbauen muß. Die zielsichere Tätigkeit der Engländer, die sich große Aufgaben setzte und sie mit allen Mitteln zu erreichen suchte, war eine Schule für die Indier, die ihrem träumerischen Charakter not tat und sie politisch denken lehrte. Hier erfuhren sie, wie sie es machen mußten, wenn sie vorankommen und die Konkurrenz mit den Fremden aufnehmen wollten.

An den Universitäten machten die Studenten die Bekanntschaft mit Burke, Byron, Mill und anderen klassischen Autoren der englischen Literatur, und mit den Schönheiten der Sprache tranken sie die Freiheitsideen ein, deren begeisterte Anhänger diese Schriftsteller waren. Die Werke Garibaldis und Mazzinis wurden in den Freistunden verschlungen und mit Anwendung auf Indien besprochen. Im Geschichtsunterricht erfuhren sie, welche Bedeutung der nationale Gedanke in der Befreiung der Balkanstaaten von der Türkei, in der Errichtung des einigen Italiens und des Deutschen Reiches gespielt hatte. Sollte es da ein Verbrechen sein, wenn sie das, was man ihnen bei anderen Völkern als etwas Großes schilderte, auf ihr eigenes Land anwandten? Dabei waren ihre Augen beständig auf Japan gerichtet. Hier sahen sie ein asiatisches Volk, das bis vor kurzem bedeutungslos auf seiner Insel dahinlebte und jetzt aus eigener Kraft sich einen Platz im Rate der Völker erworben hatte.

Und wenn man Indien nicht gleich frei machen konnte, so wollte man doch nicht länger „Skaven“ sein, die nichts im eigenen Lande zu sagen hatten. Bis dahin hatte man es sich gefallen lassen, daß die höheren Beamtenposten einzig in der Hand der Fremden lagen und daß von diesen die letzten Bestimmungen über das Schicksal des Volkes ausgingen. Jetzt fanden sich aber im eigenen Volke Leute, die nach europäischem Muster ausgebildet waren. Einige von ihnen

waren sogar nach Oxford und Cambridge gegangen, hatten dort die Konkurrenz mit den englischen Studenten aufgenommen und gezeigt, daß sie hinter ihnen nicht zurückstanden. Was einige fertiggebracht hatten, das konnten auch viele andere. Warum sollte es unmöglich sein, die höheren Posten zum Teil, wenn nicht alle, durch Einheimische zu besetzen und die hohen Gehälter, die jetzt an Fremde gingen, den Söhnen des Landes zugute kommen zu lassen? In wiederholten Proklamationen hatte ja die Krone erklärt, daß kein Unterschied der Farbe und Rasse bei der Besetzung der Stellung Geltung haben dürfe.

Noch etwas anderes lernten die jungen Indier auf den Universitäten. Es wurde ihnen beigebracht, nationalökonomisch zu denken. Sie sahen, daß ihr Vaterland ein reiches Land sei, daß es zahlreiche Möglichkeiten zur industriellen Entwicklung biete. Es wurde ihnen aber auch klar, daß unter der englischen Herrschaft nicht an erster Stelle das Wohl ihres Landes, sondern der Gewinn für die Taschen der Fremden das Geschick Indiens bestimme, und daß jedes Jahr gewaltige Summen ins Ausland gingen, die man gerade so gut im Lande halten könnte.

Der letzte große Vorteil der Universitäten war etwas scheinbar Unbedeutendes und doch sehr Wichtiges: hier lernte Indien eine Sprache sprechen, die zwar die Sprache des Eroberers war, aber das unterjochte Volk gegen diesen zusammenschloß. Bis dahin hatte die Verschiedenheit der Sprachen — etwa 150 verschiedene werden in Indien gesprochen — ein Zusammenarbeiten der Indier fast unmöglich gemacht. Und mit der Sprache lernten diese in ihrer Art und Abstammung ganz verschiedenen Stämme eine Gemeinschaft der Ideen, wie sie bis dahin nicht bestanden hatte. Jetzt erst konnte sich etwas bilden, was einem Nationalgefühl entsprach, das das ganze Land von den Bergen des ewigen Schnees bis zum Kap Komorin umfaßte und später in dem Kampfruf seinen Ausdruck fand: *Bande Mataram!* Heil dir, mein Mutterland!

III. Die Gründung des Nationalkongresses.

Die Zahl der an den Universitäten Studierenden wuchs mit jedem Jahre. Damit gewannen die Freiheitsideen immer größere Kreise. Das war um so mehr der Fall, weil die eingeborene Presse sich eifrig in den Dienst der neuen Gedanken stellte. Zeitungen waren ja nichts Neues mehr in Indien. Die erste englisch geschriebene und von Engländern herausgegebene Zeitung war bereits im Jahre 1780 erschienen, und die erste Eingeborenenzeitung, die noch heute bestehende *Bombay Samachar*, konnte im Jahre 1922 ihr hundertjähriges Jubiläum feiern. Da seit 1835 Pressfreiheit bestand, die nur für kurze Zeit während des Aufstandes von 1857 aufgehoben wurde, konnten die eingeborenen Journalisten ungehindert für die Verbreitung der neuen Auffassungen eintreten. Diese machten aus ihrem Herzen keine Mördergrube und führten eine Sprache, die der englischen Regierung auf die Dauer gefährlich schien. Im Jahre 1878 glaubte sich diese verpflichtet, einschreiten zu müssen, um den Besitz der kostbaren Kolonie nicht zu gefährden. Ein strenges Pressgesetz wurde erlassen, das nur für die eingeborene Presse galt und diese unter strikte Kontrolle stellte.

Dieser Schlag wurde von den Gebildeten vielfach sehr schwer empfunden. Die Wirkung der Verfügung war das Gegenteil von dem, was man erreichen wollte. Was man in der Öffentlichkeit nicht mehr sagen konnte, das wurde um so mehr im stillen ausgesprochen und verbreitet. In einem Lande wie Indien gibt es außer den Zeitungen noch viele andere Mittel, Nachrichten und Anschauungen zu verbreiten, die keine fremde Regierung kontrollieren kann. Zu diesen griff man jetzt, und sie drangen tiefer in das Volk als das gedruckte Wort.

In demselben Jahre 1878 nahm die Königin von England den Titel einer Kaiserin von Indien an. In einem feierlichen Durbar wurde diese Nachricht dem Volke mitgeteilt und zugleich bekanntgegeben, daß die Indier von jetzt ab das Bürgerrecht des britischen Reiches besäßen. Das hob das Selbstgefühl der Indier, aber sie zogen auch sofort die Folgerung, daß sie jetzt als freie Bürger und als Gleichberechtigte der Weißen behandelt werden mußten.

Verschiedene religiöse Bewegungen, die in jener Zeit ihre Blüteperiode hatten, halfen mit, das Solidaritätsgefühl der Gebildeten zu stärken. Dahin gehörte die Brahma Samadsch, die Arya Samadsch, die Theosophische Gesellschaft und die Ramakrischna-Mission. Obwohl ihre Anhänger nie zahlreich waren, da sie sich nur auf die Gebildeten beschränkten und das Volk nicht berührten, so schlossen sie doch die höheren Klassen der indischen Bevölkerung enger zusammen. Auch regten sie zum Studium der alten Geschichte und der klassischen Literatur des Landes an. Vor den Augen der unter fremder Herrschaft Lebenden stieg das alte Indien auf, in dem ein freies Volk sein Geschick selbst bestimmte. Alles, was die ferne Vergangenheit betraf, wurde mit einem Glorienschein umgeben. So wurde es zum Ideal, nach dem man wieder streben müsse. Man studierte die Werke der europäischen Sanskritforscher, namentlich der deutschen. Jedes Wort, das man dort zum Lobe der alten indischen Weisheit fand, wurde als kostbarer Schatz aufgehoben und im Volke weitergegeben. Es war die Zeit einer romantischen Renaissance, noch verschwommen und wild wuchernd, wie die Vegetation eines tropischen Urwaldes, aber doch die fruchtbare Ausfaat einer neuen Zeit, deren Früchte langsam reifen werden.

Es war ein Glück für Indien, daß es in dieser Zeit als Nachfolger des unbeliebten Lord Lytton in Lord Ripon einen Vizekönig erhielt, der sich bald die allgemeine Achtung und Verehrung erwarb, wie kein Oberhaupt des Landes vor ihm und nach ihm. Noch heute hört man seinen Namen nur mit der höchsten Achtung überall nennen, wo die braune Rasse ihren Wohnsitz aufgeschlagen hat.

Lord Ripon war ein frommer Christ, der es mit der Erfüllung seiner religiösen Pflichten sehr ernst nahm. Er glaubte sich im Gewissen gebunden, dafür sorgen zu müssen, daß die vielen den Indiern gemachten Versprechungen der Gleichberechtigung mit den Fremden zur Wirklichkeit würden. Seine Politik war zunächst, durch größere Beteiligung des Volkes an der lokalen Verwaltung auf eine Teilnahme an der Regierung der Provinzen und dann des ganzen Landes vorzubereiten. Daneben faßte er die Gleichstellung der Indier und Europäer vor Gericht ins Auge.

Bis zum Jahre 1872 konnten Europäer nur von den höchsten Gerichten abgeurteilt werden. Da ein Eingeborener, der mit einem Weißen einen gerichtlichen Streit hatte, nur selten die Kosten für die Reise nach einem vielleicht Hunderte von Meilen entfernten Gerichtshof aufbringen konnte, bedeutete diese Vorschrift, daß in den meisten Fällen

der Europäer straffrei blieb. In dem angegebenen Jahre wurde auch anderen Gerichten das Recht gegeben, Europäer abzuurteilen, aber der Richter selbst mußte ein Europäer sein. Und auch jetzt noch blieben bei schwereren Verbrechen, die eine Strafe von über ein Jahr Gefängnis nach sich zogen, die höchsten Gerichte in Kalkutta, Bombay und Madras die einzige Instanz, an die der Eingeborene sich wenden konnte, um zu seinem Rechte zu kommen. Hier wollte Lord Ripon einsehen. Alle britischen Untertanen sollten vor dem Gesetze gleich sein, wie man es den Indiern versprochen hatte. Zu diesem Zwecke ließ er die sog. Ilbert Bill vorschlagen.

Der Vorschlag erregte einen Sturm der Entrüstung in der europäi- schen Kommunität. Nicht allein die Kaufleute und andere nicht im Dienst der Regierung Stehende, auch die englischen Beamten arbeiteten mit fieberhaftem Eifer daran, das vorgeschlagene Gesetz zu Fall zu bringen. Kein Mittel der Agitation wurde verschmäht, alle Hebel in Bewegung gesetzt, in Indien sowohl wie in England.

Der Streit endete mit einem Kompromiß, in dem der Vorschlag des Vizekönigs scheinbar gerettet wurde, aber praktisch unterlegen war (1884).

Damit war die Bevorzugung der weißen Rasse trotz der Proklama- tion der Kaiserin wieder deutlich zutage getreten. In dem Kampf war von seiten der Fremden manches überhebende Wort gefallen, das so- bald nicht vergessen wurde und den Rassengegensatz gewaltig verschärfte. Wichtiger aber noch war es, daß die Indier hier an einem Beispiel zu ihrem Schaden gesehen hatten, welche Macht die systematische Agitation ist, selbst gegenüber einer Maßregel, die das Zeichen der Gerechtigkeit und Vernünftigkeit auf der Stirne trug. Der Schluß lag nahe: Wollte man den berechtigten Forderungen der Indier Geltung verschaffen, dann mußte man auch zu dieser Waffe greifen. Wenn es den angesiedelten Engländern gelungen war, eine offenbar ungerechte Forderung gegen einen das volle Vertrauen seiner Regierung besitzen- den und von einer mächtigen Partei gestützten Vizekönig durchzudrücken, dann mußte eine folgerichtige Agitation auch den Forderungen der Ein- geborenen im Laufe der Zeit zum Siege verhelfen.

Da Lord Ripon das Pressegesetz von 1878 wieder aufgehoben hatte, konnten die Zeitungen wieder frei schreiben. Sie taten das, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen. Inhaltlich und in der Form war sicher vieles zu tadeln von dem was damals und noch lange, zum Teil auch noch heute, in der indischen Presse erschien. Aber die Wirkung auf das Volk erreichten die mit wilden Indektionen ge-

spickten Artikel doch, und diese war eine immer wachsende Abneigung gegen die Fremdherrschaft.

Einsichtige Führer aber sahen bald ein, daß es nicht genüge, wenn die einzelnen Journalisten von ihrer Redaktionsstube aus die Regierung angriffen. Es mußte Einheit und Plan in die Angriffe gebracht werden, und ihre Form mußte sich mehr den europäischen parlamentarischen Methoden anpassen. Auch einsichtige englische Beamte erkannten, daß es besser sei, einen offenen und konstitutionellen Ausfluß für die bestehende Mißstimmung zu schaffen, als sie unter der Decke weiterfressen und nur durch unkontrollierbare, oft falsche Zeitungsartikel sich Lust machen zu lassen. Auf den Rat eines pensionierten Civil Servant, Allan Octavian Hume, eines Mannes, der die Sympathie der Indier genoß und für das Wohl des Volkes ein warmes Herz hatte, erging im Jahre 1885 eine Einladung an führende Eingeborene, sich zu einem Nationalkongreß zusammenzufinden und diese Zusammenkünfte zu einer regelmäßigen jährlichen Einrichtung zu machen. Schon in der Zeit des Lord Ripon waren die nötigen Vorbereitungen eingeleitet worden. Sein Nachfolger Lord Dufferin zeigte sich nicht feindlich. Als erster Versammlungsort wurde Puna bestimmt, aber im letzten Augenblick wurde Bombay vorgezogen, da in der Hauptstadt der Marathen die Cholera ausgebrochen war. Hier trafen sich in den Weihnachtstagen etwa 70 der führenden indischen Männer und inaugurierten damit ein Unternehmen, das in der politischen Entwicklung Indiens in der Folgezeit eine große Rolle spielen sollte und auch heute noch spielt.

Das Ziel der Kongresse war nach dem Ausdruck des großen politischen Führers Bakhale: „Unseren Aspirationen Ausdruck zu verleihen und unsere Wünsche zu formulieren.“ Genauer hat man folgendes als die Aufgabe der Zusammenkünfte bezeichnet: 1. Das Zusammenschweißen all der verschiedenen und einander widersprechenden Elemente, aus denen sich die Bevölkerung des Landes gebildet hat, in ein nationales Ganzes. 2. Die langsame Erneuerung der so gebildeten Nation auf allen Gebieten, geistigem, moralischem, sozialem und politischem. 3. Die Konsolidierung der Verbindung zwischen England und Indien, indem man eine Besserung der für Indien schädlichen und ungerechten Verhältnisse anstrebt.

Das Wort „Selbstverwaltung“ kam im ersten Programm nicht vor. Aber schon in der Einladung zur ersten Versammlung hieß es, daß der Kongreß den Keim zu einem indischen Parlamente bilden solle, und daß man durch die Art der Geschäftsführung den Einwand wider-

legen wolle, daß Indien noch nicht reif sei für demokratische Regierungsformen. Auf der zweiten Zusammenkunft bezeichneten es die Kongreßteilnehmer als ihre Ueberzeugung, daß die Einführung einer parlamentarischen Regierung der wichtigste Schritt für die Besserung der Lage des Landes sei. Von da ab stand diese Frage auf jedem Kongreß im Vordergrund des Interesses.

Daß die Gründung des Nationalkongresses einem von vielen gefühlten Bedürfnisse entsprach, zeigte sich bald. „Kein Unternehmen,“ so konnte Hume bereits auf der vierten Versammlung sagen, „hat in neuerer, geschichtlicher Zeit in kurzer Frist einen solch nachhaltigen Eindruck auf die Geister in Indien gemacht und solch große und wohlthätige Resultate versprochen wie dieses.“ Die Zahl der Teilnehmer, die anfangs klein war, wurde immer größer. Statt der siebenzig der ersten Zusammenkunft wurden es bald Hunderte und Tausende.

Die englische Regierung hatte sich anfangs nicht ablehnend gezeigt, sogar etwas Gutes im Kongreß gesehen. Aber schon bald wurde sie hinterdenklich, sie ahnte, daß hier eine Gefahr drohe, die ihrem Bestand gefährlich werden könne. Die letzte Konsequenz der gestellten Forderungen, so gemäßigt diese auch im Anfang waren, konnte nur die volle Freiheit Indiens und das Aufhören der Fremdherrschaft sein. Darum änderte die Regierung bald ihre Haltung und schon von 1888 ab war sie dem Kongreß eher feindlich gesinnt. Heute geben viele einsichtige Politiker zu, daß das ein Fehler war. Es wäre klüger gewesen, durch rechtzeitiges Nachgeben und Eingehen auf berechnete Forderungen die Bewegung in Bahnen zu lenken, die für England weniger gefährlich waren. Durch die Nichtbeachtung der Kongreßbeschlüsse wurden die Indier immer mehr in die Opposition zur Regierung getrieben. Langsam bildeten sich zwei Lager, die sich feindlich gegenüberstanden, auf der einen Seite eine dünne Oberschicht, die englischen Beamten und ein kleiner Anhang derselben unter den gebildeten Indiern, auf der anderen die große Masse der indischen Politiker und hinter ihnen das gewaltige Volk, das zwar politisch noch nicht erwacht, aber eher dem Einfluß ihrer Landsleute als dem der Fremden zugänglich war.

Vielleicht hatte die Regierung gehofft, daß das Kongreßunternehmen sich zu Tod rennen würde, wenn es kein Ziel seiner Tätigkeit fände. Tatsächlich zeigte sich ja auch bald, daß die indischen Politiker nicht in allem einig seien. Auf dem Programm standen moralische und soziale Besserung des Landes auf der einen Seite und politische Reformen auf der anderen. Manche waren der Ansicht, daß die ersteren die wichtigeren seien. Tatsächlich bedarf Indien der sozialen

Reformen wie kein anderes Land der Welt. Je mehr man mit europäischer Kultur in Berührung kam, um so tiefer wurde das von vielen gefühlt. Viele Auswüchse des Kastensystems, die Stellung der Frau, die Verachtung der außerhalb der Kasten Stehenden, die Sorge für die Kranken und Schwachen, die Hebung der arbeitenden Bevölkerung, die Erziehung der Jugend, die unsittlichen Verhältnisse, die von der Religion zum Teil geschützt wurden, und vieles andere erforderte dringend die Beachtung der gebildeten Klassen. Es gab auch manche, die das klar erkannten und darauf hinwiesen. Aber ihre Zahl blieb immer gering, und ihre Stimme verhallte meistens ungehört. Man fürchtete, beim Volke anzustoßen, das in den Ueberlieferungen der Kaste aufgewachsen war und von den alten Gebräuchen nicht lassen wollte. Aber auch unter den Gebildeten gab es viele, die zwar in der Theorie den sozialen Reformvorschlägen zustimmten, aber nicht den Mut hatten, sie tatsächlich auszuführen, wenn sich dazu Gelegenheit bot. Der Kastengeist hatte vielfach das soziale Empfinden getötet. „Es ist uns oft . . . zum Vorwurf gemacht worden,“ so schreibt ein Indier, „daß wir das Leben nicht ernst genug nehmen . . . Wir geben unserer Arbeit nicht die gehörige Bedeutung . . . Wir haben genug Ideen, aber unser Wille ist nicht stark genug, sie in die Tat umzusetzen.“ (Holkar College Magazine, Okt. 1915, S. 15.) Alle Anstrengungen einzelner Gebildeter, auf die niederen Klassen erzieherisch einzuwirken, wären nur sporadisch und erlahmten beim geringsten Widerstande, so schreibt ein anderer Hindu (Wilsonian, März 1919, S. 107). Ein bengalischer Dichter, D. L. Ray, hat sich über den Patrioten lustig gemacht, der davon träumt, für sein Vaterland zu sterben, aber sich um seinen Bruder nicht kümmert, der an der Cholera stirbt. Derselbe neuere Dichter spottet über den Reformhindu, der „ein wunderbares Gemisch ist von einem alten Orthodoxen, einem Hugley und einer Gans“, über den aus England zurückgekehrten Studenten, der nach französischer Sitte lacht und nach russischer hustet, über den Reformier, der ein Christ wird, um ein christliches Mädchen zu heiraten, es aber wieder verläßt, wenn sein Vater ihn dafür verprügelt, der sich zur Brahmo-Samadsch bekennt, weil es ihm Spaß macht, aber wieder zum alten Hinduglauben zurückkehrt, wenn er nach orthodoxem Ritus verheiratet werden soll. (Z. Indian Review, Febr. 1919, S. 105.)

Um diesen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, traten daher auf den Versammlungen des Nationalkongresses die politischen Forderungen immer mehr in den Vordergrund und nahmen bald fast die einzige Stellung ein. Je mehr sich die Regierung ab-

lehrend verhielt, um so stürmischer wurden sie gestellt, und um so entschiedener gingen viele in das Lager der offenen Opposition über. Was man oben nicht fand, das suchte man unten zu gewinnen. Man wandte sich immer mehr an die breiten Schichten des Volkes, denen man durch die Presse und in Provinzialversammlungen im Laufe des Jahres die Beschlüsse des Kongresses plausibel machte. Der Versammlungsort des Kongresses wurde jedes Jahr gewechselt, um eine möglichst weitgehende Einflusssphäre zu schaffen.

Dieselben Fehler des indischen Charakters, die wir bei der Durchführung des sozialen Programmes kurz angedeutet haben, machten sich natürlich auch bei den politischen Erörterungen geltend. Man verlor sich zu oft in grauen Theorien und dachte nicht an die frische Tat. Man redete, begnügte sich mit der großen Phrase, verlor sich ins Uferlose, dachte aber nicht an eine konkrete Lösung der Schwierigkeiten. Wer sich am besten als der wilde Mann zu gebärden wußte, wer die heftigsten Invektiven gegen die Regierung ausstieß, der galt als der große Patriot. Mancher Redner war vollständig zufrieden, wenn er von seinen Landsleuten beklatscht und einige Male in der eingeborenen Presse zitiert wurde, damit war seinem Ehrgeiz Genüge getan, mehr wollte er nicht. Kleinlich wirkte es auch oft, daß manche Redner sich zu sehr als Vertreter einer Klasse von Privilegierten gaben und die großen Aufgaben der indischen Politik aus dem Auge verloren.

So deutlich auch oft diese Fehler hervortraten, so wäre es doch falsch, die Bedeutung des Nationalkongresses für die politische Entwicklung Indiens zu verkennen. Die bedeutenderen Führer haben trotz allem die großen Ziele nie aus dem Auge verloren. Der Kongreß hat die politischen Ideen ins Land hineingetragen und den Widerstand gegen die Fremdherrschaft erweitert und versteift. Trotz des gewaltigen Wortschwallbes waren es doch bestimmte Forderungen, die immer wieder gestellt wurden und sich langsam dem Volke einprägten. Die Fehler waren Zugeständnisse an den indischen Charakter und waren als solche schließlich auch nicht ohne Bedeutung. Ohne sie wäre es wahrscheinlich der überlegenen englischen Politik leichter gelungen, die Bewegung in Bahnen zu lenken, die ihren Zwecken besser gedient hätten. So aber blieb diese rein indisch und verwuchs mit dem Volke.

Einen ersten Erfolg erzielte die durch den Nationalkongreß hervorgerufene Agitation im Jahre 1892. Die Regierung erklärte, daß sie es als gut betrachte, wenn die Ansicht der Eingeborenen in

gewissen Fragen gehört werden könnte. Um das zu ermöglichen, wurde die Zahl der „additional“ Mitglieder des Rates des Vizekönigs auf sechzehn erhöht. Auch jetzt sollte die Ernennung durch den Generalgouverneur erfolgen. Um aber dem Drängen der Indier nach demokratischen Methoden etwas nachzugeben, wurden die Ernennungen aus Personen gemacht, die von bestimmten Körperschaften vorgeschlagen wurden, so daß der Ernannte gleichsam ein Vertreter dieser letzteren war. Von den sechzehn Mitgliedern des Rates sollten gewöhnlich wie bisher sechs aus den Beamtenkreisen und die übrigen zehn außerhalb derselben genommen werden. Von diesen wurden vier auf den Vorschlag der Provinzialversammlungen hin gewählt und ein fünfter auf den der Handelskammer von Kalkutta. Für die Wahl der übrigen bestand keine Vorschrift. Auch bestand keine Verpflichtung für den Vizekönig, die Vorschläge der Körperschaften anzunehmen, aber tatsächlich wurde davon nie eine Ausnahme gemacht. Die Vollmachten des so erweiterten Legislative Councils wurden auch etwas vergrößert. Die Verfassung von 1861 hatte die Befugnis dieser Körperschaft auf streng gesetzgeberische Handlungen beschränkt. Eine Kritik der Finanzpolitik der Regierung war daher nur in den seltenen Fällen möglich, wenn zur Durchführung derselben ein neues Gesetz eingeführt werden mußte. Der Akt von 1892 erlaubte jetzt, daß in der gesetzgebenden Versammlung das jährliche Budget erörtert werde. Eine Aenderung desselben oder eine Abstimmung über dasselbe wurde aber nicht gestattet. Nur theoretische Kritik durfte an den in der endgültigen Form vorgelegten und zur Ausführung bestimmten Finanzvorlagen geübt werden. Außer diesem Rechte wurde den Mitgliedern der Gesetzgebung erlaubt, Fragen an die Regierung über Gegenstände allgemeinen Interesses zu stellen und eine Antwort zu verlangen. Von diesem Recht haben die Indier reichlich Gebrauch gemacht, da es oft ein einfaches Mittel war, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten.

Ähnlich wurden die Vollmachten in den Provinzialversammlungen erweitert, deren Mitgliederzahl auch etwas vergrößert wurde.

Was durch diese neuen Rechte erreicht war, war nicht sehr viel. Aber es war doch etwas, und die Bedeutung lag darin, daß das Prinzip, die Indier dürften nur in der Gesetzgebung befragt werden, und nicht an der Exekutive teilnehmen, durchbrochen wurde.

Viele Jahre sollten vergehen, bis der Nationalkongreß weitere Erfolge buchen konnte. England hielt zäh an seinen Vorrechten fest. Die Eingeborenen erhielten nur das, was sie der Regierung abzwangen,

und das wurde ihnen nur in kleinen Abschlagszahlungen bewilligt und als ein Beweis der Großmut der englischen Regierung dargestellt. Damals hatte Indien noch nicht gelernt, wie es dem Fremdherrn gegenüber auftreten mußte. Man küßte noch die Hand, die für eine kurze Zeit die Rute sparte.

IV. Die Regierung Lord Curzons.

Nnterworfenen Völker, die durch das Schwert niedergehalten werden, sind immer unglücklich. Beständig verfluchen sie ihre Regierung und hassen sie. Sie intrigieren stets und schmieden Komplotte, um das auf ihnen ruhende Joch abzuwerfen und die Freiheit zu gewinnen. Das gilt vor allem von Indien, solange es gegen seinen Willen von einer fremden Macht gehalten wird.“ So schrieb einer der Führer des indischen Nationalkongresses, Lala Lajpat Rai (*India's will to Freedom*, S. 8).

Mehr als es das Kräuseln der Oberfläche vermuten ließ, garte es gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts bereits unter der Oberfläche. Eines Tages mußte die angesammelte Mißstimmung zur Explosion kommen, wenn kein Ausweg für sie gefunden wurde. In solchen Lagen finden sich immer einige Köpfe, denen die Geduld reißt und die durch ein gewaltames Eingreifen die ersehnte Besserung herbeiführen wollen.

Die Forderungen des Nationalkongresses waren anfangs sehr gemäßigt gewesen, und man wollte sie nur auf konstitutionellem Wege durchsetzen. Als aber die Mäßigung zu keinem Ziele führte und den Wünschen der Indier von seiten der Regierung nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt wurde, da riß den Mutigeren die Geduld. Sie glaubten das Recht auf ihrer Seite, und wenn konstitutionelle Mittel nicht fruchteten, dann sollte zu anderen gegriffen werden. Diese Gedanken griffen bei einem Teile der Nationalisten immer mehr um sich, und es bildete sich in der Nationalversammlung ein radikaler Flügel, die Partei der „Extremisten“. Ihr Führer war Bal Gangadhar Tilak, ein Maratha-Brahmine, ein Sohn jener rauhen Bergbewohner, die als letzte der englischen Herrschaft widerstanden hatten und in ihrem kriegerischen Unabhängigkeitsgefühl mehr wie andere das Joch der Fremden bitter empfanden. Tilak war akademisch gebildet, aber von dem wahren Geiste der abendländischen

Kultur hatte er nicht viel erfaßt. Sein Geist nährte sich an der großen Vergangenheit des indischen Volkes und dort suchte er seine Aspirationen. Eine seiner ersten Handlungen war, daß er die Erinnerung an den Nationalhelden Schiwadschi bei seinen Landsleuten neu zu beleben suchte und seine Taten in Volksfesten dem Volke wieder zum Bewußtsein brachte. Der politische Einschlag dieser Feiern war von selbst gegeben; sie waren ein mächtiges Mittel, das Nationalgefühl zu wecken, weite Kreise damit zu durchdringen und vor allem die leicht begeisterte Jugend zu erfassen.

Mit der englischen Regierung kam Tilak zuerst in Streit, als diese den an sich sehr vernünftigen Vorschlag machte, das Alter für die Heirat auf zwölf Jahre heraufzusetzen. Dagegen trat Tilak mit der ganzen Leidenschaft auf, deren er fähig war. Klugerweise griff er nicht die vorgeschlagene Aenderung selbst an, sondern das dahinter stehende Prinzip. Eine fremde Regierung, so sagte er, habe nicht das Recht, sich in die sozialen und religiösen Gebräuche eines anderen Volkes einzumischen. Mäßigung und Klugheit waren nicht seine Sache. In der von ihm erworbenen Zeitung „Kesari“ (= der Löwe) führte er eine Sprache, die alles ruhige Maß überschritt, die aber wegen ihres warmen patriotischen Tones die Jugend mit sich riß. Das konnte seine Wirkung nicht verfehlen. Die für England feindliche Stimmung schreckte vor keinem Mittel zurück, und im Jahre 1897 wurden in der Nähe der Marathenstadt Puna zwei englische Offiziere meuchlings ermordet, nachdem kurz vorher die fanatische Wut gelegentlich einer Schiwadschifeier aufs höchste aufgepeitscht worden war.

Die Aufregung in ganz Indien infolge dieser Bluttat — des ersten politischen Mordes in einer langen Reihe anderer — war sehr groß. Die Regierung sah den Ernst der Lage und griff zu strengen Maßregeln. Es wurde auf Kosten der Eingeborenen eine rein europäische Polizeimacht gebildet, deren einzige Aufgabe die Verfolgung politischer Verbrechen sein sollte. Sodann wurde ein Gesetz von 1827 ausgegraben, das der Regierung die Vollmacht gab, jemanden ohne gerichtliche Verhandlung gefangen zu setzen, wenn es den Behörden im Interesse des Staates notwendig schien. Einige der Führer der antienglischen Bewegung wurden sofort verhaftet und in sicheren Gewahrsam abgeführt. Tilak selbst und seine Zeitung, die man als die tieferen Ursachen des Mordes ansah, wurden wegen Aufreizung zum Morde vor das Gericht gestellt, vor sechs europäischen und drei eingeborenen Schöffen und einem europäischen Richter mußte

er sich verantworten. Die Europäer erklärten ihn für schuldig, die Eingeborenen für unschuldig. Das Urteil lautete auf achtzehn Monate strenger Gefängnishaft.

Scheinbar trat jetzt eine Beruhigung der öffentlichen Stimmung ein. Aber unter der Oberfläche war die Erregung um so größer. Tilak galt als der Nationalheld und seine Verurteilung wurde von vielen als eine Beleidigung des indischen Volkes aufgefaßt.

Außer dem Marathenland war es besonders Bengalen, wo die Extremisten viele Anhänger fanden. Hier wurde ihr Führer, Vepra Chandra Pal, ebenfalls festgesetzt und damit scheinbar die Ruhe wieder hergestellt.

Aber die Beruhigung sollte nicht von langer Dauer sein. Es war die Zeit, da Lord Curzon die Stellung des Vizekönigs übernahm, und unter ihm brach der scharfe Gegensatz gegen England wieder mit voller Gewalt durch.

Curzon war nach allgemeinem Urteil einer der fähigsten und energischsten Vizekönige, die Indien je gehabt hat. Aber mit ihm kam ein Vertreter eines Prinzips zur Regierung, das in der neueren englischen Geschichte eine so verhängnisvolle Rolle spielt. Das war der Imperialismus. Man hat mit Recht gesagt, daß in der Geschichte Indiens mit Curzon eine ganz neue Periode einsetzt, die sich wesentlich von der Vergangenheit unterscheidet. Die imperialistische Idee trieb die Fremdherrschaft dazu, ihren Stachel bis zum äußersten fühlbar zu machen, und dadurch wurde sie die Ursache, daß auf der anderen Seite der Widerstand gegen England immer größeren Umfang annahm und schließlich eine Gefahr für die fremde Herrschaft wurde.

In London herrschte damals das Kabinett Salisbury-Chamberlain, das ausgesprochen imperialistische Tendenzen verfolgte. Es war die Zeit Cecil Rhodes', des innerlich klarsten und konsequentesten Imperialisten, der je gewesen ist (S. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus. I. Band, S. 86). Er träumte von der Herrschaft Englands über die ganze Erde, von der Einverleibung Mesopotamiens, Palästinas und Kretas, von der Besitzergreifung der Küsten Chinas und Japans, des Malajischen Archipels und der Inseln der Südsee. Viele andere dachten wie er, wenn auch nicht mit derselben Klarheit und Offenheit. Lord Curzon war einer von denen, „die glauben, daß das britische Reich das durch die Vorsehung berufene größte Werkzeug zum Guten ist, das die Welt je gesehen hat“, wie er in seinem Buche „Probleme des Ostens“ im Jahre 1894 schrieb. In Kipling war damals dem

Imperialismus der Dichter erstanden. In Indien geboren, entflammte er seine Leser für die englische Herrschaft über die „tückischen“ Völkerschaften des Ostens, die „halb Teufel, halb Kinder“ seien, und erklärte, daß wilde Härte in ihrer Behandlung nötig sei. Uehnliche Gedanken waren ja schon früher in der englischen Geschichte hervorgetreten. „Der Unterschied ist nur, daß an Stelle derben Zugreifens die Lehre trat, Großbritannien wäre es nicht nur sich, sondern der Zivilisation schuldig, jedes noch nicht in festen Händen befindliche Stück Erde in Besitz zu nehmen. Früher einmal war bei den seefahrenden Völkern, so bei Portugiesen und Spaniern, die Pflicht der Verbreitung des Christentums das ideale Motiv gewesen, in das sich der Tatendrang hüllte; später in der merkantilistischen Zeit, galt es als patriotische Aufgabe, durch Ausdehnung des Handels zur Ehre und Größe seines Landes beizutragen. Der Imperialismus unserer Zeit dagegen strebt Welt-herrschaft und Eroberungen um ihrer selbst willen an, damit nur kein anderes Volk sich mit stärkeren Kampfmitteln ausrüstet. Die Macht als solche ist zur Gottheit erhoben, Religion, Handel und Industrie schreiten erst in ihrem Gefolge einher.“ (Friedjung, a. a. O. S. 87.)

Als Curzon in Indien landete, fand er manches schöne Wort, in dem er seine Liebe zu dem Lande und seine Sympathie mit den Bestrebungen seiner Bewohner ausdrückte. Aber diese letzteren hörten bald den imperialistischen Unterton heraus. Das war um so mehr der Fall, als in der Zeit seiner Regierung verschiedene Ereignisse sich abspielten, die die Aufmerksamkeit der Indier in hohem Maße erregten und ihr patriotisches Empfinden anstachelten. Da war es zunächst der Burenkrieg, der den Indiern zeigte, daß der Imperialismus vor keinem Mittel zurückschrecke, um seine Ziele zu erreichen. Wenn man auch den Buren persönlich keine Sympathien entgegenbrachte, da sie die braune Rasse in ihrem Lande hart behandelten, so verfolgte man doch mit geheimer Schadenfreude die anfänglichen Mißerfolge der Engländer. Wichtiger aber waren Ereignisse, die sich auf dem asiatischen Festlande abspielten. Hier lagen die Russen und Japaner im Kriege und die letzteren zeigten sich den ersteren in vielem überlegen. Die jüngste Macht, die in die Weltgeschichte eingegriffen hatte, hatte aus eigener Kraft sich losgemacht von dem Gängelbände, an dem Europa sie geführt, und trat selbständig und selbstbewußt an die Seite der Staaten des Abendlandes. Die Nachricht davon ging wie ein Zucken durch ganz Asien und nicht am wenigsten durch Indien. Man gewann wieder Vertrauen zu sich selbst und glaubte mehr wie je an die Möglichkeit, aus eigener Kraft sich zu einer geachteten Stellung

im Rate der Völker emporzuschwingen zu können. China begann sich zu regen und machte Versuche, eine demokratische Verfassung einzuführen. Aus Persien kamen Nachrichten, daß der Schah sich entschlossen habe, ein Nationalkonzil zu berufen, um wichtige Staatsangelegenheiten mit ihm zu beraten. Und noch näher der Grenze Indiens berief der Amir von Afghanistan eine „beratende Versammlung“, um dem Drängen des Volkes nach Anteilnahme an der Regierung nachzugeben. Und doch standen China, Persien und Afghanistan an allgemeiner Bildung und Kultur weit hinter Indien zurück. Warum sollte also gerade dieses Land, in dem man Mill und Burke und Bright kannte, zurückstehen und sich eine bürokratische fremde Regierung gefallen lassen? Wenn England in seinem eigenen Hause demokratisch war, dann durfte es nicht in seiner reichsten Kolonie imperialistisch sein.

Von den Regierungshandlungen Curzons waren es besonders zwei, die den Aerger der Indier erregten und von einem Ende des Landes bis zum anderen aufflammen ließen. Die erste war sein Angriff auf die Universitäten. Er hatte richtig erkannt, daß die politischen Unruhen ihren letzten Grund in den höheren Unterrichtsanstalten hatten. Von seinem imperialistischen Standpunkt aus schloß er, daß da etwas falsch sein müsse. Die alte Achtung vor den Fremden war geschwunden, für die Verwaltung war die Behandlung der akademisch Gebildeten ein schweres Problem geworden. Daraus wurde der Schluß gezogen, daß die höhere Bildung die guten Züge zerstört habe, die man an der älteren Generation gefunden hatte. Während die Gründer des Unterrichtssystems liberale Staatsmänner gewesen waren, die in dem Unterricht ein mächtiges Mittel zur Hebung des einzelnen und der Rasse sahen, wollte Curzon aus den Schulen ein Mittel zur Beförderung seiner imperialistischen Ideen machen. Das jetzige System habe die Gebildeten vom Volke getrennt und eine „mikroskopische Minorität“ geschaffen, die die Massen terrorisiere. Nur der Verstand würde gebildet, der Charakter aber sei vernachlässigt. Und auch die Verstandesbildung sei zu abstrakt und einseitig, sei nur ein Firnis, der nicht in die Tiefe dringe. Erst müßten die höheren Schulen und das gesamte Unterrichtswesen reformiert werden, ehe man von demokratischen Methoden der Regierung sprechen könne.

Mit Recht wiesen die Indier darauf hin, daß sie ihre Schulen von England erhalten hätten. Wenn sie nicht mehr leisteten, als behauptet werde, dann fiel die Schuld auf die fremde Regierung. Was hatte England überhaupt bisher für die Erziehung des Volkes getan? Es hatte sich auf das Notwendigste beschränkt und nie zu

einer großzügigen Schulpolitik sich aufgeschwungen. Das Volksschulwesen lag noch immer im argen und war ganz vernachlässigt.¹⁾ Das im Budget für Unterrichtszwecke angelegte Geld entsprach nicht der Größe des Landes und seinen Bedürfnissen. Jeder Einsichtige konnte sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß der Regierung die Sorge für die Erziehung des Volkes die geringste aller ihrer Aufgaben schien, und daß die Bürokratie in der Bildung einen Feind sah, der ihr einmal gefährlich werden könnte. Hätten nicht Privatgesellschaften sich des Unterrichtes angenommen, so wäre noch viel weniger erreicht worden, als es tatsächlich der Fall war. Der Indier hat ein gewaltiges Bestreben, sich nach modernen Methoden zu bilden. Jede ihm gebotene Gelegenheit hat er benutzt. Es war eine billige Anklage Curzons zu sagen, das indische Unterrichtswesen sei mangelhaft. Uebrigens war diese Anklage in dieser Allgemeinheit auch nicht richtig. Was an den Universitäten fehlte, war die Gelegenheit zu fortgeschritteneren Studien, namentlich die Anleitung zu eigentlicher Forscherarbeit. Der Grund dazu lag einerseits im heißen Klima, das immer eigentliche Forscherarbeit bedeutend schwerer machen wird als in Europa. Der zweite Grund aber lag in dem Mangel an Verständnis für diese Arbeit bei der Regierung. Sie hätte in den von ihr unterhaltenen Kollegien genug Gelegenheit gehabt, höhere wissenschaftliche Arbeit zu pflegen.

¹⁾ Die englische Wochenschrift „Tablet“ brachte vor kurzem folgende Notiz:

„Wir hören viel von Kritikern des Mittelalters über die skandalöse Gleichgültigkeit von Seiten der Kirche und des Staates bezüglich der Sorge für die Erziehung des Volkes. Das Papsttum und der Staat, so sagt man immer, fanden es in ihrem eigenen Interesse gelegen, nicht nur die Bibel aus der Hand des Volkes zu lassen, sondern auch die Fortdauer der Unwissenheit zu begünstigen. Im Lichte dieser ganz unbegründeten Anklagen ist es interessant, den Bericht der Unterrichtsabteilung der Regierung von Indien für das Jahr 1919—1920 zu lesen. Daraus geht hervor, daß, während die Zahl der Gesamtbevölkerung des Britischen Indiens auf 245 Millionen geschätzt wird, die Zahl der eine Schule besuchenden Kinder nicht mehr als 7481247 beträgt. Erwägt man nun, daß die Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter ungefähr ein Fünftel der Gesamtbevölkerung beträgt, so zeigen diese Zahlen, daß in Indien statt 36 Millionen Kinder, die unterrichtet werden sollten, nicht mehr als 7½ Millionen tatsächlich unterrichtet werden. Wir wollen nicht irgend jemanden für diesen Zustand tadeln, aber alle Welt weiß, daß englischer Einfluß für ein und ein halbes Jahrhundert in Indien herrschend gewesen ist, und daß eine gewisse Verantwortlichkeit hierin notwendig auf die Herren des Landes fällt. Jedenfalls, wenn man den allgemeinen Mangel an Bildung im Mittelalter der Kirche zuschreibt, dann ist es auch recht, sich zu fragen, ob der Eifer für die Erziehung bei unseren Beamten wirklich so ernst ist, wie man behauptet.“

Aber sie hat keine Versuche in dieser Richtung gemacht. Oder sie hätte Forscherarbeit in den Privatinsti- tuten unterstützen können. Aber auch das ist nicht geschehen. Sieht man von diesen höheren Zweigen ab, so kann man nicht sagen, daß die indischen Universitäten auch vor der Zeit Curzons ihre Aufgabe nicht erfüllt hätten.

Es war auch nicht wahr, daß die Universitäten keine Charaktere bildeten. Der Verfasser hat viele Indier gekannt, die treffliche Männer geworden waren, und die das offen und ehrlich ihren Professoren zuschrieben, die ihnen neben den Schätzen der Wissenschaft die Quellen der sittlichen Kraft gezeigt hatten. Daß es auch manche gab, die nur äußerlich sich das Wissen des Abendlandes angeeignet hatten, ist natürlich nicht zu leugnen, aber daran waren die Universitäten nicht schuld. Wissen allein kann nicht jahrtausendealte sittliche Gebräuche in einer oder zwei Generationen aus der Welt schaffen. Der sittlichende Einfluß der englischen Professoren war zudem oft sehr gering. Ein mystisches Volk wie die Indier erzieht man nicht nur mit Sport und mit Lehren der materialistischen Philosophie. Auch das Evangelium der Gewalt, das in der Geschichte Englands zutage tritt, bildet keine tieferen sittlichen Menschen. Tatsache ist, daß gerade aus den ausschließlich in der Hand der Regierung befindlichen und mit englischen Professoren besetzten Kollegien oft die größten Feinde des englischen Systems hervorgingen. Tatsache ist es ebenso, daß ein unterdrücktes Volk nur in Ausnahmefällen zu einem sittlichen Aufschwung fähig ist. Daran aber, daß Indien in Banden lag, war England schuld und nicht die Indier.

Der Angriff Curzons auf die Universitäten war einer jener schlauen Schachzüge der englischen Politik, die unter dem Vorwand, etwas zum Vorteil des Landes zu tun, alles bis dahin Erreichte in Frage stellen wollte.

Lord Curzon hatte den Kampf gegen die Universitäten eröffnet. Für viele Jahre blieb er auf der Tagesordnung. Bei dem großen Interesse, das die öffentliche Meinung an der Frage nimmt, haben die Gegensätze zwischen der Regierung und der indischen Bevölkerung viel dazu beigetragen, die Kluft zwischen beiden zu erweitern.

Hatte sich Curzon durch seine Angriffe auf die Universitäten die große Masse der Gebildeten entfremdet, so verfeindete ihm eine andere Handlung seiner Verwaltung die breiten Massen des Volkes. Das war die Teilung Bengalens in zwei voneinander getrennte Provinzen. Vom verwaltungstechnischen Gesichtspunkt aus war diese Zerlegung wohl berechtigt. Die Provinz Bengalen war die größte

und bevölkerste Indiens und umschloß Gebiete, die große Verschiedenheit aufwiesen. Eine einheitliche und gründliche Verwaltung war nicht möglich, und die jenseits des Ganges gelegenen Gebiete wurden darum sehr vernachlässigt. Gleichwohl wurde dieser Schritt in Kalkutta als eine schwere Kränkung des Nationalstolzes angesehen, und von da pflanzte sich die Aufregung über das ganze Land. Im ungeteilten Bengalen waren die Hindus diejenigen gewesen, die wegen ihrer Bildung die meisten der den Eingeborenen zugänglichen Stellen im Staatsdienst einnahmen. In der nun abgetrennten Provinz aber waren die Mohammedaner vorwiegend, diesen fiel daher der größere Einfluß in dem neuen Verwaltungsbezirk zu und die Hindus mußten zurücktreten. Es ist natürlich durchaus wahrscheinlich, daß dieses Zurückdrängen der Hindus, die mit der Regierung oft im Streite waren, von Lord Curzon beabsichtigt war. Der offizielle Grund der Teilung, der übrigens die Maßregel allein vollständig begründet hätte, war der zuerst angeführte. Es hatte immer zur Politik der englischen Regierung in Indien gehört, die Mohammedaner gegen die Hindus auszuspielen, wenn die Regierung in Verlegenheit war.

Die Teilung Bengalens war das Signal für einen wahren Sturm von Protestversammlungen und Protestschriften gegen die Fremdherrschaft. Zunächst brach er in Bengalen selbst los, aber in sehr kurzer Zeit hatte er sich über das ganze Land verbreitet. Vielen, die die geheimen Kräfte, die an der Volksseele gearbeitet hatten, nicht kannten, kam er als eine Ueberraschung. Zum ersten Male in der Geschichte war sich fast das gesamte Indien einig. Daß die englische Presse sich zum großen Teil auf die Seite Curzons stellte, diente nur dazu, die Einigung noch vollkommener zu machen.

Am 13. Dezember 1904 verließ Curzon Indien. Er war der bestgehaßte Mann im Lande geworden und ist es bis heute geblieben. In den Weihnachtstagen desselben Jahres wurde der Nationalkongreß in der heiligen Stadt Benares abgehalten. Die dort an dem letzten Vizekönig geübte Kritik ließ nichts an Deutlichkeit fehlen. Der Präsident des Kongresses, einer der bedeutendsten und ruhigsten indischen Politiker, Gokhale, sagte unter anderem: „Für Lord Curzon war Indien ein Land, wo der Engländer alle Macht für immer monopolisieren wollte und gleichzeitig allezeit von Pflicht sprach. Die einzige Aufgabe der Indier sollte sein, sich regieren zu lassen, und es war ein Sakrileg von ihrer Seite, andere Aspirationen zu haben. In diesem Schema war kein Platz für die gebildeten Klassen des Landes. Und nachdem es ihm mißglückt war, sie eine Zeitlang

zu amüsieren, indem er ihnen vorgaukelte, daß er sie in sein Vertrauen jöge, ging er schließlich dazu über, sie zu unterdrücken.“

Das Programm des Kongresses faßt Gokhale in folgenden Punkten zusammen:

1. Das indische Volk muß einen beständig wachsenden Anteil an der Leitung seiner eigenen Angelegenheiten haben. Darum müssen die gesetzgebenden Körperschaften reformiert werden, die Indier müssen in den Rat des Staatssekretärs für Indien ernannt werden, ebenso zum Executive Council. Ueberhaupt muß das Bestreben dahin gehen, die englischen Beamten durch eingeborene zu ersetzen, soweit als irgend möglich.
 2. Die Verwaltungsmethoden müssen verbessert werden. Vor allem muß die exekutive Gewalt überall von der richterlichen getrennt werden, während sie tatsächlich noch vielfach verbunden sind.
 3. Die Finanzverwaltung muß sich den Bedürfnissen des Landes anpassen. Darum vor allem Einschränkung der Ausgaben für das Militär.
 4. Alle Mittel müssen ergriffen werden, um die Lage des Volkes zu bessern. Daher Entwicklung des Volksschulunterrichts, technische und industrielle Erziehung, öffentliche Hygiene, Erleichterung der Verschuldung der Landleute.
-

V. Die Minto-Morley-Reformen.

Der konsequente Imperialismus Lord Curzons hatte Indien in eine gewaltige Aufregung versetzt, aus der das Land bis heute nicht herausgekommen ist. Ein neuer Geist schien über das Volk gekommen zu sein. Noch war vieles zu stürmisch, unklar, oft nicht folgerichtig, nicht klug genug. Aber man sah jetzt doch deutlich, daß es sich um eine Bewegung handelte, die nicht mehr aufgehalten werden konnte.

Eine der schlimmsten Folgen der Regierung Curzons war für England, daß eine immer größer werdende Entfremdung zwischen den Herrschern und der großen Masse des Volkes einsetzte. Zwar blieb der Beamte im Distrikt noch in Berührung mit dem Volke. Viele dieser auf den unteren Stufen des Civil Service stehenden Männer haben nach wie vor ihr Interesse an den ihnen Anvertrauten gezeigt und viel Gutes geschaffen. Aber in den höheren Regionen der indischen Verwaltung machte sich der Bürokratismus, ein Kind des Imperialismus, immer mehr geltend. Und Bürokratismus führt zum Autokratismus. „Die Sekretariate,“ so schreibt Chitrol, ein eifriger Verteidiger der englischen Verwaltung, „die vom Sitze der Provinzialregierung und ebenso von dem der höchsten Regierung aus die ganze Maschinerie leiteten und kontrollierten, wurden immer mehr selbstzentriert, mehr und mehr mit dem Sinn für ihre Unwissenheit erfüllt. Sogar die Leute mit den Erfahrungen in den Distrikten und die, welche in den provinziellen Sekretariaten unter der schweren Hand der Regierung Indiens gezeugt hatten, waren schnell bereit, die orthodoxen Ansichten anzunehmen, sobald sie das Privileg hatten, die reinere Luft der olympischen Sekretariate einzuatmen, die sich rühmten, die Hüter aller Geheimnisse einer ‚guten Regierung‘ zu sein. Für das, was eine gute Regierung ausmachte, galt Leistungsfähigkeit (efficiency) als einziger Gradmesser, und diesen konnten nur Engländer richtig anwenden, und von den Indiern erwartete man, daß sie alles als endgültig annähmen, was immer auch sonst ihre Wünsche und ihre Erfahrung sein mochten.“

Je mehr die Bürokratie auf ihre Macht eifersüchtig wurde, um so härter wurde der Widerstand der Opposition. Diese hatte neuen Mut geschöpft, als aus den Wahlen von 1905 in England die Liberalen

ins Parlament zogen und die Konservativen Lord Curzons eine gewaltige Niederlage erlitten hatten. Von der liberalen Regierung hoffte man eine gerechtere Behandlung. Darin bestärkte sie die Ernennung John Morleys zum Leiter des India office. Dieser entschiedene Radikale war unter Gladstone, dessen Biographie er auch geschrieben hat, Homerule-Sekretär für Irland gewesen und hatte die Forderungen dieses unterdrückten Landes mit Kraft und Mut gegen die Feinde der Selbstverwaltung verteidigt. Der neue Vizekönig, Lord Minto, war zwar noch von der konservativen Regierung ernannt worden; aber es zeigte sich bald, daß er nicht gewillt war, in den Bahnen seines Vorgängers zu wandeln. Das gab dem Lande eine kurze Beruhigung. Man gab sich der Hoffnung hin, daß der neue Vizekönig die Teilung Bengalens bald rückgängig machen werde.

Aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Enttäuschung war um so größer, und der Sturm brach von neuem los mit größerer Heftigkeit als zuvor. Die Zeit war den Extremisten günstig. Sie wiesen darauf hin, daß man mit den alten parlamentarischen Methoden des Widerstandes nicht zum Ziele komme. Sie verwarfen die „Bettelmethoden“ von Bittschriften und Gesuchen und forderten zu Anwendung drastischerer Mittel auf. Man predigte überall im Lande die Lehre von Schwaradsch (Selbstverwaltung) und von Schwadeschi (Bojkott europäischer Waren). Auf dem in Kalkutta im Jahre 1906 gehaltenen Nationalkongreß gelang es dem klugen, alten Politiker Dababhai Naoroji, dem Gladstone Indiens, noch einmal die Gemüter für kurze Zeit zu beruhigen und eine Trennung der gemäßigten Politiker von den Extremen zu verhindern. Aber man verlangte sofortige Ausführung folgender Reformen:

1. Alle Prüfungen für den Civil Service sollten gleichzeitig in London und in Indien gehalten werden, um den Indiern den Aufstieg in den höheren Verwaltungsdienst zu erleichtern.
2. Die Indier müßten eine entsprechende Vertretung in dem Räte des Staatssekretärs für Indien, in dem Räte des Vizekönigs und in denen der Gouverneure von Bombay und Madras erhalten.
3. Die gesetzgebenden Versammlungen müßten vergrößert werden und eine größere und demokratischere Vertretung des Volkes bilden, damit ihm so eine Kontrolle über die Verwaltung des Landes und über die Finanzen gesichert würde.
4. Die Vollmachten der Stadträte müßten erweitert werden, so daß die Aufsicht der Regierung über dieselben nicht größer sei als bei ähnlichen Körperschaften in England.

Kurz gesagt, „Selbstverwaltung wie die im Vereinigten Königreich oder in den Kolonien“ wie Kanada, das war das Programm, das jetzt klar vor den Augen der Indier stand.

Eine dauernde Einigung der Gemäßigten und der Extremen hatte der Kongreß von Kalkutta nicht erzielt. Ueberall im Lande bildeten sich geheime Gesellschaften, deren Mitglieder sich verpflichteten, selbst ihr Leben für das Mutterland zu opfern. Zeitungen und Zeitschriften forderten offen und verdeckt zum politischen Morde auf. Als der Kongreß im folgenden Jahre sich in Surat traf, glaubten die Extremisten ihre Zeit gekommen, um die Herrschaft im Kongreß an sich zu reißen. Es kam zu tumultuarischen Szenen. Da eine Einigung zwischen den Radikalen und den Gemäßigteren nicht möglich war, ging man auseinander, ohne in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten zu sein. Es gärte furchtbar im Lande. Politische Morde von englischen Beamten und von Eingeborenen in englischen Diensten waren an der Tagesordnung.

Die Regierung suchte sich zu wehren. Verhaftungen und Einkerkerungen auf Grund des Gesetzes von 1818 fanden in größerer Zahl statt. Die Herstellung von Sprengstoffen wurde durch ein Gesetz verboten. Versammlungen wurden untersagt oder unter strenge Kontrolle gestellt. Durch ein besonderes Gesetz wurde ein neues Gerichtsverfahren eingeführt, das eine schnelle Aburteilung der Verschwörer ermöglichte, ohne von Geschworenen abhängig zu sein.

Aber alle diese Mittel halfen nicht. Die Indier sprachen von einer „Schreckensherrschaft“, die das Land bedrücke. Am leidenschaftlichsten war wieder Tilak und sein „Kesari“. Er wurde vor Gericht gestellt und zu sechs Jahren Deportation verurteilt (1908).

Die Regierung sah endlich ein, daß sie Konzessionen machen müßte, um die Aufregung zu beschwichtigen. Im Jahre 1907 wurden zum ersten Male Indier in den Rat des Staatssekretärs in London berufen, ein Hindu und ein Mohammedaner. Zwei Jahre später wurden einige Aenderungen in der Zusammensetzung und in den Funktionen der gesetzgebenden Körperschaften bewilligt. Diese wurden vergrößert, ihre Vollmachten erweitert und eine gewisse Wahl durch bestimmte Körperschaften festgesetzt. Das Legislative Council des Generalgouverneurs sollte von jetzt ab 60 Mitglieder zählen, von denen 35 von der Regierung ernannt und der Rest von gewissen Wählerkreisen gewählt wurden. Von den ernannten Mitgliedern durften nur 28 Beamte sein. Von den übrigen mußte einer aus den Mohammedanern des Pandschab, einer aus den Grundbesitzern der-

selben Provinz und einer aus der Handelswelt genommen werden. Von den gewählten Mitgliedern wurden je zwei von den nicht offiziellen Mitgliedern der vier größeren Provinzialparlamente und je einer von den der drei kleineren Provinzen bestimmt. Da die Zentralprovinzen kein Legislative Council haben, wird ihr Vertreter durch die Stadt- und Landräte gewählt. Sechs Mitglieder kommen auf die Grundbesitzer in sechs Provinzen, fünf auf die Kommunität der Mohammedaner in fünf Provinzen, zwei auf die Handelskammern von Kalkutta und Bombay. Der Generalgouverneur hatte das Recht, einen Kandidaten auszuschließen, wenn er es für notwendig hielt. Jedes Mitglied der Versammlung hatte einen Eid der Treue zur Krone abzulegen, bevor er zugelassen wurde.

Zu den Aufgaben der so zusammengesetzten gesetzgebenden Körperschaft gehörte zunächst die Erörterung des Budgets, und zwar vor der endgültigen Regelung desselben. Die Mitglieder hatten das Recht, Resolutionen darüber vorzuschlagen und eine Abstimmung zu fordern. Ausgeschlossen davon sind aber die Budgetangaben für Zölle und das Heer. Die Abstimmung des Councils hat aber nur die Bedeutung eines Vorschlages für den Generalgouverneur; dieser ist nicht gezwungen, ihn anzunehmen. Auch ist durch die „offizielle“ Majorität von 35 gegen 32 nichtoffizielle Mitglieder dafür gesorgt, daß die Anschauung der englischen Regierung die Oberhand behält.

Eine ganz neue Vollmacht, die dem Council bewilligt wurde, war die, daß man jetzt Angelegenheiten von öffentlichem Interesse auch außer der Zeit der Diskussion des Budgets zum Gegenstand einer Resolution machen konnte. Auch wurde außer der bereits 1892 bewilligten Erlaubnis zur Stellung von Fragen das Recht gegeben, „Ergänzungsfragen“ zu stellen, wenn die Antwort auf die erste Frage nicht befriedigt hatte. Die Bedingungen, unter denen Fragen gestellt werden konnten, wurden genau festgelegt. Sie dürfen nur vorgelegt werden in der Absicht, Information zu erhalten, nicht um dadurch etwas zu beweisen oder die Regierung anzugreifen; auch ist keine Diskussion erlaubt über eine von der Regierung gegebene Antwort. Der Präsident des Parlamentes, d. h. der Generalgouverneur, kann eine Frage verbieten, wenn er es im öffentlichen Interesse für nötig hält.

Die in den gesetzgebenden Versammlungen der Provinzen Bombay und Madras eingeführten Aenderungen gleichen den für ganz Indien gegebenen, die soeben beschrieben wurden. Die Zahl der Mitglieder wurde mehr als verdoppelt, sie wurden teilweise gewählt; sie erhielten das Recht, das Budget der Provinz zu diskutieren und darüber ab-

zustimmen, Resolutionen einzubringen sowohl über die Finanzverwaltung als über andere Fragen von allgemeinem Interesse für die betreffende Provinz. Die Wählerschaft wurde für jede Provinz besonders festgelegt. In Bombay z. B. bestand die gesetzgebende Versammlung aus den vier offiziellen Mitgliedern, und 44 hinzugefügten. Von den letzteren ernannt der Gouverneur 23, von denen nur 14 Beamte sein dürfen. Im Gegensatz zu dem Parlament für Ganjindien ist also der Gouverneur ohne offizielle Majorität. Da aber die Auswahl der nichtoffiziellen Mitglieder stets so getroffen werden kann, daß der Regierung treue Leute bestimmt werden, werden sich daraus seltener Schwierigkeiten ergeben. Acht der gewählten Mitglieder werden von den Municipalräten und Distrikträten bestimmt, vier von den Mohammedanern, drei von den Grundbesitzern, je einer von der Universität, dem Stadtverordnetenkollegium der Stadt Bombay, der Handelskammer derselben Stadt, der Handelskammer der Stadt Karachi, der Vereinigung der Spinnerbesitzer und der Kaufmannschaft.

Der Akt von 1909 gab die Vollmacht, daß auch in anderen Provinzen ein Executive Council eingeführt werden könne. In Bengalen wurde das auch bald durchgeführt; es besteht aus drei Mitgliedern, von denen einer ein Eingeborener ist. In Madras und Bombay wurde die Zahl der Mitglieder dieses Rates auf vier erhöht, von denen einer ein Eingeborener ist. Die in allen Provinzen, mit Ausnahme zweier kleinerer bestehenden Legislative Councils wurden ähnlich reformiert wie in der für Bombay angegebenen Weise. Das Wesentlichste bei allen war, daß die Beamten die Minorität der Mitglieder bildeten.

Diese als Morley-Minto-Reformen bekannten Aenderungen der Verfassung beruhigten die öffentliche Meinung in Indien für eine kurze Zeit. Obwohl sie bei genauer Ansicht eigentlich nicht viel enthalten, was wirklich demokratisch ist, waren sie doch ein gewisser Fortschritt gegen früher. Man betrachtete sie als ein Uebergangsstadium, und hoffte, daß bald weitergehende Konzessionen folgen würden.

Die Londoner Regierung glaubte jetzt die Zeit günstig, um durch den Besuch des Königspaares die Stimmung wieder zu gewinnen. Der Glanz des Monarchen, der in feierlicher Weise in Delhi einen Durbar abhielt, sollte bei der funnesfrohen und vom äußeren Glanze leicht hingerissenen Menge die angebotene Achtung vor dem Regierungssystem neu beleben. Tatsächlich vollzog sich die Reise des Herrschers

ohne Erörung (1911), und sie sollten auch eine gewisse Begrenzung beim Vollen auszulösen. Das Volk benötigte sich hierbei, um das Ereignis zu sehen. Die Zeitungen waren voll von langen Artikeln, allerdings oft mit einem Hinweis darauf, daß man der Krone treu sei, aber die Bevölkerung nicht mit der Krone identifiziere. Die eingeborenen Fürsten konnten sich im Glanze des Kaisers von Indien, von dem auch ein Entschluß auf sie fiel, obwohl es auch bei ihnen einige gab, die die Demütigung stark empfanden, die sie einem Grundbesitzer untertänig machte. Aber nur einer derselben, der auch sonst von Engländern wenig geschätzt wurde, wagte es, das verdammende Hofzeremoniell zu durchbrechen. Das wurde ihm sehr übel genommen und zur Strafe die für ihn gültige Zahl der Calatschünge für einige Jahre herabgesetzt.

Gelegentlich des Besuchs des Königspaars wurde des öftlichen Bengalen wieder mit dem westlichen vereinigt, während Behar und Delhi, wo ein anderes Volk wohnte und eine andere Sprache gesprochen wurde, zu einer eigenen Provinz gemacht wurde. Damit war der Grund eine gewisse Einigung herbeizuführen und der Agitationsgeist gegen die Stellung Bengalens aus der Welt geschafft. Gleichzeitung wurde ihnen aber ein Schlag versetzt, indem die Hauptstadt Indiens von Kalkutta nach Delhi verlegt wurde. Als Programm der Regierung für die Zukunft wurde ausgegeben: *Empire! Empire!* Diese wurde in England gefeiert gegen das bis dahin geübte System der „efficiency“, als dessen Hauptvertreter Engländer gegolten hatten.

Aber darunter war die Bevölkerung wieder nicht. Die Engländer wußten nicht ohne Grund darauf hin, daß die englische Regierung in den *Storley-Stein*-Reservaten ihnen einen Grundbesitz des *Divide* et *imper*a angenommen habe; sie habe den Gemüthigten einige Rangeschranken hingeworfen, einige sind nach Oben bedrückt, nun ihnen Raum in die Augen zu kommen und sie, indem man ihrer Eifersucht keine Rechenschaft, von den empfindlichsten Politikern zu kommen. Man gab zu, daß die Grundbesitzer *Storleys* viel Gutes erzielten. Aber der Staatsfaktor sei Spekulanten, und habe nicht den Staat geschädigt, keine Grundbesitzer auszulösen. Auch jetzt sei die gefürchtete Reformierung eigentlich nur eine beiderseitige Schöbche. Was bewilligt werden sei, sei eigentlich noch weniger als das, was der Nationalkongress in seinen ersten Jahren, als keine Fortschritte und sehr bescheiden waren, verlangt habe. Zudem sei man nach wie vor der *Stimulant*-Überhandword, die es stets verstanden habe, die besten Möglichkeiten der *Landowner*-Regierung durch eine *Minister*-Auslegung zu umgehen.

Daß der Friede nur ein scheinbarer gewesen war, zeigte sich bald. Als Lord Hardinge, der Nachfolger Mintos als Vizekönig, am ersten Jahrestage des vom König gehaltenen Durbars in die neue Hauptstadt Delhi in feierlicher Prozession einzog, wurde auf ihn ein Bombenattentat verübt. Diesem folgten bald viele andere auf englische Beamte und auf indische im Dienste der fremden Regierung.

Die besonneneren Führer aber hatten aus den Erfahrungen der letzten Jahre eine andere Lehre gezogen. Statt sich, wie es früher leider oft der Fall war, in endlosen Forderungen zu ergehen, stellten sie jetzt einige besonders wichtige in den Vordergrund. Dahin gehörte die nach der Erleichterung der Prüfungen für den Civil Service für die Indier, und damit zusammenhängend die nach einer Dezentralisation der Verwaltung. Die Regierung ernannte auf Wunsch der Indier ein Komitee, das zwei Jahre vor dem Kriege die Reform des indischen Beamtenwesens beriet und im Lande eingehend studierte. Man knüpfte daran große Hoffnungen, die aber später, wie wir sehen werden, bitter enttäuscht wurden.

Größeres Interesse wie bisher wandte man auch der ökonomischen Besserung des Landes zu. Hier war noch vieles, fast alles, zu tun. Man warf der Regierung vor, daß sie fast nichts getan habe für die Besserung der Lage Indiens und forderte Aenderung der bisherigen Politik. „Überall ist unser Fortschritt im ökonomischen Leben gehindert und wir leiden unter einer unwürdigen Unterwerfung unter fremde Interessen, deren sogenannte Privilegien von der Regierung wie ein Familiengut gehütet werden. Man will von uns nur Rohprodukte für die eigene blühende englische Industrie darum spricht man bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit davon, daß Indien ein Agrikulturland sei.“ So schrieb die Indian Review einige Jahre später (Juni 1918, S. 449). Indien ist reich an Bodenschätzen, wenn auch nicht so reich, als vielfach geglaubt wird. Aber man hielt der Regierung vor, daß nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung in der Ausbeutung Beschäftigung finde. Ferner gäbe es kaum Industrien im Lande außer den Textilfabriken, und die alten blühenden des Landes seien durch die Fremdherrschaft vernichtet worden. Man wies auf Japan hin, wo die Regierung systematisch die Entwicklung der Industrien gepflegt habe und trotz der größeren Armut des Landes große Erfolge erziele. Auch in Indien sei es die Pflicht der Regierung, die entstehenden Industrien durch Schutzzölle zu schützen. Der Freihandel möge für England gut sein, aber es sei falsch, das was für das Mutterland richtig sei, auch einfach auf die Kolonien anzuwenden.

Das Interesse für die Finanzen des Landes war überhaupt sehr gewachsen und hatte greifbarere Formen angenommen, seitdem man in den gesetzgebenden Versammlungen Kritik am Budget üben konnte. Ein Teil der Schuld an der schlechten finanziellen Lage Indiens lag an der Regierung, wie gerade bemerkt wurde. Ein unabhängiger Beobachter kann sich der Ueberzeugung nicht verschließen, daß England eine freie Entwicklung der Industrie und des Handels nicht erwünscht war. Indien sollte nur den Interessen Englands dienen. Aber die Schuld lag auch zum Teil bei den Indiern selbst. Es fehlte der Unternehmungsgeist und der weite Blick. Die Folge war, daß alle größeren Unternehmungen von England aus finanziert wurden, und daß der Gewinn aus dem Lande in fremde Taschen ging. Jetzt begann man einzusehen, daß alles Klagen und Jammern über den „Drain“ allein nicht half, daß auch die Einführung fremden Kapitals allein nicht das eigentliche Uebel war. „Einführung von fremdem Kapital, aber nicht von fremden Kapitalisten“, das war jetzt bei den einsichtigeren die Parole. Staatshilfe sei nötig, aber auch Selbsthilfe. Das Bestreben, eigene Industrien zu gründen, regte sich überall im Lande. Man verlangte technische Ausbildung für die zukünftigen Ingenieure. Zwar bestanden schon technische Unterrichtsanstalten, aber ihr Zweck war nur, Hilfsbeamte für die englischen Ingenieure heranzubilden. Das genügte jetzt nicht mehr. Man forderte von der Regierung die Errichtung von Schulen, die eine gründlichere Belehrung erteilten. Man forderte ferner Banken, deren Gewinne in Indien blieben und zum Besten der einheimischen Industrie verwandt wurden.

Das Umsichgreifen der Gewaltmittel und des politischen Mordes hatte die Wirkung, daß sich die politischen Führer der Indier vielfach wieder darauf besannen, daß die moralische und soziale Reform des Volkes zu sehr vernachlässigt worden sei. Ueberhaupt trat die politische Bewegung vor dem Kriege aus ihrer Sturm- und Drangperiode in ein ruhigeres, aber darum um so entschiedener vorwärts tragendes Fahrwasser. Man sah jetzt an vielen Stellen ein, daß ohne eine Ueberwindung der sozialen Mißstände eine politische Erhebung nicht möglich sei. Man drängte mehr wie früher auf allgemeinen Volksschulunterricht. Bokhale gründete eine Gesellschaft, die Servants of India, die wie die Jesuiten, die er sich in manchem zum Vorbild nahm, an der Belehrung und Aufklärung des Volkes arbeiten sollten. Die Frage der Kasten wurde neu aufgeworfen. Einflußreiche Hindus scheuten sich nicht, öffentlich zu erklären, daß in ihrer Auffassung das Kastensystem sich überholt habe, und daß nur

dann ein demokratisches Regierungssystem möglich sei, wenn die Kasten aufhörten, einen Einfluß auf das öffentliche Leben zu haben. „Je eher wir das einsehen,“ sagte V. S. Srinivasa Sastry, der Nachfolger Gokhales als Haupt der Servants of India, in einer Ansprache an Studenten in Trichinopoli im Jahre 1914, einige Monate vor Kriegsausbruch, „um so eher werden wir eine große Gemeinschaft bilden“, und um so leichter wird unser Fortschritt sein.“ Besserung der Stellung der Frau war ein anderes Problem, das viele beschäftigte, vor allem der Witwen, deren Los nirgends so traurig ist wie in Indien. Man versuchte, nach Art der katholischen Frauenorden Genossenschaften zu gründen, in denen Witwen Aufnahme fanden, um dort ihr Leben freundlicher zu gestalten. Man erinnerte sich auch der Untouchables, d. h. der außerhalb und unter allen Kasten stehenden Millionen, die man bis dahin stolz verachtet hatte. Vielfach mag der Grund der neuen Sorge um diese in der Erkenntnis gelegen haben, daß diese verachteten Volksgenossen oft der christlichen Mission in die Arme getrieben wurden; man sah darin eine Entfremdung vom indischen Geiste, da die Missionen meistens von Weißen gehalten wurden. Vielfach war es aber auch nur die politische Ueberzeugung, daß ohne diese niederen Klassen ein einiges Indien unmöglich sei.

Sehr wichtig für die politische Bewegung in Indien war es auch, daß die Mohammedaner und Hindus sich näher kamen. Bis zum Jahre 1906 hatten sich die Mohammedaner Indiens von der Politik ferngehalten. Die Folge war, daß sie im politischen Leben keine Rolle spielten. In den durch die Gesetze von 1892 geschaffenen gesetzgebenden Körperschaften fanden sie daher keine Vertretung ihrer Interessen. Das konnte auf die Dauer nicht ohne verhängnisvolle Folgen für die gesamte mohammedanische Bevölkerung bleiben. Als daher um 1906 eine Aenderung der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften ins Auge gefaßt wurde, glaubten die Führer der Mohammedaner die Zeit gekommen, an eine energischere Vertretung ihrer Interessen zu denken. Zu diesem Zwecke wurde für ganz Indien nach dem Vorbilde des Nationalkongresses eine Mohammedanische Liga gegründet. Ihre Aufgabe sollte sein: „a) unter den indischen Mohammedanern das Gefühl der Loyalität gegen die britische Regierung zu befördern und alle Mißverständnisse zu beseitigen, die über die Absichten der Regierung entstehen würden; b) die politischen und anderen Rechte der indischen Mohammedaner zu beschützen und ihre Bedürfnisse und Forderungen in gemäßigter Sprache der Regierung vorzutragen; c) unter Berücksichtigung der beiden ersten Forderungen soweit als

möglich Eintracht und Harmonie zwischen den Mohammeda und anderen Kommunitäten Indiens zu fördern“.

Für eine Reihe von Jahren liefen die politischen Bestrebungen der Hindus und Mohammedaner ohne Berührung nebeneinander her oder standen sich sogar feindlich gegenüber. Die Zahl der nach europäischem Muster Gebildeten war unter den Anhängern des Islam viel geringer geblieben als unter den Hindus. Darum waren die politischen Ideen, die aus den Universitäten hervorgingen, bei den Mohammedanern nicht so weit fortgeschritten als unter den Anhängern des Hinduismus. Aber langsam hatte sich auch bei ihnen eine neue Schule gebildet. Ferner hatte sie die Rückgängigmachung der Teilung Bengalens verstimmt, nicht gegen die Hindus, sondern gegen die Regierung, die sie hatte fallen lassen. Der Umsturz in Konstantinopel hatte ihre Augen geöffnet; mit ihren Glaubensgenossen am goldenen Horn sahen sie in der englischen Politik einen Versuch, die Macht des Islam wie das Nationalbewußtsein der mohammedanischen Staaten zu brechen. Die englische Besetzung Ägyptens, das Abkommen mit Frankreich über Marokko und das mit Rußland über Persien, das Eindringen Italiens in Tripolis überzeugte sie immer mehr, daß unter Englands Führung sich viele Staaten des Abendlandes vereinigt hätten, um die Macht des Mohammedanismus zu brechen. In dem Balkankrieg von 1912/13 sahen sie einen Versuch, die Vormacht des Islam sich gefügig zu machen. Durch Sammlungen für die Verwundeten und Ueberbringung der Spenden nach Konstantinopel wurden intimere persönliche Verbindungen angeknüpft. All das hatte bei den Mohammedanern den Gedanken geweckt, daß es besser sei, wenn sie mit den Hindus zusammenarbeiteten, statt sich von der englischen Regierung gegen sie auszuspielen zu lassen. Auf dem Nationalkongreß von 1913 konnten die Hindus verkünden, daß ihre früheren Feinde sich einmütig für die Selbstverwaltung Indiens ausgesprochen hätten und ein harmonisches Zusammenarbeiten mit den Hindus wünschten. Und voll Begeisterung fügte ein Redner auf dieser Versammlung dieser Mitteilung hinzu: „Das Indien der Zukunft wird ein stärkeres, edleres, größeres, höheres, schöneres sein als das, das Asoka in der Fülle seiner Macht sah, ein besseres, als es Akbar in seinen wildesten Träumen vorsehnte.“

dann ein demokratisches Regierungssystem möglich sei, wenn die Kasten aufhörten, einen Einfluß auf das öffentliche Leben zu haben. „Je eher wir das einsehen,“ sagte B. S. Srinivasa Sastrî, der Nachfolger Gokhales als Haupt der Servants of India, in einer Ansprache an Studenten in Trichinopoli im Jahre 1914, einige Monate vor Kriegsausbruch, „um so eher werden wir eine große Gemeinschaft bilden, und um so leichter wird unser Fortschritt sein.“ Besserung der Stellung der Frau war ein anderes Problem, das viele beschäftigte, vor allem der Witwen, deren Los nirgends so traurig ist wie in Indien. Man versuchte, nach Art der katholischen Frauenorden Genossenschaften zu gründen, in denen Witwen Aufnahme fanden, um dort ihr Leben freundlicher zu gestalten. Man erinnerte sich auch der Untouchables, d. h. der außerhalb und unter allen Kasten stehenden Millionen, die man bis dahin stolz verachtet hatte. Vielsach mag der Grund der neuen Sorge um diese in der Erkenntnis gelegen haben, daß diese verachteten Volksgenossen oft der christlichen Mission in die Arme getrieben wurden; man sah darin eine Entfremdung vom indischen Geiste, da die Missionen meistens von Weißen gehalten wurden. Vielsach war es aber auch nur die politische Ueberzeugung, daß ohne diese niederen Klassen ein einiges Indien unmöglich sei.

Sehr wichtig für die politische Bewegung in Indien war es auch, daß die Mohammedaner und Hindus sich näher kamen. Bis zum Jahre 1906 hatten sich die Mohammedaner Indiens von der Politik ferngehalten. Die Folge war, daß sie im politischen Leben keine Rolle spielten. In den durch die Gesetze von 1892 geschaffenen gesetzgebenden Körperschaften fanden sie daher keine Vertretung ihrer Interessen. Das konnte auf die Dauer nicht ohne verhängnisvolle Folgen für die gesamte mohammedanische Bevölkerung bleiben. Als daher um 1906 eine Aenderung der Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften ins Auge gefaßt wurde, glaubten die Führer der Mohammedaner die Zeit gekommen, an eine energischere Vertretung ihrer Interessen zu denken. Zu diesem Zwecke wurde für ganz Indien nach dem Vorbilde des Nationalkongresses eine Mohammedanische Liga gegründet. Ihre Aufgabe sollte sein: „a) unter den indischen Mohammedanern das Gefühl der Loyalität gegen die britische Regierung zu befördern und alle Mißverständnisse zu beseitigen, die über die Absichten der Regierung entstehen würden; b) die politischen und anderen Rechte der indischen Mohammedaner zu beschützen und ihre Bedürfnisse und Forderungen in gemäßigter Sprache der Regierung vorzutragen; c) unter Berücksichtigung der beiden ersten Forderungen soweit als

möglich Eintracht und Harmonie zwischen den Mohammedanern und anderen Kommunitäten Indiens zu fördern“.

Für eine Reihe von Jahren liefen die politischen Bestrebungen der Hindus und Mohammedaner ohne Berührung nebeneinander her oder standen sich sogar feindlich gegenüber. Die Zahl der nach europäischem Muster Gebildeten war unter den Anhängern des Islam viel geringer geblieben als unter den Hindus. Darum waren die politischen Ideen, die aus den Universitäten hervorgingen, bei den Mohammedanern nicht so weit fortgeschritten als unter den Anhängern des Hinduismus. Aber langsam hatte sich auch bei ihnen eine neue Schule gebildet. Ferner hatte sie die Rückgängigmachung der Teilung Bengalens verstimmt, nicht gegen die Hindus, sondern gegen die Regierung, die sie hatte fallen lassen. Der Umsturz in Konstantinopel hatte ihre Augen geöffnet; mit ihren Glaubensgenossen am goldenen Horn sahen sie in der englischen Politik einen Versuch, die Macht des Islam wie das Nationalbewußtsein der mohammedanischen Staaten zu brechen. Die englische Besetzung Aegyptens, das Abkommen mit Frankreich über Marokko und das mit Rußland über Persien, das Eindringen Italiens in Tripolis überzeugte sie immer mehr, daß unter Englands Führung sich viele Staaten des Abendlandes vereinigt hätten, um die Macht des Mohammedanismus zu brechen. In dem Balkankrieg von 1912/13 sahen sie einen Versuch, die Vormacht des Islam sich gefügig zu machen. Durch Sammlungen für die Verwundeten und Ueberbringung der Spenden nach Konstantinopel wurden intimere persönliche Verbindungen angeknüpft. All das hatte bei den Mohammedanern den Gedanken geweckt, daß es besser sei, wenn sie mit den Hindus zusammenarbeiteten, statt sich von der englischen Regierung gegen sie auszuspielen zu lassen. Auf dem Nationalkongreß von 1913 konnten die Hindus verkünden, daß ihre früheren Feinde sich einmütig für die Selbstverwaltung Indiens ausgesprochen hätten und ein harmonisches Zusammenarbeiten mit den Hindus wünschten. Und voll Begeisterung fügte ein Redner auf dieser Versammlung dieser Mitteilung hinzu: „Das Indien der Zukunft wird ein stärkeres, edleres, größeres, höheres, schöneres sein als das, das Asoka in der Fülle seiner Macht sah, ein besseres, als es Akbar in seinen wildesten Träumen vorschwebte.“

VI. Indien und der Krieg.

Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der Tag, an dem die Entsendung farbiger Truppen auf den europäischen Kriegsschauplatz beschlossen wurde, der bedeutungsvollste des Weltkrieges ist. Keiner wird seine Wellen weiter schlagen, keiner für die Entwicklung der Menschheit von größerer Tragweite sein. Seine ersten und vielleicht bedeutendsten Wirkungen wird er in Asien zeigen. Schon vor dem Kriege war es für jeden Einsichtigen klar, daß ein neues Zeitalter über den Ländern des östlichen Asiens heraufstiege, daß ein Zug der Erneuerung die ostasiatische Bevölkerung bis in die innersten Tiefen aufzurütteln begonnen hatte. Das gilt nicht nur von Japan, sondern auch von Indien und China. Wenn diese beiden Völker sich ihren Platz an der Sonne erwerben, dann wird die Weltgeschichte eine wesentlich andere Gestalt annehmen als bisher. Beide Reiche umschließen fast die Hälfte der Menschheit. Beide haben eine intelligente Bevölkerung, die nicht erst jetzt aus dem Zustande der Barbarei erwacht, sondern eine alte Kultur ihr eigen nennt. Beide sind sehr fruchtbare Völker, die sich mit großer Geschwindigkeit vermehren. Freilich wüthen heute noch unter ihnen Hungersnot und ansteckende Krankheiten und schwächen die Kraft beider; aber mit dem Erwachen des politischen Bewußtseins wird auch der Kampf gegen diese Feinde in zielsichere Bahnen gelenkt werden. Dann wird die Welt vor Fragen stehen, deren Tragweite wir heute noch kaum ahnen.

Der Krieg hat bei beiden Völkern als ein mächtiger Katalysator gewirkt. Er hat das Selbstbewußtsein gewaltig gehoben und in einigen Jahren das erreicht, wozu früher Jahrzehnte und Jahrhunderte erfordert wurden.

Es war eine Ueberraschung für viele, selbst für die englische Regierung, daß beim Ausbruch des Krieges die Indier fast einmütig sich auf die Seite der Entente stellten. Daß sich die eingeborenen Fürsten größtenteils für England entscheiden würden, war ja wohl

vorauszusehen. Viele derselben verdanken ihre Stellung nicht der Sympathie des Volkes, sondern der Stütze der fremden Regierung, die auch ihre Erziehung in die Hand genommen hat und ihrer Eitelkeit zu schmeicheln versteht. Auch daß die kleine, aber einflußreiche Schar der Parsen zum großen Teil mit unseren Feinden gehen würde, war nicht wunderbar; sie verdanken ihren Einfluß ihrer intimen Beziehung zur englischen Handelswelt. Ebenso konnte man verstehen, daß einige der kriegerischen Stämme mit Freuden die Gelegenheit ergriffen, ihre alten Stammestugenden zu zeigen. Sonderbarer aber war es, daß auch die Kreise, die bis zum Kriege im schärfsten Gegensatz zu England gestanden hatten, am Anfang des Weltbrandes in den Chor der Hefredner gegen Deutschland einstimmten.

Es ist schwer, die Gründe dafür zu analysieren. Einige der wichtigsten sind folgende:

Der Gedanke eines ganz freien Indiens war vor dem Kriege noch sehr wenigen aufgegangen. Man wollte Home rule für Indien, das war das nächste Ziel; man wollte dieses auch mit Gewalt erreichen, wie es Tilak vorgeschlagen. Aber diese Gewalt ging noch nicht auf eine Abschüttelung der englischen Herrschaft als solcher. Man dachte zunächst an eine Selbständigkeit nach Art der Dominions und überließ das weitere der Zukunft. Man unterschied immer noch scharf zwischen dem Königshaus, dem man loyal sein wollte, und der Regierung, die man bekämpfte.

Die Parteien im Lande waren noch nicht geeinigt. Der Riß zwischen Gemäßigten und Extremen war nach dem Tage von Surat nicht geheilt, und gerade beim Kriegsausbruch hatten infolge der Minto-Morley-Reformen die Gemäßigten die Oberhand. Diese letzteren aber wollten nur einen allmählichen Aufstieg zur Selbstregierung. Die Mohammedaner hatten sich den Hindus genähert, aber die Vereinigung war noch nicht vollkommen. Das Programm, auf Grund dessen man sich näher gekommen war, war das der Home rule-Anhänger. Es schien den meisten indischen Politikern wichtiger, darauf weiter zu bauen, als durch weitergehende Forderungen das Erreichbare zu gefährden. Auf die Dauer mußte ja eine politische Vereinigung der beiden großen Religionen Früchte tragen, die weitere Konzessionen Englands in sich schlossen. Aber dafür schien die Zeit noch nicht gekommen.

Infolge der langen Fremdherrschaft fehlte es dem Volke an Selbstbewußtsein. Man war gewohnt, die Führung durch die leitenden Klassen als etwas Selbstverständliches hinzunehmen. Wenn

man auch in letzter Zeit sich zu zahlreichen Protesten aufgerafft hatte, so reichte die Energie doch noch nicht aus, um aus einer so unvorhergesehenen, ganz neuen Lage gleich die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Darum fehlte es auch den Aeußerungen der Presse vielfach an nationaler Würde. Man schwätzte der englischen Presse fast alles nach und nahm jede Unwahrheit und Lüge als bare Münze hin. Wenn einmal das Volk zu größerer Reife gelangt sein wird, wird man sich sicher an vieles, was im Kriege gesagt und geschrieben wurde, nur ungern erinnern.

Deutschland selbst war wenig bekannt. Zwar wirkten Deutsche in Indien in angesehenen Stellungen. Aber man wußte, daß ein Teil, und zwar der am meisten geachtete, aus ihrem Vaterlande vertrieben war. Ein Staat, der seine eigenen Angehörigen so behandelte, mußte, so sagte man sich, innerlich an schweren Fehlern leiden. Was hatte Indien von einem solchen zu erwarten, wenn es ihm gelänge, an Stelle Englands über Indien zu herrschen? Mußte man nicht fürchten, daß er sich an den sozialen und religiösen Einrichtungen des Landes vergreifen würde, die England so sorgfältig geschont hatte?

Dadurch fand der Lügenfeldzug gleich von Anfang an in Indien einen guten Boden. Er setzte hier auch in den ersten Tagen sofort mit großer Heftigkeit ein, wie er ja auch von England vor allem für Indien und ähnlich gestellte Länder beabsichtigt war. Nietzsche und Bernardi wurden als die Philosophen der Deutschen hingestellt, der erstere als der Theoretiker und der zweite als der Philosoph der Tat. Die Berichte von furchtbaren Greuelthaten der Deutschen wurden unter das Volk gebracht und diesem klar gemacht, daß Deutschland die Eroberung Indiens plane. Es mußte den Indiern ganz gruselig werden bei dem Gedanken, daß ein solcher Eroberer eines Tages in ihr Land einziehen könne, wenn es der Entente nicht gelang, ihn zu unterwerfen. Es war für sie also nicht ein Kampf um die Interessen Englands, um den es sich an erster Stelle handelte, sondern um das Wohl und Wehe Indiens selbst. Ja, es war noch mehr, ein Aufbäumen der Menschheit gegen die barbarischen Instinkte, die in den Deutschen erwacht seien und die Zivilisation der Welt bedrohten. Es gibt, so hieß es immer wieder, für Indien kein besseres Mittel, seine politische und kulturelle Reife zu zeigen, als wenn es sich auf die Seite Englands stellt, das für die Ideale der Kultur kämpft.

Die Pressezensur war außerordentlich streng und verhinderte jede Nachricht, die nicht der von der Regierung beabsichtigten Wirkung entsprach. Selbst englische Zeitungen wurden nur in beschränk-

tem Maße für die Eingeborenen zugelassen. Dabei versteht es die englische Presse viel besser als unsere eigene, die Massen psychologisch zu behandeln. Bestimmte Punkte wurden immer wieder eingehämmert, so daß sie schließlich geglaubt werden mußten. So wurde für die Gebildeten der Brand von Löwen lange Zeit als eine Tat ausgewählt, die immer wieder erwähnt wurde, um die Kulturfeindlichkeit der Deutschen und ihren rohen Materialismus zu schildern, der hinter einem Firnis von technischer Bildung sich verberge. Um diese Hauptpunkte wurden dann geschickt andere gruppiert, um den Eindruck zu verstärken.

Die englische Regierung verstand es mit großer Schlaueit, die Indier dort zu packen, wo sie, wie alle Menschen, und vielleicht noch etwas mehr wie andere, leicht verwundbar sind, bei der Eitelkeit. Sie pries den Mut, die Tapferkeit und Ausdauer der indischen Truppen, die sie im Kampfe mit den am besten organisierten Armeen der Welt gezeigt hätten. Austin Chamberlain lobte das indische Volk wegen seines hohen Gerechtigkeitssinnes, durch den es sofort erkannt habe, auf welche Seite es sich zu stellen habe. Nach einem Lob auf die Tapferkeit und Hingabe der indischen Truppen sagte Asquith im englischen Parlament, er glaube nicht, daß es unter all den vielen rührenden Aeußerungen des nationalen und imperialistischen Patriotismus eine gäbe, die das englische Parlament und Volk mit Recht mehr ergriffen habe, als die Nachricht des Bizekönigs von der großartigen Hilfe der Indier. Ähnliche Lobsprüche bekamen die Indier viele zu hören, auch von solchen, die früher kein gutes Wort für sie hatten. War das der Anfang einer neuen Zeit? so fragte man sich. Der Krieg hatte so vieles anders gestaltet; vielleicht brachte er auch für Indien eine bessere Einstellung der Engländer zu den Problemen des Landes.

An Versprechungen dafür ließ es die Regierung auch nicht fehlen. Diese waren zwar immer allgemein genug gehalten, um sich nicht schon jetzt zu binden. Aber sie verfehlten ihre Wirkung nicht. So sprach Asquith in einer vom Lord Mayor präsiidierten Versammlung in der Guildhall von den Verdiensten Indiens um den Krieg und knüpfte daran die Bemerkung, daß es jetzt keinen Unterschied der Rasse und Farbe mehr geben dürfe. Andere Redner, wie Lord Halsbane, äußerten sich ähnlich dahin, daß die indische Frage nach dem Kriege ganz anders angefaßt werden müsse als vorher. In gleicher Weise redete man in Indien selbst zu dem Volke. „Viele Mißverständnisse werden jetzt schwinden und die noch übrigen Be-

schwerden in einem freundlichen und weitherzigen Geiste beigelegt werden“, sagte Lord Hardinge als Vizekönig in einer Proklamation an das indische Volk. Der anglikanische Bischof von Madras sprach von dem Geist der Freiheit, Brüderlichkeit und des friedlichen Fortschrittes, der nach dem Kriege sich zeigen werde und sich auch in dem Verhalten Englands gegen Indien offenbaren müsse.

Alle diese Gedanken wurden den Indiern mit der Zielsicherheit, die der englischen Regierung eigen ist, als etwas so Selbstverständliches und Gewisses eingeprägt, daß sie unbedingt daran glauben mußten. Keine Gelegenheit wurde verpaßt, kein Mittel unbenutzt gelassen. Tatsächlich nahmen daher auch viele Indier sie als bare Münze hin und ließen sich von England gefangen nehmen und in den Dienst der Entente stellen.

Der tiefste Grund aber, weshalb die Indier sich auf die Seite der Engländer stellten, war ein sehr realistischer und sehr egoistischer. Die indischen Politiker sahen ein, daß die Zeit für eine Losreißung von England noch nicht gekommen sei. Sie wollten aber den Krieg benutzen, um möglichst viel für ihr Land herauszuschlagen. Das konnte nach ihrer Auffassung am besten dadurch geschehen, daß sie sich die Herren des Landes verpflichteten. Sie sagten sich, daß Großbritannien sich ihnen anders gegenüberstellen müßte, wenn sie ihm in einer solchen Lebensfrage, wie es der Weltkrieg war, beiständen und es unterstützten. Je mehr Begeisterung sie zeigten, um so sicherer glaubten sie sich des Erfolges. Fast in jeder Presseäußerung kommt dieser Grundgedanke zum Ausdruck. Wenn man von der Hoffnung auf Sieg sprach, dann fügte man hinzu: Man hoffe, daß der Sieg für Indien gerade so gut wie für andere Völker die Freiheit bedeute. Wenn man sie aufforderte, Geld und Mannschaften zu stellen, dann war die Antwort: Sie seien mit ganzem Herzen bereit, wenn die Vertreter der englischen Regierung in Indien nur die Gelegenheit benutzten, um die Stimmung im Lande besser zu machen, und wenn man sich entschließe, den Rassen Gegensatz aus der Welt zu schaffen. Manche hofften auch, auf dem Umweg über die Teilnahme am Kriege das zu erreichen, was man seit langem ersehnte, eine militärische Schulung des Volkes. Daher wünschte man, daß möglichst viele als gemeine Soldaten ins Herr einträten. Aus demselben Grund agitierte man für die Aufstellung eines aus Akademikern gebildeten Truppenteiles.

Aber trotz allem hat der Krieg dem Ansehen Englands mehr geschadet als genutzt. Englands Herrschaft über Indien

beruht im Grunde auf der Furcht des militärisch schwachen und friedfertigen Volkes vor der großen Weltmacht, und diese Furcht ist zum großen Teile gewichen.

Zu den Siegesberichten der Zeitungen machten sich die Indier bald ihren eigenen Text. Auf geheimen Wegen kamen Nachrichten über Afghanistan, die sich mit Windeseile von Bazar zu Bazar verbreiteten. Sie lauteten ganz anders als die Berichte der Zeitungen, und wenn sie auch furchtbar übertrieben und oft ganz phantastisch waren, so wurden sie doch geglaubt.

Die heimkehrenden Soldaten mußten vieles über die Tapferkeit und die Erfolge der Deutschen zu berichten. Ungestlich suchte die Regierung zu vermeiden, daß sie mit der Bevölkerung in Berührung kämen, und man brachte sie in Gegenden, denen die Sprache der Soldaten unbekannt war. Aber trotz allem ließ es sich nicht vermeiden, daß manches bekannt wurde, das die orientalische Phantasie noch vergrößerte. Als dann der Krieg länger dauerte, als man geglaubt hatte, genügte die Tatsache schon, daß England trotz seiner vielen Bundesgenossen in der Welt einen Gegner habe, der ihm so lange widerstehen konnte, um das Ansehen der Regierung zu schwächen.

Die Teilnahme am Kriege und die Versendung der Truppen nach den entlegenen Kriegsschauplätzen öffnete den Indiern die Augen und erweiterte ihren Blick. Sie fühlten sich nicht mehr als ein Volk, das in einem abgelegenen Winkel der Erde lebt, sondern sahen zu ihrem Staunen, daß sie ein wichtiges Glied der großen Menschenfamilie seien. Dazu kam, daß der Krieg sie lehrte, sich auf die Reichtümer des Landes zu besinnen, und daß man sie aufforderte, diese zum Besten der kämpfenden Länder nutzbar zu machen. Neue Industrien wuchsen auf und alte wurden neu belebt. Dadurch kam neuer Reichtum ins Land und der Handel blühte wie nie zuvor. Alles das trug dazu bei, das Selbstbewußtsein zu heben und dem Widerstand gegen England ein stärkeres Rückgrat zu verleihen.

Aus den Nachrichten von Heldentaten der eingeborenen Truppen zogen die Indier ihre eigenen Schlüsse. Ueberall konnte man hören, daß sie es eigentlich seien, die beim ersten Ansturm der Deutschen England und die Entente gerettet hätten. Ohne die indischen Truppen hätten die Deutschen längst Paris erobert. Darum habe sich Indien den ewigen Dank Englands verdient. Es wäre eine himmelschreiende Ungerechtigkeit, wenn man sich der Pflicht der Dankbarkeit jetzt entziehen wolle.

Die Furcht vor England war zum Teil in der Achtung vor der weißen Rasse als solcher begründet gewesen. Diese Achtung schwand, als England dazu überging, die deutschen und österreichischen Missionare, Gelehrte und Kaufleute zu internieren und heimzusenken. Bis zum Sommer 1914 hatte in der Auffassung der Eingeborenen eine einheitliche Front der Weißen gegen die farbige Rasse bestanden und die Grundlage der englischen Politik gebildet. Das galt nicht nur von den englischen Bürgern; der weiße Nichtengländer gehörte gleichsam zur Familie der regierenden Klasse und genoß dadurch gewisse Vorteile in seiner sozialen Stellung. Jetzt wurde das anders. Der Führer der schiitischen Mohammedaner schreibt darüber: „Die deutschen und österreichischen Missionare und Kaufleute wurden interniert und repatriert, und überall im Lande verfolgte man diese Verdemütigung der gefallenen Mitglieder der weißen Rasse mit der größten Aufmerksamkeit.“ Die daraus für den Indier sich ergebenden Schlußfolgerungen lagen auf der Hand: Die Rassenlinie war gefallen. Nicht die Farbe entschied mehr über die soziale Stellung, sondern die Dienste, die man dem Empire leistete. Wie die farbigen Truppen an der Seite von Weißen gegen Weiße kämpften, so müsse es auch im sozialen Leben in der Zukunft sein. Die Berichte über die Barbarei der Deutschen hätten ja auch gezeigt, daß die Farbe allein nicht über den sittlichen Wert des Menschen entscheide. Dieselben Phrasen, die die englische Presse gegen die Deutschen gebrauchte, wandte man jetzt auf die Engländer an, falls sie es wagen sollten, die lange geforderten Rechte der Indier nicht zu bewilligen.

Die Greuel des Krieges und die engeren Beziehungen zum Abendlande trugen auch dazu bei, die Achtung vor der abendländischen Kultur zu zerstören. In fingierten Briefen eines japanischen Weisen an einen Freund schrieb V. B. Metta in der Indian Review: „Ich habe gehört, wie viele Abendländer ihre Kultur als eine christliche bezeichnen. Dieser Ausdruck hat keinen Sinn. Die Zivilisation des modernen Europas ist sicher keine Folge der Lehren Christi. Der Grundstein der „modernen“ Kultur wurde gelegt, als der Feudalismus zugrunde ging, also vierzehnhundert Jahre nach dem Tode Christi. Und ist Europa heute wirklich christianisiert? Wie viele eurer Staatsmänner werden heute wirklich von den Grundsätzen des Christentums geleitet? Bedeutet nicht Politik in den meisten westlichen Sprachen heute nichts anderes als „Unehrlichkeit“ und „geheime Machenschaften“? Und beweisen nicht eure politischen Handlungen, daß die beiden stärksten Faktoren eures Lebens Krieg und

Handel sind, die beide mit der Religion nichts zu tun haben?“ (Dez. 1917, S. 782.) Und etwas später schreibt derselbe Verfasser über die abendländische Kultur: „Eine Zivilisation, die voll ist von niederen Leidenschaften, von Sinnengenuß, von fieberhaftem Streben nach Augenblicksaufregungen, liegt in den letzten Zügen Das lose geschlechtliche Leben, das Zerbrecben der Bande der Familie, die entnervende Kunst, die feine, aber pornologische und kleinliche Literatur, die sich im Europa von heute finden und breitmachen, fanden sich auch im Römischen Reiche, als sein Verfall begann.“ Der große Krieg habe zwar die Energie der europäischen Staaten zur Entfaltung gebracht, aber mit seinem Ende beginne eine neue Weltperiode, in der Amerika führend sein werde. „Amerika wird sich bemühen, und wahrscheinlich mit Erfolg, die größte Kampfflotte der Welt zu bauen. Es besitzt bereits die größte Handelsflotte. Frankreich ist erschöpft und wird wohl nie wieder die Großmacht werden, die es zu Anfang des vorigen Jahrhunderts war. Von einem psychologisch entarteten Volke wie den Italienern und einem steuerlosen wie den Russen ist nicht viel zu erwarten. Und über das Geschick Deutschlands kann niemand etwas Bestimmtes sagen.“ Von Amerikas Aufstieg sei nichts zu erwarten für das Aufblühen der Kunst und der tieferen Religion und für die philosophische Vertiefung. „Die Hoffnung für die Welt, ihre Rettung in der Zukunft liegt im Geiste des Orients. Das Rad der Weltgeschichte dreht sich. Macht und vielleicht Zivilisation ziehen von Europa weg nach Amerika . . . und von dort müssen sie früher oder später zurückkehren . . . zu den östlichen Ländern.“

Ähnliche Gedanken waren in den Köpfen vieler Indier. Trotz des Erfolges im Schlußakt des Krieges hat der moralische Einfluß Englands in Indien durch den Krieg schwer gelitten.

VII. Das Reformprogramm des Nationalkongresses von 1916.

Die erste Kriegszeit hatte in den Indiern große Hoffnungen geweckt. Aber vergebens warteten sie auf ein Zeichen, aus dem sie schließen könnten, daß wirklich die indische Angelegenheit von Großbritannien unter einem anderen Gesichtswinkel betrachtet werde, wie es ihnen Asquith versprochen hatte. Statt dessen mehrten sich die Andeutungen, daß es England mit seinem Versprechen nicht ernst sei. Die Aeußerungen verschiedener Gouverneure ließen klar erkennen, daß es die Regierung nicht eilig habe, ihr gegebenes Wort einzulösen. Sehr eifersüchtig verfolgten die Indier die Vorgänge in London. Hier hatte Asquith von der Neugestaltung der inneren Verfassung des Reiches gesprochen. Die Indier hatten daraus den Schluß gezogen, daß ihr Land den übrigen Kolonien gleichgestellt werden solle. Aber während die Minister von Kanada und Australien zur Teilnahme an Kabinettsitzungen eingeladen wurden, dachte man nicht an eine Vertretung Indiens.

Das alles gab der Agitation neue Nahrung. Selbst die gemäßigten Politiker wurden verzagt und näherten sich den Extremen. Man wußte, daß der Vizekönig, Lord Hardinge, an einem Reformplan gearbeitet habe. Aber seine Amtsperiode lief 1916 ab, ohne daß etwas Bestimmtes bekannt wurde. Auch unter seinem Nachfolger, Lord Chelmsford, war es lange Zeit sehr still. Dagegen verlautete, daß die Absicht bestehe, bei der Neuschaffung des Reiches den Kolonien einen Einfluß auf Indien zu gewähren durch Schaffung eines imperialistischen Parlaments, von dem Indien ausgeschlossen sei.

Die Bewegung gewann an Gewalt, als die Führerin der Theosophen, Frau Besant, sich auf seiten der indischen Patrioten stellte und mit ihrer hinreißenden Beredsamkeit für die Forderung der Home ruler eintrat. „Home rule for India“, das wurde jetzt das Schlagwort, das von einem Ende zum anderen des Landes widerhallte. Der Krieg hatte inzwischen das Interesse für politische Fragen bis in die entlegensten Dörfer getragen. Indien fühlte sich als ein Land und war, trotz aller anderen Gegensätze, in dieser einen Forderung einig.

Das kam auf dem Nationalkongreß von Weihnachten 1916 in Lankau zum Ausdruck. Zwei Fragen standen hier im Vorder-

grunde des Interesses. Zunächst wurde klar ausgesprochen, daß Indien nicht gewillt sei, sich länger hinhalten zu lassen. In der Rede des Präsidenten, A. C. Muzumdar, hieß es: „Als loyale Untertanen des Königs halten wir Mitglieder des Kongresses es für unsere Pflicht, alle, die es angeht, zu warnen, die indische Frage nach dem Kriege nicht so leichtfertig zu behandeln, als es einige unverantwortliche und übelwollende Kritiker anscheinend beabsichtigen. Schon jetzt spricht man im geheimen an einigen Stellen des Landes von dem „Fegen Papier“. Der Charter Akt von 1833, die Proklamation der Königin von 1858 und die huldvollen Botschaften König Eduards VII. und Georgs V. sind noch nicht eingelöst, und es wäre nicht staatsklug, die Zahl der unerfüllten Versprechungen noch zu vermehren Nach dem Kriege wird eine ganz neue Ordnung des Reiches erfolgen müssen.“ Mit den letzten Worten spielte der Redner auf den zweiten Punkt an, der den Kongreß beschäftigte, die Schaffung eines Reichs-parlaments. Indien müsse mit gleichen Rechten und Pflichten zu diesem zugelassen und den übrigen Kolonien vollständig gleichgestellt werden.

In einem Programm wurde in Lankau das Mindestmaß der indischen Forderungen festgelegt. Schon auf dem vorjährigen Kongreß war ein Komitee ernannt worden, das im Verein mit Vertretern der Mohammedaner ein für beide gemeinsames Aktionsprogramm entwerfen sollte. Nach Beratungen und Vorschlägen der Provinzialvertretungen des Nationalkongresses und der mohammedanischen Liga war dann ein Entwurf ausgearbeitet, der in einer gemeinsamen außerordentlichen Sitzung der Gesamtkomitees beider Vereinigungen am Ende April durchberaten wurde. Im November fand von neuem eine gemeinsame Diskussion der Vorschläge statt. Während der Tagung des Kongresses in Lankau und der gleichzeitigen der Liga an demselben Orte trafen sich dann Hindus und Mohammedaner noch einmal, um die letzte Form zu finden. Schließlich wurde der Entwurf beiden Versammlungen vorgelegt und einstimmig von beiden angenommen.

Der Inhalt des Schemas ist folgender:

I. Die provinziellen gesetzgebenden Körperschaften.

1. Sie sollen zu vier Fünfsteln aus gewählten und zu einem Fünfstel aus ernannten Mitgliedern bestehen.
2. Die Gesamtzahl der Mitglieder soll nicht weniger als 125 in den größeren Provinzen und von 50 bis 75 in den kleineren betragen.
3. Die Mitglieder sollen direkt vom Volke auf Grund eines möglichst weiten Wahlrechtes erwählt werden.

4. Wichtige Minderheiten sollen bei der Wahl eine entsprechende Vertretung finden, und vor allem sollen die Mohammedaner durch getrennte Wählerschaft für die gesetzgebenden Körperschaften ihre Vertreter erhalten. Diese dürfen dann aber nicht noch anderswo wählen.
5. Das Haupt der Provinzialregierung soll nicht Präsident der gesetzgebenden Versammlung sein, sondern diese soll das Recht haben, den Vorsitzenden selbst zu wählen.
6. Das Recht, Ergänzungsfragen (in den gesetzgebenden Versammlungen) zu stellen soll nicht nur derjenige haben, der die erste Frage stellte, sondern jedem Mitgliede zukommen.
7. a) Abgesehen von den Einkünften aus Zöllen, Post, Telegraph, Münze, Salz- und Opiumabgaben, Eisenbahnen, Heer und Marine sollen alle anderen Einkünfte den Provinzen zufallen.
b) Die Zentralregierung soll feste Beiträge von den Provinzen erhalten. Diese können neu bestimmt werden, wenn außergewöhnliche und unvorhergesehene Ereignisse eine Neuordnung nötig machen.
c) Die provinzielle gesetzgebende Versammlung soll volle Autorität haben, sich mit allen Angelegenheiten der inneren Verwaltung zu befassen, einschließlich des Rechtes, Anleihen aufzunehmen, Steuern aufzulegen und zu ändern, über das Budget abzustimmen. Alle Ausgaben und alle Mittel, um Einkünfte zu erheben, sollen in der Form von Gesetzen den Versammlungen vorgelegt werden.
d) Alle Vorschläge, die vor die gesetzgebenden Versammlungen kommen, sollen der Diskussion unterliegen auf Grund von Regeln, die die Versammlung sich selbst gibt.
e) Ein Beschluß der gesetzgebenden Versammlung soll für die Exekutive bindend sein, es sei denn, daß der Governor-in-Council ein Veto einlegt. Wird aber die Resolution nach Verlauf von wenigstens einem Jahre noch einmal angenommen, so muß sie durchgeführt werden.
f) Ein Antrag auf Verschiebung einer Diskussion muß von wenigstens einem Achtel der anwesenden Mitglieder unterstützt werden.
8. Eine außerordentliche Versammlung muß einberufen werden, wenn sie von einem Achtel der Mitglieder verlangt wird.
9. Ein Gesetz, das nicht die Finanzen berührt, kann ohne Zustimmung des Gouverneurs eingebracht werden.

10. Jedes Gesetz, das in der gesetzgebenden Versammlung angenommen wurde, bedarf der Zustimmung des Gouverneurs, ehe es Gesetz wird. Es kann durch den Generalgouverneur verworfen werden.
11. Die Amtsdauer der Mitglieder beträgt fünf Jahre.

II. Die Provinzialregierungen.

- 1. An der Spitze jeder Regierung soll ein Gouverneur stehen, der in der Regel nicht zum Civil Service oder zu einer anderen dauernden Beamtenklasse gehört.
2. In jeder Provinz soll ein Executive Council bestehen, das zusammen mit dem Gouverneur die exekutive Regierung bildet.
3. Mitglieder des Civil Service sollen in der Regel nicht zu Mitgliedern des Rates ernannt werden.
4. Nicht weniger als die Hälfte der Mitglieder des Rates sollen Indier sein und von den gewählten Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung gewählt werden.
5. Die Amtsdauer soll fünf Jahre betragen.

III. Die gesetzgebende Körperschaft für ganz Indien.

1. Die gesetzgebende Körperschaft soll aus 150 Mitgliedern bestehen.
2. Vier Fünftel der Mitglieder sollen gewählt sein.
3. Das Wahlrecht soll erweitert werden nach Art der mohammedanischen Wählerschaften. Die gewählten Mitglieder der provinziellen Parlamente sollen auch das Recht zur Wahl haben.
4. Der Präsident soll von den Mitgliedern selbst gewählt werden.
5. Das Recht zu Ergänzungsfragen soll allen Mitgliedern gegeben werden.
6. Eine besondere Sitzung muß auf Wunsch von einem Achtel der Mitglieder einberufen werden.
7. Für die Einführung eines Gesetzes, das nicht finanzieller Natur ist, wird die Zustimmung der Regierung nicht erfordert.
8. Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung des Generalgouverneurs, ehe sie Gesetzeskraft erhalten.
9. Alle Finanzvorschläge müssen in Gestalt eines Gesetzes der Versammlung vorgelegt werden und zur Abstimmung kommen.
10. Die Amtsdauer soll fünf Jahre betragen.
11. Folgende Gegenstände sollen ausschließlich der Versammlung zustehen:
 - a) Alles das, wofür eine einheitliche Gesetzgebung für ganz Indien wünschenswert ist;

- b) provinzielle Angelegenheiten, insofern sie finanzielle Beziehungen der Provinzen untereinander berühren;
 - c) Fragen, die rein imperielle Einkünfte betreffen mit Ausnahme der Tribute eingeborener Fürsten;
 - d) Fragen, die nur rein imperialistische Ausgaben betreffen. Aber kein Beschluß, der Militärausgaben für die Verteidigung des Landes betrifft, soll für den Generalgouverneur bindend sein;
 - e) das Recht, indische Tarife und Zollabgaben zu revidieren oder aufzulegen, Tagen oder Steuern abzuschaffen, das bestehende Münz- und Banksystem zu ändern, den bestehenden oder entstehenden Industrien Unterstützung angedeihen zu lassen, wenn es notwendig ist;
 - f) Beschlüsse über alle Angelegenheiten der Verwaltung des ganzen Landes.
12. Alle Beschlüsse sollen für die Regierung bindend sein, es sei denn, daß der Governor-in-Council sich dagegen erklärt. Sie müssen aber ausgeführt werden, wenn sie nach Verlauf eines Jahres zum zweiten Male angenommen werden.
 13. Eine Vertagung muß von einem Achtel der Mitglieder vorgeschlagen werden.
 14. Die Krone hat das Recht, innerhalb von zwölf Monaten von dem Tage der Annahme einer Resolution an ihr Veto einzulegen, und das Gesetz hört dann auf, Kraft zu haben, sobald der Entschluß der Krone der gesetzgebenden Versammlung bekannt wird.
 15. Die Versammlung soll kein Recht haben, in die Leitung militärischer Angelegenheiten und die auswärtigen politischen Beziehungen Indiens einzugreifen, einschließlich der Erklärung von Krieg und Frieden und des Abschlusses von Bündnissen.

IV. Die Regierung Indiens.

1. Der Generalgouverneur soll an der Spitze der Regierung stehen.
2. Ihm zur Seite soll ein Exekutiver Rat stehen, dessen Mitglieder halb aus Indiern bestehen.
3. Die indischen Mitglieder sollen von den gewählten Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung gewählt werden.
4. Mitglieder des Civil Service sollen in der Regel nicht Mitglieder des Rates sein.
5. Die Vollmacht, die Ernennungen des imperiellen Civil Service zu vollziehen, soll in der Hand der Zentralregierung liegen und

Befehlen unterworfen sein, die von der gesetzgebenden Versammlung gemacht werden.

6. Die Zentralregierung soll sich nicht mit den Provinzialangelegenheiten beschäftigen. Vollmachten, die den letzteren nicht ausdrücklich gegeben sind, sollen aber bei der Zentralregierung liegen. Die Aufgabe der Zentralregierung soll im allgemeinen darin bestehen, die Provinzialregierungen zu überwachen.
7. In Gesetzgebung und Verwaltung soll die indische Regierung möglichst unabhängig sein vom Staatssekretär für Indien.
8. Eine unabhängige Rechnungsprüfung der Regierungsausgaben soll eingerichtet werden.

V. Der Staatssekretär.

1. Der Rat des Staatssekretärs soll abgeschafft werden.
2. Der Gehalt des Staatssekretärs soll auf die Rechnung der Londoner Regierung übernommen werden.
3. Der Staatssekretär soll soweit als möglich dieselbe Stellung der indischen Regierung gegenüber einnehmen, wie der Kolonialminister den Dominions gegenüber.
4. Der Staatssekretär soll zwei dauernde Unterstaatssekretäre haben, von denen einer ein Indier ist.

VI. Militärische und andere Angelegenheiten.

1. Der Dienst im Heere und in der Marine, sowohl in den niederen wie in den höheren Graden, soll den Indiern offen stehen. Für ihre Auswahl und Schulung sollen in Indien die nötigen Bedingungen geschaffen werden.
2. Die Indier sollen als Freiwillige sich einschreiben lassen dürfen.
3. Die Indier sollen überall innerhalb des Reiches mit Bezug auf Stellung und Bürgerrechte allen anderen Untertanen der Krone gleichgestellt werden.
4. Die Exekutivbeamten in Indien sollen keine richterliche Gewalt haben und die Richter einer Provinz sollen unter dem höchsten Gerichtshof der Provinz stehen.

* * *

Als diese Beschlüsse gefaßt wurden, waren die Ausichten auf ihre Bewilligung nicht günstig. Das Jahr 1916 hatte den Indiern manche Enttäuschung gebracht. Der Anfang des folgenden Jahres sollte deren noch mehr bringen.

VIII. Montagu Staatssekretär.

Die erste große Enttäuschung des Jahres 1917 war der im Januar veröffentlichte Bericht des Komitees, das, wie wir gesehen haben, im Jahre 1912 ernannt worden war zur Reform des Verwaltungsdienstes. Sein Inhalt war ein schwerer Schlag für Indien. Wenn auch einiges bewilligt wurde von dem, was die Eingeborenen erwartet hatten, so war das doch so wenig, daß die Mißstimmung allgemein war. „Ich habe es lange gefühlt,“ schrieb damals Sir S. Subrahmania Iyer, „daß es töricht ist zu erwarten, daß die erhofften Veränderungen sich einstellen werden als das Ergebnis des Pflichtbewußtseins der Regierenden. Ist es möglich, ein klareres Zeugnis von dem Geiste derer, die unser Geschick in Händen haben, zu finden als die eben veröffentlichten Beschlüsse der Civil Service-Kommission? Diese müssen jeden unabhängig Denkenden erschrecken. . . . Die Befreiung kann nur kommen durch Druck von uns aus. Bis der Ruf nach Home rule in jedem Dorfe des Landes von einem Ende zum andern wiederhallt und bis dieser Ruf so unwiderstehlich wird, daß selbst die Bürokratie es einsieht, daß es der Ruf des gesamten Indiens ist, besteht keine Hoffnung auf Rettung.“

Einige Monate später erklärte der Gouverneur von Madras, daß eine baldige Erfüllung der Hoffnungen der Indier nicht zu erwarten sei. Er warnte vor „überspannten Zielen“, um sich nicht einer „Enttäuschung und Verdemütigung“ auszusetzen und drohte Repressalien an, wenn man sich in der Agitation nicht mäßige. Diese Drohung wurde auch bald ausgeführt und einige der Agitatoren, unter ihnen Frau Besant, interniert. Ue hnlich wie der Gouverneur von Madras äußerten sich um dieselbe Zeit die Gouverneure anderer Provinzen, und die Indier schlossen daraus mit Recht, daß die Zentralregierung hinter den reaktionären Bestrebungen stehe.

Die Stimmung im Lande wurde immer kritischer. Die Regierung war sichtlich in einer großen Verlegenheit. Sie hatte Ver-

sprechungen gemacht in der Hoffnung, nach einem baldigen Siege stark genug dazustehen, um den Eingeborenen den eigenen Willen aufzudrängen. Aber der Krieg dauerte viel länger als man dachte, und jeder Tag verschob die Lage zugunsten der Indier.

Da trat ein Ereignis ein, das der Entwicklung ein schnelleres Tempo gab.

Im Juni des Jahres 1917 wurde ein Bericht veröffentlicht über die militärischen Aktionen in Mesopotamien. Bei diesen hatte vieles nicht geklappt, und eine Kommission war eingesetzt worden, um die Sache zu untersuchen. Da der Feldzug von Indien aus geleitet worden war, fielen die Anklagen der Berichterstatter zum großen Teil auf die Regierung des Vizekönigs. Dabei wurde das in Indien herrschende bürokratische System scharf getadelt. In alte Traditionen eingerostet, sei es neuen Situationen nicht gewachsen. Bei der Verhandlung über diesen Bericht im englischen Parlament kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Dabei griff vor allem Herr Montagu entscheidend ein.

Montagu war früher Unterstaatssekretär für Indien gewesen und hatte als solcher das Land bereist und eingehend studiert. Sein Urteil wich in vielem von dem landläufigen der gewöhnlichen Beamten ab und zeigte größere Sympathie für die Eingeborenen, als man es sonst gewohnt war. In einer großen Parlamentsrede griff er das bestehende System schonungslos an und forderte eine ganz neue Politik der indischen Kolonie gegenüber. Das gab die Veranlassung, ihn jetzt zum Staatssekretär für Indien zu machen. Als solcher reiste er im Herbst 1917 nach Indien und suchte dort in zahlreichen Besprechungen mit den Führern aller Parteien ein Bild zu gewinnen von den Wünschen des Landes.

Während Montagu in Indien weilte, fand die 32. Tagung des Nationalkongresses der Hindus statt. Sie wurde in Kalkutta gehalten. Fast fünftausend offizielle Vertreter des indischen Volkes waren erschienen, unter ihnen auch gegen vierhundert Frauen.

Zur Eröffnung sprach Rabindranath Taghor ein eigens für die Gelegenheit verfaßtes Gebet in englischer Sprache.

Schon die Begrüßungsrede des Präsidenten des Empfangskomitees war in einem Tone gehalten, der zeigte, daß der Kongreß nicht gewillt war, länger mit sich spaßen zu lassen. Da hieß es z. B.: Der Europäer sei in das Land gekommen, um sich als Brahmine aufzuspielen, der über allen Indiern stehe. Er setze sich über die Landesgesetze hinweg, und der Mord eines Indiers durch einen Europäer

finde niemals die gerechte Bestrafung. Der britische Beamte betrachte sich als allwissend und allmächtig und glaube allein zu verstehen, was den Bedürfnissen des Volkes entspreche. Er sei ein Hindernis für alle Reformen. In jedem anderen Lande würde man eine solche Beamtenerschaft nicht dulden, aber in Indien halte sie die Regierung für gut genug.

Zur Präsidentin des Kongresses wurde Frau Annie Besant erwählt, die inzwischen aus ihrer Haft entlassen war und große Popularität gewonnen hatte. In ihrer Rede wies diese auf das Erwachen Asiens hin. Der Glaube an die Ueberlegenheit der weißen Rasse sei geschwunden. Indien sei reif für demokratische Regierungsformen, wie es die Ereignisse der letzten Jahre bewiesen hätten. „Indien verlangt Home Rule aus zwei Gründen, . . . zunächst weil die Freiheit ein Geburtsrecht jeder Nation ist, sodann weil unter den bestehenden Verhältnissen die eigenen Interessen denen der britischen Regierung untergeordnet und die Hilfsmittel des Landes nicht für sein eigenes Wohl benutzt werden. Es genügt, an das Geld zu erinnern, das für das Heer, nicht für die Verteidigung des Landes, sondern für imperialistische Zwecke verwandt wird, und es mit den Summen zu vergleichen, die für Elementarunterricht ausgeworfen werden. Selbstregierung ist notwendig für die Selbstachtung und Würde eines Volkes, jede andere Regierungsform entmannt eine Nation, erniedrigt ihren Charakter und vermindert ihre Fähigkeit . . . Eine Nation kann ohne Freiheit ebensowenig wie ein Individuum die natürlichen Anlagen zur vollkommenen Entwicklung bringen. Das erkennt man überall an, nur nicht in Indien . . . Das Magische an der Nationalität ist das Gefühl der Einheit, und der Nutzen der Nationalität besteht darin, daß man der Welt dient auf die besondere Weise, zu der einen der angeborene Typus fähig macht . . . Um der Menschheit den vollen Dienst zu leisten, muß eine Nation sich nach ihren eigenen Anlagen entwickeln können . . . Die ganze Welt leidet, wenn eine Nationalität bedrückt oder vernichtet wird, ehe sie ihre Mission in der Welt erfüllt hat. Darum ist der Ruf eines Volkes nach Freiheit, nach Selbstregierung, nicht nur ein egoistischer Ruf, der mehr Rechte verlangt, um größeres Glück zu genießen. Selbst darin würde nichts Unrechtes bestehen, denn Glück heißt Vollheit des Lebens, und diese Fülle zu genießen, ist eine gerechte Forderung. Aber das Verlangen nach Selbstregierung ist ein Verlangen nach der eigenen Entwicklung für den Dienst der Menschheit. Es ist ein Verlangen der tiefsten Geistigkeit, ein Ausdruck des Sehns nach, der Welt sein Bestes zu geben. Darum

können Gefahren es nicht unterdrücken, noch Drohungen es bezwingen, noch das Opfer größerer Freuden es einschläfern. . . Besser Leiden und Freiheit als Luxus und Sklaverei. Das ist der Geist der Home Rule-Bewegung, und darum kann diese nicht unterdrückt und nicht vernichtet werden. Sie ist ewig und immer jung.“

Wie bereits von dem Präsidenten des Vorortskomitees wurden auch von der Präsidentin Klagen über die zahlreichen Internierungen erhoben, ein Thema, das später von vielen Rednern wieder aufgenommen wurde. Nur Home Rule könne Sicherheit bringen. „Denkt, welche Freude es ist, ein freier Mann in einem freien Lande zu sein, gleichgestellt anderen zivilisierten Menschen, wenn ihr frei atmen könnt in einem Indien, das endlich befreit ist von der giftigen Atmosphäre des Zwanges, wenn ihr wißt, daß die Freiheit der Person und die Sicherheit des Eigentums nicht angerührt werden darf außer in offener Gerichtsverhandlung, wenn man nicht unbewußt und auf die Laune der Exekutive hin, die sich in Dunkel hüllt, zum Verbrecher werden muß, wenn man sich der gewöhnlichsten Freiheit eines zivilisierten Wesens erfreut, das nicht durch willkürliche Befehle der Beamten gehindert wird.“

Die Rede der Präsidentin schloß mit den Worten: „Indien frei zu sehen, zu schauen, wie es hoch sein Haupt erhebt im Kreise der Völker, wie seine Söhne und Töchter überall geachtet sind, wie es würdig seiner stolzen Vergangenheit eine noch stolzere Zukunft aufbaut, ist das nicht ein Ziel, würdig dafür zu arbeiten, zu leiden, zu leben und zu sterben? Gibt es ein anderes Land, das wegen seiner Geistigkeit solche Liebe weckt, solche Bewunderung für seine Literatur, solche Achtung vor seiner Kraft, als diese glorreiche Mutter der Völker? Nach einer Geschichte von Jahrtausenden, die weit zurückreicht in die unsichtbare Vergangenheit, in der es gelebt hat, aber nicht gestorben ist mit den gewaltigen Zivilisationen der Vergangenheit, in der es sie erstehen, blühen und vergehen sah, bis nur ihre Gräber übrig blieben, tief begraben in der Rinde der Erde, nachdem es gearbeitet, triumphiert und gelitten und allen Wechsel unerschüttert überstanden hat, steht jetzt Indien, das gekreuzigte unter den Völkern, am Morgen seines Auferstehungstages, als ein unsterbliches, glorreiches, ewig jugendfrisches Wesen, und bald wird Indien dastehen selbstbewußt, stark und frei, das strahlende Licht Asiens und der Segen der Welt.“

In einer besonderen Resolution wurde die Frage des indischen Heeres behandelt. Man verlangte, daß einer möglichst großen Zahl von Indiern eine militärische Schulung gegeben werde und in jeder

Provinz ein Kadettenkorps entstehe. Daß einigen Indiern der Zugang zum Offiziersstande in der englischen Armee bewilligt worden war, wurde freudigst begrüßt. Aber man war damit nicht zufrieden; man forderte die Zulassung von Indiern zu einem großen Teil der Stellen, die heute von englischen Offizieren besetzt sind, dann auch die Eröffnung von Offizierschulen und die Abhaltung der militärischen Prüfungen in diesem Lande.

Der Akt gegen die Einheimische Presse wurde verurteilt und seine Abschaffung verlangt. Die Resolution wurde von dem englischen (oder amerikanischen?) Redakteur einer Bombay-Zeitung begründet, der selbst unter dem Gesetz zu leiden gehabt hatte.

Die Frage der Selbstregierung wurde natürlich eingehend erörtert. Die Reformvorschläge Montagus wurden freudig begrüßt. Sie seien ein Triumph des Kongresses, wenn auch nur ein erster, dem noch viele andere folgen müßten. Mit allem war man aber doch nicht zufrieden. Es sei verfehlt, daß die Zeit der Einführung der Selbstregierung und ihr Maß von der englischen Regierung und vom britischen Volk bestimmt werden solle. „Wir aber sind das Volk, das am meisten an der Sache interessiert ist, viel mehr als die jetzige Regierung Indiens und die englische Demokratie. Wir haben eine Forderung, ein Recht, in der Sache mitzusprechen, und berufen uns dabei auf das Wort des Premierministers selbst. Dieser sagte in einer Rede, daß, wenn nach dem Kriege die Frage vom Neuaufbau betrachtet würde, die Wünsche des Volkes von der größten und wichtigsten Bedeutung sein müßten. . . . Es war keinen Tag zu früh, daß uns verantwortliche Regierung versprochen wurde. . . . In ihrer huldvollen Proklamation von 1858 sagte Königin Viktoria: ‚Wir sind mit unseren indischen Untertanen durch dieselben Bande der Pflicht verbunden, die uns mit unseren anderen Untertanen verbinden.‘ Das ist ein Versprechen der Gleichstellung mit den Untertanen der Krone in anderen Teilen des Reiches. In den Kolonien werden wir als Heloten behandelt und in unserem eigenen Lande gelten wir als minderwertig. Im Jahre 1911 hat man uns provinzielle Autonomie versprochen. Wo ist heute diese provinzielle Autonomie? . . . Wir sind alle bereit, an den Angelegenheiten des Reiches unseren Anteil zu nehmen, aber unter einer Bedingung, daß wir als gleichberechtigte Teilhaber zugelassen werden, daß das Zeichen der Erniedrigung von unserer Stirn genommen wird und daß wir frei unser Haupt unter den freien Völkern erheben dürfen. Man bleibe uns vom Halse mit trügerischem Schein, mit eiteln Schaustellungen und leeren Vortäu-

schungen. Wir wollen keine glorreichen Debattierklubs mehr (Anspielung auf die gesetzgebenden Versammlungen). Wir wollen etwas Substantielles, etwas, das wirklich die Wünsche des Volkes befriedigt.“

Zum ersten Male auf einer Versammlung des Nationalkongresses wurde die Frage nach der Stellung der unterdrückten Klassen, der unreinen Kasten, behandelt. Es wurde der Beschluß gefaßt: „Dieser Kongreß betrachtet es als eine Pflicht der Notwendigkeit, der Gerechtigkeit und Ehrlichkeit für das indische Volk, daß alle sozialen Ausschließungen, die durch die Gewohnheit den unterdrückten Klassen auferlegt sind, aufgehoben werden.“

In einer besonderen Resolution wurde der Labour Party in London der Dank ausgesprochen, weil sie sich bereit erklärt hatte, die Forderungen der Indier im Parlament zu unterstützen.

Zur gleichen Zeit wie die Hindus hielten die Mohammedaner ihre Jahresversammlung ab. Ihre Forderungen deckten sich fast vollständig mit denen der Hindus und ihre Sprache war sicher nicht weniger energisch als die der letzteren.

Auf beiden Versammlungen wurde außerdem ein Protest erhoben gegen einen Schritt der Regierung, der kurz vor dem Zusammentreten der Kongresse bekannt geworden war, gegen die Einsetzung eines Komitees zur Untersuchung der Aufstandsbewegung in Indien, das der Regierung schärfere Maßregeln an die Hand geben sollte. Diese Frage sollte die Öffentlichkeit in der Folge noch sehr beschäftigen, und in ihr spielt ein Mann eine große Rolle, dessen Namen wir bis jetzt noch nicht genannt haben, obwohl er um diese Zeit den Indiern kein Unbekannter mehr war, Mohandas Karamchand Gandhi.

IX. Mohandas Karamchand Gandhi.

Wenn der Durchschnittsdeutsche sich den gebildeten Indier vorstellt, dann denkt er zuerst an Rabindranath Taghor. Zwar war es für viele eine große Ueberraschung, als ihm im Jahre 1913 der Nobelpreis für Literatur überreicht wurde. Aber inzwischen sind die Werke dieses bengalischen Dichters bei uns Modelektüre geworden und viele unserer Gebildeten schwärmen für den indischen Sänger und seine träumerische Welt. Und doch ist Taghor nicht einfachhin ein Vertreter des heutigen Indiens, nicht einmal derer, die sich zu den europäisch Gebildeten rechnen. Er gehört einer Familie an, die seit vielen Jahrzehnten ihren Stolz darin gesetzt hat, die Gedankenwelt des Abendlandes sich anzueignen und auf den Boden ihrer Heimat zu verpflanzen. Sein Vater Debendranath erneuerte und organisierte in Bengalen im Jahre 1843 die theistische Sekte der Brahmo-Samadsch, jener freiesten, religiös lebendigsten und geistig regsten Religionsgemeinschaft, die auf dem Boden des Hinduismus unter dem Einfluß des modernen Geistes gewachsen ist. Aus allen Religionsbekenntnissen will sie das allgemein Menschliche hervorholen und so einen Mittelpunkt aller religiösen Bekenntnisse schaffen. Verschiedene seiner Verwandten haben sich als Künstler und Schriftsteller einen Namen gemacht, indem sie den Anschluß an die europäische Kultur suchten. In dieser Atmosphäre ist auch Rabindranath aufgewachsen. Er ist bis in seine tiefsten Seelentiefern vom Geiste des Abendlandes durchdrungen, den er freilich nur in der Form kennen gelernt hat, wie er sich in der englischen Literatur und Staatskunst ausgeprägt hat. Er ist Indier der Geburt und Anlage, aber nicht der Kultur nach, deren Vertreter er sein will. Was ihn für viele so anziehend macht, ist, daß er Gedanken, die uns Europäern nicht fremd sind, in seinem indischen Gemüt reflektiert. Das ist etwas Neues für uns und legt den Zaubermantel des Orients über alles, was er schreibt. Aber trotz alledem ist das Indische bei ihm nur Koloratur, nicht Leitmotiv, auch wenn er von indischen Nächten und von Lotus-

blumen singt. Spezifisch indische Gedanken findet man bei ihm selten, es ist das allgemein Menschliche, das er mit den träumerischen Augen des Indiers sieht und mit der Phantasie des orientalischen Dichters schildert.

Unter den heutigen gebildeten Indiern gibt es manche, die eine ähnliche Gedankenrichtung wie Taghor haben. Aber sie sind nur eine Schule. Neben denen, die die Kultur des Abendlandes als die höchste Entwicklung des menschlichen Geistes ansehen und eine möglichst vollkommene Aneignung derselben als das erstrebenswerte Ziel betrachten, gibt es viele andere, denen die moderne Bildung dazu gedient hat, sich auf den Wert der einheimischen Kultur zu besinnen. Das Studium der modernen europäischen Literatur und Kultur hat sie zu der Ueberzeugung gebracht, daß das Abendland an schweren Schäden leidet, daß der Materialismus mit allen seinen Ausläufern die Gedankenwelt der europäischen Welt beherrscht, in der Literatur sowohl wie in der Wirtschaftslehre und in der Politik. Sie suchen eine geistigere Lebensauffassung und glauben, diese in der alten indischen Philosophie zu finden, die sie freilich nicht in der heutigen korrupten Form annehmen, sondern in einer reineren, die sie in die Vedas hineinlesen. Mit Stolz weisen sie hin auf ihre alten Bauten, die errichtet wurden, als das Abendland noch größten Teiles im Zustande der Unkultur war, auf ihre heiligen Bücher, die es an Alter mit der gesamten Literatur des Abendlandes aufnehmen können. Auch sie studieren die literarischen Schätze unserer Klassiker, vor allen die der englischen Literatur, auch sie eignen sich die wissenschaftlichen Fortschritte der Neuzeit an. Aber sie tun es nicht, um darin aufzugehen oder um das abendländische Kulturgut an die Stelle ihres eigenen zu setzen, sondern teils weil die Not der Zeit, d. h. die Tatsache der Fremdherrschaft und die Notwendigkeit, eine Anstellung im englischen Staatsdienst zu finden, sie dazu zwingt, teils weil sie eine willkommene Ergänzung ihrer eigenen Kultur darin zu finden hoffen. Aber diese letztere bleibt ihnen das Kapital, mit dem sie arbeiten und wirtschaften wollen; die abendländische Kultur ist ihnen Mittel, nicht Zweck. Sie wollen Indier sein und bleiben, und nicht Europäer werden.

Diese zweite Klasse ist bedeutend größer als die erste, und ihre Zahl ist beständig im Wachsen begriffen. Je mehr die Universitätsbildung in die Tiefen des Volkes steigt, um so größer wird die Zahl derer, die in der europäischen Kultur nur etwas Relatives sehen, das die Kurzsichtigkeit der Abendländer zu etwas Absoluten machen möchte.

Es ist verständlich, daß die Träger des nationalen Gedankens sich vor allem aus der zweiten Klasse rekrutieren. Der Patriotismus ist ja das Bewußtsein eines Volkes von seiner historischen und moralischen Individualität. Der angesehenste Vertreter der national denkenden Indier ist heute Gandhi, der große politische Führer, der im Freiheitsstreben der heutigen Bewohner der Halbinsel die erste Rolle spielt, und darum eine eingehendere Beachtung verdient. Seine Persönlichkeit ist ein Faktor in der heutigen indischen Politik, der nicht leicht überschätzt werden kann. Keiner beherrscht so die Geister wie er, sowohl der Gebildeten als der großen Massen. Man nennt ihn nur den Mahatma, d. h. den Großen, der mehr vermag, als es den Sterblichen sonst möglich ist. „Die höchsten Ideale des Lebens, von denen die Menschheit geträumt hat,“ sagt eine indische Biographie des Mannes, „sind in ihm zur Wirklichkeit geworden.“ In ihm habe sich das Hoffen und Sehnen von Millionen erfüllt und sein vollendeter Charakter mache ihn zum Helden und Apostel.

Mohandas Karamchand Gandhi wurde am 2. Oktober 1869 in Porbander, einer Stadt auf der Halbinsel Kathiawar geboren. Sein Vater, der nicht einer der höchsten Kasten angehörte, nahm eine einflußreiche Stelle im Verwaltungsdienst des kleinen eingeborenen Staates seiner Heimat ein. Es scheint ein charaktervoller Mann gewesen zu sein. Denn als eines Tages der am Hofe allmächtige Vertreter der englischen Regierung ihm gegenüber sich ungünstig über den eingeborenen Fürsten ausließ, trat er ihm energisch entgegen und verbat sich eine solche Sprache gegen seinen Landesherrn. Dafür wurde er vom Engländer verhaftet und für mehrere Stunden unter einem Baume gefangen gehalten, ein Ereignis, das dem Sohne schon früh das Unwürdige der Fremdherrschaft zum Bewußtsein brachte. Größeren Einfluß als der Vater scheint aber die Mutter auf ihn ausgeübt zu haben. Sie wird als eine ausgezeichnete Frau gerühmt, die fest am alten Hindu-glauben hing, treu und gewissenhaft die religiösen Fasten hielt und durch karitatives Wirken sich hervortat.

Als der junge Mohandas sein Gymnasium absolviert hatte, entschloß er sich auf den Rat eines Freundes hin, nach England zu gehen und dort die Rechte zu studieren. Der Plan fand bei der Mutter ernstern Widerspruch. Sie hatte viel gehört von den Gefahren, die jungen Leuten in der englischen Gesellschaft in sittlicher und religiöser Beziehung drohten. In Gegenwart eines Sannyaji mußte sich ihr Sohn feierlich durch ein Gelübde binden, sich des Weines, des durch die Kaste streng verbotenen Fleischgenusses und der Weiber zu

enthalten. Erst dann gab sie ihm die Erlaubnis zur Reise. In England ging eine neue Welt für den jungen Indier auf, die mit ihrem ungewohnten Zauber ihn hinzureißen drohte. Für eine Zeitlang träumte er davon, ein vollendeter Gentleman zu werden, nahm Tanzunterricht, lernte Musik und fremde Sprachen. Aber bald sah er ein, daß die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ihm kaum möglich sei, ohne mit seinem Gelübde in Widerspruch zu geraten. Durch einen energischen Entschluß kehrte er zu dem einfachen Leben seiner Jugend zurück und widmete sich nur dem Studium der Rechte. In der Folgezeit scheint er sich viel mit dem Christentum beschäftigt zu haben, dessen Ideale, namentlich die der Bergpredigt, ihn mächtig anzogen. Aber zu einer Bekehrung kam es nicht; er glaubte in der Bhagavad Gita alles finden zu können, was das Christentum ihm bot.

Nach Bestehen der juristischen Prüfungen kehrte er in seine Heimat zurück, wo inzwischen seine Mutter gestorben war. Nachdem er anderthalb Jahre teils in Radschkot, teils in Bombay gelebt hatte, wurde ihm das Angebot gemacht, nach Südafrika zu gehen. Eine Firma seiner Heimatstadt hatte eine Niederlassung in Pretoria, die in einen Rechtsstreit verwickelt war und einen indischen Rechtsanwalt zu ihrer Vertretung wünschte. Gandhi nahm diesen Posten an, und das gab seinem Leben eine Wendung, die ihn zu dem machte, was er heute ist. In Südafrika machte er die politische Schule durch, die ihn auf seine jetzige Tätigkeit vorbereitete. Als er am Anfang des Weltkriegs endgültig nach Indien zurückkehrte, da war er kein Fremdling geworden; sein Einzug in Bombay im Jahre 1915 glich einem Triumphzug. In all den Jahren hatten seine Landsleute seinen Kampf für die Rechte der Indier in Südafrika mit spannendem Interesse verfolgt und seine Arbeiten in der Fremde hatten viel dazu beigetragen, den Gegensatz gegen die Fremdherrscher auch im Mutterlande zu vertiefen.

Südafrika war seit langem eines der Länder, wohin sich die indische Auswanderung gerichtet hatte. Vor mehr als einem halben Jahrhundert hatte sich die Kolonie Natal an die Londoner Regierung gewandt, ihr aus Indien billige Arbeitskräfte zuzusenden zur Entwicklung ihres Landes. Die indische Regierung versprach den Auswanderern eine rücksichtsvolle Behandlung und gab ihnen das Versprechen, daß sie nach Ablauf der bedungenen Arbeitszeit sich in Südafrika niederlassen dürften. Agenten zogen durch das Land und verlockten viele Tausende indischer Arbeiter, ihren Weg über das Meer zu nehmen. Aber die gemachten Versprechen wurden nicht erfüllt, jedenfalls nicht in der Form, wie sie die Indier verstanden hatten.

Die weiße Bevölkerung fürchtete ein Ueberhandnehmen der farbigen, um so mehr, da viele der entlassenen Arbeiter sich dem Handel widmeten und wegen ihrer einfachen Lebensweise leicht die Konkurrenz mit dem weißen kleinen Kaufmann aufnahmen. Eine besondere Kopfsteuer wurde den Indiern auferlegt und ihnen das Leben in jeder Weise erschwert. Ueberall suchte man ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß sie einer niederen Rasse angehörten und den Weißen nicht ebenbürtig wären. Als Gandhi in Afrika landete, erfuhr er das bald an sich selbst. Als er in der offiziellen Tracht der Rechtsanwälte vor Gericht erschien, befohl man ihm, dieselbe abzulegen, da diese nur von Weißen getragen werden dürfe. Als er auf englischem Gebiet in ein Eisenbahnabteil erster Klasse gestiegen war, zu dem er eine Fahrkarte besaß, wurde er vom Zugführer aufgefordert, dasselbe zu verlassen, da nur Europäer darin fahren dürften. Da er sich weigerte, wurde er herausgerissen und im selben Augenblicke das Zeichen zur Abfahrt gegeben, so daß er auf der Station zurückblieb. Solche und zahlreiche andere Erfahrungen ähnlicher Art ließen ihre tiefen Spuren in der Seele dieses für sein Volk begeisterten Mannes zurück. Als man ihn nach Beendigung des Rechtsstreites, der ihn nach Afrika gebracht hatte, bat, noch länger im Lande zu bleiben, um die Sache der Indier zu verteidigen, ging er darauf ein.

Sein erster Schritt war jetzt, daß er seine Landsleute zu einer geschlossenen Einheit zur Verteidigung ihrer Nationalität zusammenzuschließen trachtete. Ueberall im Lande gründete er Vereine, er schulte sie in den parlamentarischen Methoden des Widerstandes, hielt Versammlungen ab und verfaßte Bittschriften an die Regierung, in denen die Wünsche der Indier klar gelegt wurden. Einzelne junge Leute, die ihm als Führer geeignet schienen, versammelte er besonders um sich und unterrichtete sie. Der ganze Zauber seiner Persönlichkeit, sein einfaches, strenges Leben, seine Ehrlichkeit und Offenheit, seine Selbstopferung machten schon damals einen tiefen Eindruck auf seine Anhänger in Afrika und auf seine Landsleute in Indien. Schon 1896 wurde ihm bei seinem Besuche in Indien ein glänzender Empfang bereitet. Als er aber bald darauf nach Afrika zurückkehrte, suchte die weiße Bevölkerung seine Landung zu verhindern, und nur in Verkleidung gelang es ihm, sein Leben in Sicherheit zu bringen. Mit um so größerem Eifer widmete er sich seiner Aufgabe. Als 1899 der Krieg gegen die Buren ausbrach, erkannte er, daß sich jetzt eine Gelegenheit böte, für seine Landsleute die Achtung der Weißen zu erwerben. Er bot sich der Regierung an, eine Abteilung von Kranken-

pfliegern zu bilden. Anfangs wies man das Angebot mit Verachtung zurück. Als aber der Krieg länger dauerte und manchen Rückschlag brachte, wurde man bescheidener und ging auf das Anerbieten ein. Die Leute Gandhis leisteten unter seiner Führung ihr Bestes. Aber eine Besserung für die Indier trat damit nicht ein. Obwohl der offizielle Grund der englischen Regierung für den Kampf gegen die Buren darin bestand, daß die letzteren in ihrem Gebiete die Untertanen des englischen Reiches bedrückten, unterschrieb die neue Regierung nach der Einverleibung der Burenstaaten in das englische Weltreich die alten Gesetze gegen die Indier von neuem und verschärfte sie sogar. Aber Gandhi war nicht der Mann, sich entmutigen oder einschüchtern zu lassen. Er gründete eine Zeitung, die die Forderungen der Indier vertreten sollte und finanzierte sie zum großen Teil aus seiner eigenen Tasche. Als unter den indischen Arbeitern die Pest ausbrach und die Regierung keine Schritte unternahm, dieser Einhalt zu gebieten, zwang er sie zu sanitären Maßregeln. Unter dem Einfluß der Schrift Ruskins *Unto this last* gründete er getrennte Kolonien der Indier, wo sie ungestört unter sich leben und die Freuden eines einfachen Lebens genießen konnten. Oft erschien er unter den einfachen Arbeitern und lebte wie einer von ihnen, mit dem Einfachsten zufrieden. Als 1906 der Krieg gegen die Zulus ausbrach, bildete er wieder eine Abteilung von Verwundetenträgern.

In demselben Jahre ging die Regierung von Transvaal daran, neue Gesetze gegen die indische Einwanderung zu erlassen. Daß eine vernünftige Beschränkung derselben durch Gesetz festgelegt würde, dagegen hatte Gandhi nichts einzuwenden. Aber er und seine Anhänger wollten es nicht dulden, daß ihre Farbe allein ein Grund sei, sie auszuschließen, während man der weißen Rasse kein Hindernis in den Weg legte. Vor allem verwarfen sie den Plan, daß alle Farbigen sich bei der Polizei stellen und einer besonderen Aufsicht unterwerfen sollten. Alle Versuche Gandhis, die Gesetze zu verhindern, waren erfolglos. Da griff er zu einem Mittel, das er später auch in Indien angewandte, wie wir noch sehen werden. Er versammelte seine Anhänger um sich und verpflichtete sie durch ein feierliches Gelübde, den neuen Gesetzen passiven Widerstand entgegenzusetzen. Es war ein gewagter Schritt, aber der Führer kannte den Geist seiner Landsleute, die im Leiden stärker sind als im Handeln. Zunächst jedoch versuchte er noch das Beste, was ihm blieb, ehe er zu dem äußersten Schritt überging. Er reiste nach England, um dort durchzusetzen, daß den Gesetzen die königliche Zustimmung verweigert werde. Er erreichte einen kurzen

Aufschub, aber eine Unterdrückung der Gesetze war nicht zu erlangen. Sie traten in Kraft und damit auch das Gelübde der Indier. Diese hielten ihr Versprechen, abgesehen von verschwindenden Ausnahmen. Die Gefängnisse füllten sich mit solchen, die sich weigerten, ihren Namen registrieren zu lassen. Gandhi selbst wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vor Gericht versuchte er nicht, sich zu entschuldigen, sondern nahm die volle Verantwortung für sein Tun auf sich und bat um die höchste Strafe, die das Gesetz zuließ.

Der Regierung der Kolonie wurde schließlich die Lage ungemütlich. Man machte sich an Gandhi und versprach, das Gesetz abzuschaffen, wenn die Indier innerhalb einer Zeit von drei Monaten sich freiwillig bei der Polizei meldeten, um ihre Namen registrieren zu lassen. Darauf ging Gandhi ein und war einer der ersten, die sich der Behörde stellten. Als aber die drei Monate um waren, weigerte sich die Regierung, ihr Versprechen einzulösen. Damit begann der Kampf von neuem. Wieder füllten sich die Gefängnisse mit resistierenden Indiern und wieder wurde Gandhi verurteilt, diesmal zu zwei Monaten Zwangsarbeit. Als die Zeit abgelaufen war, organisierte er zwei Deputationen, von denen die eine nach England, die andere nach Indien gehen sollte, um die Sache seiner Landsleute zu verteidigen und das Interesse an ihr wachzurufen. Gandhi selbst ging nach England. Die Londoner Regierung versuchte eine Beilegung des Streites, aber Smuts war unerbittlich, und so blieb der Erfolg aus. Einen um so fruchtbareren Widerhall fand der Appell in Indien. Ueberall im Lande wurde die Aufmerksamkeit für das Los der afrikanischen Indier wach. Herr Gokhale, der bedeutendste Politiker der Hindus, erhob 1912 seine mächtige Stimme im Rat des Vikkönigs zugunsten seiner Landsleute. Das hatte die Wirkung, daß man auch in Südafrika begann, sich mit der Frage zu beschäftigen, ohne sie von vornherein von der Hand zu weisen. Es wurde eine Kommission zum Studium der Lage ernannt. Gandhi lud jetzt Gokhale ein, nach Südafrika zu kommen und die Sache an Ort und Stelle zu untersuchen. Diesem Politiker gelang es, von den Ministern der Union das Versprechen zu erhalten, daß die Kopfsteuer, die so viel böses Blut gemacht hatte, abgeschafft würde.

Aber bald trat eine neue Komplikation ein. Nach einer richterlichen Entscheidung des höchsten Gerichtes, die so viel wie Gesetzeskraft besitzt, wurden alle in der südafrikanischen Union geschlossenen indischen Ehen als null und nichtig erklärt. Ein Gesetzesentwurf, der mit der indischen Frage sich beschäftigte, wurde im Parlament vor-

gelegt, entsprach aber nicht den Erwartungen der Indier. Die Regierung leugnete, jemals ein Versprechen auf Abschaffung der Kopfsteuer gegeben zu haben, während Gokhale darauf bestand, daß das wohl der Fall sei. Die ganze indische Bevölkerung war wieder in heller Aufregung. Streiks brachen überall aus. Die Streikenden zogen von Stadt zu Stadt und überall schloßen sich ihnen neue Scharen an. Schließlich sammelten sie sich an einem Orte und brachen auf, um in Transvaal gemeinsam bei der Regierung zu demonstrieren. Alle bis zum letzten waren entschlossen, nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis ihnen ihr Recht zuteil geworden wäre. Die Regierung sah keinen anderen Weg aus dieser Lage, als nachzugeben. Die Kopfsteuer wurde für immer abgeschafft. Gandhi aber wurde zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Nachrichten von den Vorgängen in Südafrika waren inzwischen nach Indien gedrungen und hatten dort große Aufregung hervorgerufen. Der Vizekönig sah sich gezwungen, der indischen Volksstimme Ausdruck zu geben und bei der Londoner Regierung für die bedrückten Indier einzutreten. Daraufhin wurde eine Kommission zur Beilegung des Zwistes ernannt; diese machte bestimmte Vorschläge, die die Indier befriedigten. Auch Gandhi war mit dem Erfolge zufrieden und erklärte, daß der Streit beigelegt sei. Hatten die Indier auch nicht alles erreicht, was sie wünschten, so waren doch die Hauptpunkte ihrer Klagen aus der Welt geschafft.

Als Sieger verließ Gandhi das Land und kehrte in seine Heimat zurück, wo neue Aufgaben seiner harrten.

X. Die Rowlatt-Bills.

Im Jahre 1915 war Gandhi nach Indien zurückgekehrt. Für lange Zeit hielt er sich von der Politik fern. Seine Arbeit galt der sozialen Aufrichtung seines Volkes. Er war ein hochangesehener Ratgeber der englischen Regierung in diesen Fragen und wurde wiederholt von ihr ausgezeichnet. Erst im Jahre 1919 erschien er wieder auf der politischen Bühne. Besondere Ereignisse gaben dazu die Veranlassung.

Während der ersten Monate des Jahres 1918 wütete in Indien die Influenza und tötete gegen sechs Millionen seiner Einwohner. Durch diese Geißel wurde die Aufmerksamkeit für kurze Zeit von den politischen Fragen abgelenkt. Es war zudem auch die Zeit, in der Montagu im Lande weilte, und alles wartete mit Spannung auf den Ausgang seiner Mission. Ehe darüber Bestimmtes verlautete, war es unmöglich, eine Ansicht darüber zu äußern, wie der Kampf weiter geführt werden sollte.

Am 22. April waren die Arbeiten Montagus so weit abgeschlossen, daß er ein eingehendes Memorandum über die Lage und die Mittel zu ihrer Besserung zugleich mit dem Vizekönig, Lord Chelmsford, unterschreiben konnte.

Aus einer eingehenden Analyse der Lage zieht der Bericht zwei Folgerungen: 1. Die ganze Verwaltung Indiens ruht auf der Zentralregierung, und diese muß bleiben, wie sie ist. Alle Versuche zur Selbstregierung müssen zunächst in weniger vitalen Punkten ansetzen. 2. Diese sollen in den Provinzialregierungen gemacht werden. Für die einzelnen Provinzen werden dann eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die den Wünschen der Indier soweit als möglich entgegenkommen und als Gesetzentwürfe dem englischen Parlament vorgelegt werden sollen.

Die Ideen Montagus verwirklichten bei weitem nicht alle Wünsche, die der Nationalkongreß und die mohammedanische Liga in ihrem Schema von Larknau zum Ausdruck gebracht hatten. Namentlich war man unzufrieden, daß die Zentralregierung unverändert bleiben sollte. Gleichwohl sahen die gemäßigten indischen Politiker in den Vorschlägen den Anfang einer neuen Zeit und begrüßten sie von Herzen. Selbst

unter den weiter links Stehenden waren viele, die es auf einen Versuch ankommen lassen wollten. Nur die ganz Radikalen waren unversöhnlich und erklärten ihnen den Krieg.

Fast zur selben Zeit, da die Regierung die Indier durch Konzessionen zu gewinnen suchte, wurde der Bericht veröffentlicht, den die unter dem Vorsitz des Juristen Rowlatt tagende Kommission, die wir früher bereits erwähnt haben, verfaßt hatte. Die Aufgabe dieser war es gewesen zu untersuchen, wo die Gründe der politischen Unruhen lägen, und Mittel vorzuschlagen, wie man einer „Aufstandsbewegung“ entgegentreten könne. Solange der Krieg dauerte, konnte die Regierung auf Grund der Kriegsgeetze eingreifen. Auch konnte man die im Jahre 1911 erlassenen Polizeiverfügungen zur Anwendung bringen. Diese letzteren aber schienen der Regierung nicht streng genug. Man suchte nach energischeren gesetzlichen Handhaben, um alle Widerstände zu bekämpfen. Auf Grund des Rowlatt-Berichtes schlug die Regierung zwei Gesetze vor, von denen das eine eine Verschärfung der bestehenden Gesetze brachte und das zweite der Exekutive größere Gewalt zu geben vorschlug.

Als das bekannt wurde, regte sich in Indien ein Sturm der Entrüstung. Die alten Gesetze waren schon verhaßt genug und nun sollten sie noch verschärft werden. Man hatte seit Jahren daran gearbeitet, die Macht der Exekutive zu brechen und trotzdem sollten jetzt deren Machtvollkommenheiten noch vergrößert werden. Selbst gemäßigte Politiker, die fast überall auf Seiten der Regierung standen, machten kein Hehl daraus, daß sie die neuen Vorschläge für verfehlt hielten. Nur die Extremen jubelten und wiesen höhrend auf die „Heuchelei“ der Regierung, die Besserung verspräche und gleichzeitig Gesetze erlasse, die jede Freiheitsbewegung unterdrücken müßten. Die indischen Mitglieder des Rates des Vizekönigs waren geschlossen gegen die Vorschläge der Regierung. Aber die offizielle Mehrheit überstimmte sie, und gegen den Widerstand ganz Indiens wurden die neuen Gesetze eingeführt. Nur darin gab die Regierung nach, daß sie die Geltung derselben vorerst auf drei Jahre beschränkte. Aber das beruhigte die öffentliche Meinung nicht. Die Agitation setzte mit einer Heftigkeit ein, wie man sie vorher nicht gekannt hatte. Die Extremen gewannen überall die Oberhand; ihre Auffassung der Absichten der englischen Regierung schienen sich bewahrheitet zu haben, und sie hatten leichtes Spiel, die öffentliche Meinung auf ihre Seite zu ziehen.

In die Zeit der Agitation fielen das Ende des Krieges und die Friedensverhandlungen. Alles, was während dieser Zeit an

schönen Reden von der Freiheit der Völker und ihrer Selbstbestimmung verlautbar wurde, fand in Indien aufmerksame Hörer, die sofort die Anwendungen auf ihr Land machten. Allerdings klangen diese anders, als die Politiker der Entente sie gemeint hatten.

Während die Friedenskonferenz in Paris tagte, wurde in Delhi der 33. Nationalkongreß gehalten und wieder versammelte sich hier gleichzeitig die Liga der Mohammedaner. Jetzt zeigte es sich, welche Fortschritte die Extremen inzwischen gemacht hatten. Man verlangte Selbstregierung, aber mit dem Zusatz, daß, soweit die Provinzen in Frage kommen, diese sofort bewilligt werde, und daß kein Teil des britischen Indiens von dem Genuß der vorgeschlagenen Reformen ausgeschlossen werde. Die Reformen Montagus wurden als „enttäuschend und ungenügend“ bezeichnet. „In Anbetracht der Aeußerungen des Präsidenten Wilson, des Herrn Lloyd George und anderer britischer Staatsmänner, daß zur Sicherung des Friedens der Welt das Prinzip der Selbstbestimmung für alle fortschrittlichen Nationen nötig sei, wird beschlossen, daß der Kongreß vom englischen Parlament und von der Friedenskonferenz die Anerkennung Indiens als einer fortschrittlichen Nation verlangt, auf die der Grundsatz der Selbstbestimmung Anwendung findet.“ „Bei der praktischen Durchführung dieses Prinzips sollte der erste Schritt darin bestehen, daß alle Hindernisse der freien Diskussion beseitigt werden, und darum alle Gesetze, Regelungen und Verordnungen sofort aufgehoben werden, die die freie Erörterung politischer Fragen erschweren, sei es in der Presse oder bei privaten oder öffentlichen Versammlungen oder sonstwo, so daß die legitimen Aspirationen aller Bewohner Indiens ohne Furcht zum Ausdruck kommen können.“ Der Kongreß protestiert ferner gegen die Vorschläge des Rowlatt-Komitees, „die den Grundrechten des indischen Volkes widerstreiten“. Er verlangt sodann, daß Indien durch einen eigenen Vertreter auf der Friedenskonferenz vertreten sei und schlägt dafür Tilak vor, der als einer der radikalsten Politiker galt.

Vergebens versuchten die Gemäßigteren, die Forderungen etwas herabzudrücken. Sie wären zufrieden gewesen, wenn man verlangt hätte, daß die Selbstverwaltung allmählich eingeführt würde, oder wenn an die Stelle Tilaks ein anderer Vertreter vorgeschlagen worden wäre. Aber ihre Bemühungen waren vergebens. Die Forderungen des Kongresses wurden mit gewaltiger Majorität angenommen.

Das Recht der britischen Krone auf Indien wurde aber auch jetzt nicht bestritten. „Wir verlangen nicht,“ so hieß es in einer Rede, „die Abschaffung der Souveränität der Krone. Wir greifen

den Thron des König-Kaisers nicht an. Aber wir sagen, daß wir in unseren inneren Angelegenheiten, in den Dingen unserer eigenen Nation, den öffentlichen wie den privaten, unsere Gesetze selbst machen, unsere eigenen Leute erwählen und absetzen sollten, wenn sie uns nach der Wahl nicht befriedigen. Diese Freiheit genießt jede Kolonie, und diese verlangen wir auch für uns.“ Es ist aber sehr bezeichnend, daß der Vorschlag, eine Begrüßungsadresse an den Prinzen von Wales zu senden, der damals nach Indien kommen wollte, keine Zustimmung fand und verschoben wurde.

Der Streit um die Rowlatt-Gesetze, kurz die „schwarzen Gesetze“ genannt, brachte Gandhī wieder in das öffentliche politische Leben seines Landes.

Schon vorher hatte er in einer mehr lokalen Angelegenheit seines Heimatlandes einige Erfolge gegen Maßnahmen der Regierung erzielt. Jetzt aber ging es um ganz Indien. Er wandte sich an den Vizekönig und bat um Zurücknahme der Rowlatt-Gesetze. Mit der ihm eigenen Energie und Geschicklichkeit inszenierte er im ganzen Lande den Widerstand. In allen größeren Städten und in vielen kleineren trat er als Redner auf, appellierte an den Gerechtigkeitsfönn der Engländer, wies hin auf die Verdienste seiner Landsleute im Kriege und forderte auch für sie die Rechte, die die Magna Charta jedem Briten und die amerikanische Unabhängigkeitserklärung jedem Bürger der Vereinigten Staaten gegeben. Trotz alledem ließ sich die Regierung nicht bewegen. Die Vorschläge wurden Gesez und sind es noch heute.

Durch Gandhīs Auftreten nahm der Gegensatz und der Widerstand gegen England ganz neue Formen an. Sein Organisations-talent wirkte Wunder. In kurzer Zeit hatten seine Gedanken das ganze Land erfasst. Trotz seiner Schlichtheit im Äußereren, seiner einfachen Lebensweise, seiner ruhigen Art zu reden und zu handeln, ist er heute die größte Gefahr für England in Indien, obwohl sein nächstes Ziel nicht die Vertreibung der Briten aus dem Lande ist. Wer die englische Tagesliteratur verfolgt, dem wird es nicht entgehen, mit welcher stiller Wut man dort den indischen Führer behandelt und wie man sich durch Darstellung seiner Bestrebungen als Träumereien eines fanatischen Schwärmers über die Gefahr hinwegzutäufchen sucht. Durch die Art seines Vorgehens sucht Gandhī den Kampf vom politischen Gebiet weg unvermerkt auf ein weiteres zu ziehen. Im politischen Kampfe, wie ihn bis dahin die indischen Führer geleitet hatten, waren die Engländer ihren Gegnern infolge ihrer langen Schulung leicht überlegen. Die großen Massen des Volkes waren

auch so nicht zu gewinnen. Er stieg hinab in die Seele seines Volkes, die er schon lange studiert hatte und die er wie kein zweiter kannte. Dort glaubte er etwas zu finden, was dem Abendlande nach seiner Ueberzeugung fehlte, den „Geist“, und diesen „Geist“ suchte er zu wecken und aufzurufen gegen den Materialismus, den Bürokratismus und die Herrschaft der rohen Gewalt im Abendlande. Alles, was das Abendland Indien gebracht, so erklärte er, krankt am Materialismus, ist dem Geiste Gottes entgegen, ist „satanisch“, wie er später sagte, und muß daher bekämpft werden. Aber dieser Kampf darf nicht mit den Waffen der Materie, mit roher Gewalt, geführt werden, sondern mit den Waffen des Geistes, durch Ueberwindung des Feindes durch die Liebe, durch allmähliche Losagung vom Luxus und Rückkehr zu der einfachen Lebensweise der Vorfahren, die die Produkte der europäischen Kultur noch nicht kannten, durch Wiederbelebung der heimischen Industrien, durch Wahrhaftigkeit, Reinheit des Lebenswandels, durch furchtloses Auffichnehmen aller Folgen eines solchen Wandels, durch liebevolles Behandeln aller, auch der außerhalb der Kästen stehenden Mitmenschen, durch Betonen des ererbten Völkischen in Sprache, Kleidung und Wandel.

Daß das kommerzielle und politische England einem solchen Programm ratlos gegenübersteht, ist leicht zu begreifen. Die Waffen, die Gandhi so klug zu handhaben versteht, sind den Machthabern des britischen Weltreiches ganz unbekannt. Gandhi behandelt die Briten wie unwissende Kinder, die mit Dingen spielen, deren geistige Kraft sie nicht kennen. Durch die Kraft des Geistes sollen seine Landsleute die Fremden überwinden und durch den moralischen Mut. Denn „kein Feigling kann ein Vertreter des passiven Widerstandes sein“.

Es ist schwer, ein weitausschauendes Programm aus den Reden Gandhis herauszulesen. Er selbst hat von sich einmal gesagt: „Ich sage mit Kardinal Newman: Ich verlange nicht die fernegelegene Szenerie zu sehen; ein Schritt ist genug für mich.“ Seine nächsten Ziele aber lassen sich aus seinen Aeußerungen klar erkennen. In der Zeit, die wir hier im Auge haben, war er kein Feind der englischen Herrschaft im allgemeinen. Später ist da allerdings ein gewisser Wechsel eingetreten, wie wir später sehen werden. Gandhi will zunächst Home Rule für Indien, ähnlich wie das die selbstregierenden Kolonien haben und wie das der Nationalkongreß und die Mohamedanische Liga schon längst gefordert hatten. So schrieb er im April 1918 an den Vizekönig: „Ich bin gewiß, daß nur die bestimmte

Ausicht auf Home Rule — und zwar in der kürzest möglichen Zeit zu verwirklichende — das indische Volk befriedigen wird.“ Das verlangten heute die Gebildeten und das fordere das Volk. Darum müsse die Regierung eine solche sein, die für das Volk da ist, und sie müsse daher ehrfurchtsvollen Ungehorsam ertragen, wenn etwas als Ungerechtigkeit gefühlt werde.

Home Rule beschreibt er als das „Recht zu irren und selbst den Fehler zu verbessern“. Großbritannien hat jetzt für ungefähr tausend Jahre das Recht der Selbstregierung genossen. Aber seine Führer sind durchaus nicht unfehlbar gewesen. Einige Könige begingen viele Fehler und büßten dafür entweder durch Verlust an Macht oder durch Verlust des Thrones. Gleichwohl zeige die Geschichte, daß die britische Freiheit schließlich durch diese Irrtümer gewonnen habe. Die englischen Parlamente hätten zahlreiche Fehler begangen und oft eine kurzsichtige Politik befolgt; dasselbe gälte von der Wählerschaft, die ihre Vertreter in die Parlamente sandte. Aber trotz alledem habe das gemeinsame Wohl gewonnen, weil man die Fehler erkannte und besserte. Jeder Fortschritt werde durch Fehler und ihre Wiedergutmachung errungen. Das Gute kommt nicht in entwickelter Gestalt vom Himmel, sondern muß langsam gebildet werden. So beim Individuum, so bei der sozialen und politischen Gemeinschaft. Dieses Recht, sein Glück selbst zu schaffen, verlangten auch die Indier, nichts mehr. Es sei darum falsch, zu sagen, die Indier seien nicht reif zur Selbstverwaltung. Darauf käme es nicht an. Sie müßten eine Möglichkeit haben, reif zu werden. Und diese Möglichkeit verlange Home Rule.

Das Volk habe ein Recht, gehört zu werden, wenn eine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und der Regierung besteht. Bisher habe die Regierung gehandelt, als wenn die Ansicht des Volkes keine Bedeutung hätte. Das sei die Erfahrung aller Mitglieder der legislativen Versammlung und der Municipalitäten. Das Volk lebe in Furcht vor den Beamten. „Das ist ein Zustand, der schlimmer ist als der der unvernünftigen Tiere.“ Man müsse die Furcht aufgeben, um wieder Mensch zu werden. Die Bildung des furchtlosen Charakters sei eine der Hauptaufgaben Indiens. Die ungünstigen politischen Verhältnisse haben dazu beigetragen, daß Charaktere unter den Gebildeten heute selten seien. Charaktere aber werden nur gebildet auf religiöser Grundlage. „Das ist der Grundsatz meines Lebens, daß kein Werk irgendeines Mannes, wie groß er auch sein mag, wirklich Erfolg hat, es sei denn, es habe einen religiösen Hinter-

grund. Unter Religion verstehe ich nicht die, welche man erhält durch Lesen aller heiligen Schriften der Welt; sie ist nicht Sache des Verstandes, sondern des Herzens.“

Die erste Forderung der Charakterbildung ist Satyagraha oder Liebe zur Wahrheit. Dabei sei diese aber nicht im gewöhnlichen Sinne zu fassen; man müsse vielmehr sein ganzes Leben von der Wahrheit beherrschen lassen, man müsse Nein sagen, wenn man Nein meine, unbekümmert um die Folgen. Es gibt nur ein Wesen, das wir fürchten müssen, das ist Gott. An dieser Wahrheitsliebe fehle es noch viel in Indien. „Auf meinen Wanderungen durch das Land fand ich,“ so schreibt Gandhi, „daß das ganze gebildete Indien von einer paralysierenden Furcht befallen ist. Wir wagen es nicht, öffentlich unseren Mund zu öffnen. Wir hüten uns, unsere klaren Ansichten in der Öffentlichkeit auszusprechen. Wir halten bestimmte Ansichten, wir äußern sie im geheimen und tun und handeln danach innerhalb der Wände unseres Hauses, aber wir vertreten sie nicht öffentlich.“

Liebe zur Wahrheit ist eine Seelenkraft und steht als solche im Gegensatz zur Kraft der Waffen. „Beide, die Gewalt der Seele und die der Waffen, bestehen seit undenklichen Zeiten. Beide haben ihren Anteil an Lob gefunden in der anerkannten religiösen Literatur. Sie stellen dar die Kraft Gottes auf der einen und die Kraft des Teufels auf der andern Seite. Die indische Auffassung ist, daß es in diesem Lande eine Zeit gab, in der die Kräfte Gottes überwogen. Solch ein Zustand ist noch heute unser Ideal. Europa bietet eine deutliche Illustration für das Ueberwiegen der Kräfte des Bösen.“ Zu einer dieser beiden Waffen müssen wir greifen, wenn wir uns erheben wollen. Greifen wir nicht zu den friedlichen Waffen der Wahrheitsliebe, dann wird Gewalttätigkeit automatisch an ihre Stelle treten. Der Wahrheitsliebende fürchtet nur Gott und keine andere Gewalt. Furcht vor Königen kann ihn nie zwingen, den Weg der Pflicht zu verlassen.

Der Wahrheitsliebende kämpft für die Wahrheit bis zum Tode. „Darum ist es nicht leicht, für jeden, das Gelübde auf sich zu nehmen, und es geziemt sich für einen Wahrheitsliebenden, tolerant zu sein gegen die, welche sich ihm nicht anschließen. . . . In der Satyagraha hoffen wir die, welche uns entgegenstehen, durch Selbstleiden, d. h. durch Liebe zu gewinnen. Der Vorgang, durch den wir unser Ziel zu erreichen hoffen, ist, uns so zu benehmen, daß wir allmählich und unbemerkt den Widerstand entwaflnen.“

Mit den letzten Worten deutet Gandhi einen zweiten Punkt an, den er stets mit seiner Satyagraha verbindet: die Ahimsa, wörtlich das Nicht-Töten oder den passiven Widerstand. In seiner vollen Bedeutung beschreibt Gandhi diese in folgender Weise: „Ahimsa meint, daß man niemanden beleidigt, daß man nicht einmal unfreundliche Gedanken gegen den unterhält, der sich als unseren Feind ansieht. Für den, der die Lehre der Ahimsa befolgt, gibt es keinen Feind.“ Darum dürfen seine Anhänger keine politischen Morde vollbringen. Durch solche wird der Gegner nur noch mehr gereizt, und sie beslecken den Täter. „Aber wenn ihr nicht Vergeltung übt, sondern einfach auf eurer Ansicht besteht und die Schläge hinnehmt, und euch zwischen eure Ueberzeugung und euren Gegner stellt, was tritt dann ein? Ich verspreche euch, daß dann die ganze Gewalttätigkeit an euch ihre Kraft verliert und daß eure Ueberzeugung heilig bleibt.“

In den Rowlatt Bills sah Gandhi eine Tat, der gegenüber die Wahrheitsliebe angewandt werden müsse. „Der Schritt, den ich unternehme,“ so schreibt er in einer Mitteilung an die indische Presse, „ist vielleicht der bedeutendste in der Geschichte Indiens. Ich gebe meine Versicherung, daß er nicht leichtfertig unternommen wurde. Persönlich habe ich manche schlaflose Nacht darüber hingebracht. Ich habe mich redlich bemüht, die Stellung der Regierung richtig zu erfassen. Aber es ist mir unmöglich, eine Rechtfertigung für die außerordentlichen Gesetze zu finden. . . . Die Lesung hat mich zu Folgerungen gebracht, die denen der Regierung direkt entgegenstehen. Ich würde aus dem Regierungsbericht schließen, daß geheime Gewalttätigkeit sich nur in isolierten und ganz kleinen Teilen Indiens findet, und nur in einem mikroskopischen Teile der Bevölkerung. Das Bestehen solcher Menschen ist gewiß eine Gefahr. Aber der Erlass solcher Gesetze, die ganz Indien und sein Volk betreffen, die Erteilung von Vollmachten an die Regierung, die in gar keinem Verhältnis mit der zu behandelnden Lage stehen, ist eine größere Gefahr. Das Komitee hat die historische Tatsache vergessen, daß das indische Volk das sanfteste auf der Erde ist. . . . Man sieht jetzt leicht ein, warum ich die Gesetze als ein unzweifelhaftes Zeichen einer Krankheit betrachte, die tief im Körper der regierenden Stellen sitzt. Es ist notwendig, daß diese drastisch behandelt wird. Stürmische, heißköpfige Jugend, die ungeduldig geworden ist über den Geist der Gesetze und die Umstände ihrer Einführung, wird versuchen wollen, durch unterirdische Gewalttätigkeit die Heilung herbeizuführen. Die Gesetze müssen notwendig den Haß und den Widerwillen gegen den Staat vermehren,

wie die geschehenen Gewalttaten deutlich zeigen.“ Aber außer der Gewalt gibt es ein anderes drastisches Mittel, nämlich die strenge Durchführung seiner Idee der Wahrheitsliebe, und da alle anderen brauchbaren Mittel versagen, muß dieses angewandt werden.

Nach Gandhi rechtfertigten die Gesetze in sich bereits sein Vorgehen. Noch mehr glaubte er sich dazu verpflichtet, da sie im indischen Parlament gegen die geschlossene Mehrheit der eingeboren Vertreter des Volkes Annahme fanden, da man sich sorglos über die öffentliche Meinung des Volke hinwegsetzte und einer der englischen Vertreter sich sogar rühmte, daß man sich um die Minorität nicht zu kümmern brauche, um den Vorschlägen Gesetzeskraft zu geben.

Einige seiner Freunde rieten ihm von einem so einschneidenden Schritte ab. Gemäßigte Politiker, die es nicht mit der Regierung verderben wollten, warnten öffentlich, und unter diesen waren einige seiner besten Freunde. Aber Gandhi ließ sich nicht abhalten. Er antwortete: „Nur mit dem größten Kummer und Schmerz setze ich meine Meinung in Gegensatz zu ihren Wünschen. Aber es gibt Zeiten, wo man dem Rufe folgen muß, der der höchste von allen ist, d. h. der Stimme des Gewissens, obwohl dieser Gehorsam einem manche bittere Träne, ja mehr, Trennung von Freunden, von der Familie, von dem Staate, zu dem man gehört, schließlich von allem bedeutet, was einem teuer ist wie das Leben. Dieser Gehorsam ist das Gesetz unseres Daseins. Ich habe keine andere Entschuldigung für mein Handeln.“

„Das Ziel der Bewegung ist ohne Zweifel, durch die Tat der Regierung zu beweisen, daß ihre Autorität letztlich vom Willen des Volkes abhängt, und nicht von der Gewalt der Waffen.“ „Die Lehre von der Gewalt ist auf der Erde, irdisch, rein materiell, und kann keine Führerin sein für ein menschliches Wesen, das noch an das Dasein der Seele glaubt.“ Das sei der Unterschied zwischen den Zivilisationen des Abendlandes und der indischen, daß ersteres an die Lehre von der Gewalt als an den letzten Richter glaube, während der Indier den Sieg von der moralischen Kraft erwarte. Wir seufzen schwer unter Leiden, die wir vermieden hätten, wenn wir nicht von dem Wege abgewichen wären, den unsere alte Zivilisation uns vorgeschrieben hat. Ich hoffe daher, daß Hindus, Mohammedaner, Sikhs, Parsen, Christen und alle, die in Indien geboren sind oder Indien zu ihrer zweiten Heimat gemacht haben, sich dieser nationalen Bewegung anschließen und daß die Frauen denselben Anteil nehmen wie die Männer.“

XI. Die Kalifatbewegung.

G Schon vor dem Kriege hatte sich, wie wir bereits sahen, langsam eine Annäherung der Hindus und Mohammedaner auf politischem Boden vollzogen. Die Ueberzeugung, daß der Gegensatz zwischen den Anhängern beider Religionen schließlich nur der Fremdherrschaft zugute komme und zum Nachteile beider gereiche, hatte sich immer mehr durchgesetzt. Der Krieg brachte auch hier einen Fortschritt und schloß Hindus und Mohammedaner eng zusammen in ihrem Gegensatz gegen England.

Die Ursachen für das Erwachen der indischen Anhänger des Islams zum nationalen Bewußtsein sind in vielem dieselben wie bei den Hindus. Aber die Mohammedaner hatten noch ihre besonderen Gründe. Mehr noch als die Hindus fühlten sie die Zurücksetzung im Staatsdienst, namentlich in dem Heere. Viele der mohammedanischen Stämme sind kriegerischer Natur und betrachteten den Kriegsdienst als ihre eigene Aufgabe. Sie empfanden es bitter, daß die Offiziersstellen in der Armee ihnen verschlossen waren und daß sie unter Fremden dienen mußten.

Die Tatsache, daß der Krieg teilweise gegen die Glaubensgenossen in der Türkei sich richtete, hatte auch viel Unruhe unter sie gebracht. Schon am Anfange des Krieges gab es solche, die den Kampf gegen andere Anhänger des Islams als unpassend ansahen. Besonders waren es die beiden Brüder Mohammed und Schaukat Ali, die unter den Truppen Stimmung zu machen suchten. Aber die Regierung griff mit fester Hand zu und internierte die beiden Brüder und andere Unruhestifter bis zum Ende des Krieges. Aber trotz dieser Maßregeln blieb eine gewisse Mißstimmung zurück. Der Krieg brachte die mohammedanischen Soldaten mit ihren Glaubensbrüdern in anderen Teilen des Ententeheeres und in den Gefangenenlagern auch mit denen der Gegenseite in Berührung, und das stärkte das Solidaritätsgefühl, das bei den Anhängern des Islams so wie so schon sehr stark ist.

Was im Kriege unter der Oberfläche gegärt hatte, das kam nach dem Friedensschlusse zum Durchbruch. Den äußeren Anlaß dazu boten

die Nachrichten, die über die Friedensbedingungen lautbar wurden, die man der Türkei auferlegen wollte.

Solange Rußland von Asien aus den indischen Besitz zu bedrohen schien, war England ein Freund und Beschützer der Türkei gewesen, nicht aus Liebe zur ottomanischen Macht, sondern weil sie diese als ein Mittel zur Bekämpfung des Zarenreiches gebrauchen konnte. Das war anders geworden, seitdem Rußlands Macht nach dem japanischen Krieg nicht mehr so gefährlich war, und vor allem, seitdem die Türkei sich an Deutschland angeschlossen hatte. Jetzt änderte Großbritannien seine Politik. Als dann der Ausgang des Krieges die Türkei hilflos gemacht hatte, glaubte England die Zeit gekommen, daß es seine alten Pläne, sich neben dem Seewege auch den Landweg nach Indien zu sichern, ausführen könne. Dabei suchte man sich auf die Tatsache zu stützen, daß ein Teil des alten ottomanischen Reiches von Völkern bewohnt wird, die nicht Türken sind; zu diesen gehören vor allem die Araber. Darum hieß es in einer Veröffentlichung der Regierung von Madras an die indischen Mohammedaner: „Nur in Kleinasien ist die Bevölkerung selbst türkisch. In den übrigen Gegenden gibt es nur wenige oder, abgesehen von den Soldaten und Beamten, keine Türken. Keine dieser Gegenden hat unter der türkischen Herrschaft geblüht. Kleinasien, Syrien und Mesopotamien waren einst reiche und zivilisierte Länder. Heute sind sie arm und nur wenige Menschen leben in ihnen. Es gibt wenig Wege und Eisenbahnen oder Hospitäler. In Mesopotamien bestanden Bewässerungswerke, ehe die Türken kamen; aber die Türken haben die alten Werke nach ihrem Einzug nicht imstand gehalten noch neue hinzugefügt. Es besteht keine Einheit unter den Völkern. Das Volk hat nicht gelernt, mit den Nachbarn in Frieden zu leben oder seine Angelegenheiten selbst zu verwalten. Zwanzig Jahre vor dem Kriege war ein großer Teil Arabiens im Aufstande gegen die Türken und hat versucht, diese aus seinem Lande zu treiben. . . . Aus diesen Gründen war es unmöglich beim Friedensschluß mit der Türkei, das türkische Reich in seiner früheren Gestalt wieder herzustellen.“ Weiter heißt es dort: „Die Mohammedaner Indiens haben sicher ein besonderes Interesse an den Friedensbedingungen, die sich auf die Länder beziehen, die von den mohammedanischen Arabern bewohnt sind. Arabien soll vollständige Unabhängigkeit genießen. Für viele Generationen hat Arabien unter der schlechten Regierung der Türken gelitten. Es ist unvernünftig, zu verlangen, daß die Alliierten die Araber wieder unter die türkische Oberhoheit stellen, da die Araber von den Türken frei sein wollen und für die

Alliierten kämpften, um ihre Freiheit zu gewinnen. . . . Aus ähnlichen Gründen haben die Alliierten vor, Kurdistan, Palestina, Mesopotamien und Syrien von der türkischen Herrschaft zu befreien.“

Durch diese und viele andere schöne Reden von der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker ließen sich aber die Mohammedaner in Indien nicht irreführen. Sie sahen klar, was hinter diesen Worten stand: das egoistische Staatsinteresse Englands. Darüber täuschte sie auch nicht die Versicherung Großbritanniens, daß die Vormundschaft über die neuen Staaten nur für kurze Zeit dauern sollte. Solche Versprechungen hatte man früher auch in Indien gehört, und doch waren sie heute ganz vergessen. Die Anhänger des Islams in Indien erinnerten sich ferner, daß es früher eine Reihe unabhängiger Staaten gegeben habe, die ihrer Religion anhängen. So Persien, Marokko, in gewisser Beziehung Aegypten. Alle diese waren ins Nichts gesunken oder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt, seitdem europäische Staaten sich für diese Gebiete interessierten. In Nordafrika waren die islamischen Staaten verschwunden, Persien war ein Streitgegenstand zwischen Rußland und England geworden. Jetzt drohte auch dem letzten der mohammedanischen Staaten, der Türkei, daselbe Los. Das mußte die Mohammedaner Indiens erbittern, um so mehr, da ihre eigenen Herren die Urheber dieses Planes waren.

Daneben regte sich ein anderer Gedanke. Sollte in diesem allgemeinen Verfall der mohammedanischen Staaten nicht vielleicht Indien das Land sein, von dem eine Erneuerung der islamischen Staatsgewalt ausging? In seinen Grenzen wohnte eine große Zahl von Anhängern des Islams, mehr als in irgendeinem andern Staate. Diese standen auf einer höheren Kulturstufe als die der meisten übrigen mohammedanischen Länder. Vielleicht wäre es möglich, die benachbarten islamischen Länder in Asien in eine gewisse Abhängigkeit von Indien zu bringen und so eine südasiatische Konföderation zu gründen, die von Indien kommerzielle und kulturelle Anregungen empfinde. Ja man dachte daran, daß sich so im Laufe der Zeit ein mohammedanischer Staatenbund gründen ließe, der mehr als 100 Millionen Anhänger des Islams umfassen würde.

Ihren konkreten Ausdruck fanden die politischen Bestrebungen der indischen Mohammedaner in der sogenannten Kalifatbewegung.

Der Sultan der Türkei ist nicht nur Haupt des ottomanischen Reiches, sondern als Kalif auch das geistige Oberhaupt eines großen Teiles der islamischen Welt. Jeder Angriff auf seine politische Stellung ist darum auch ein Vergreifen an der Religion des Islams.

Diese Tatsache war von den Engländern in ihren politischen Erwägungen nicht genügend gewürdigt worden. Vergebens wiesen sie darauf hin, daß der Sitz der Kalifats im Laufe der Zeit sich wiederholt geändert habe, daß er von Medina nach Damascus, von dort nach Bagdhad und erst 1517 nach Konstantinopel gewandert sei. Vergebens erinnerten sie daran, daß die Mogulkaiser für sich den Titel des Kalifen beansprucht hätten, daß die Sekte der Schiiten den Sultan nicht als Kalifen anerkannten und daß auch die Araber nur einem Mitgliede ihres Volkes die höchste geistliche Stellung des Islams gewähren wollten. Auch nützte es den Briten nichts, daß sie die Mohammedaner auf die Tatsache aufmerksam machten, daß zu verschiedenen Zeiten in der Geschichte ihrer Religion mehrere Kalifate nebeneinander bestanden und die Herrschaft unter sich teilten, daß die jungen Türken eher Abendländer als strenge Mohammedaner seien, und daß sie im Jahre 1908 den Kalifen abgesetzt hätten.

Keiner dieser Gründe konnte die indischen Mohammedaner bewegen, von ihrem Eintreten für die Türken abzubringen; denn die Auffassung der Briten hatte eines übersehen, das Bestehen eines Panislamismus, der schon lange vor dem Kriege zwar nicht als eine Erhebung des Gesamtislams gegen Europa, aber in einer feineren und schwerer kontrollierbaren Form als eine Seelendisposition, eine zusammenschließende Tendenz gegenüber dem Vordringen der abendländischen Kultur die Anhänger der Lehre des Propheten zusammengebracht hatte. Schon lange vor dem Beginn des Völkerringens sah sich der Mohammedanismus vor das große Problem gestellt, wie er sich mit der modernen Kultur abfinde. Von der Lösung dieser Frage hing zum großen Teil seine Zukunft ab. Nachdem man lange dem Eindringen abendländischer Kultureinflüsse macht- und willenlos gegenübergestanden hatte, war, wie oft in solchen Fällen, eine Reaktion eingetreten. Ihren religiösen Sitz hatte diese in Mekka, dem heißersehten Ziele vieler Wallfahrer, die sich hier aus allen Ländern nach dem Ablauf des Mondjahres zusammenfinden. Von hier aus trugen die Pilger in ihre Heimat den Gedanken zurück, daß der Mohammedanismus ein einigendes Band für alle seine Gläubigen sein sollte. Träger eines mehr politisch gerichteten Panislamismus war der Hof von Konstantinopel, besonders seit der Zeit des Sultan Abdulhamid. Einer der Leitgedanken der Regierung dieses Herrschers war es gewesen, sich als Verteidiger der Interessen aller Muslims auszugeben. Zu diesem Zwecke hatte er sich bemüht, Vertreter seiner Religion aus der ganzen mohammedanischen Welt an seinen Hof zu

ziehen und durch sie auf die Glaubensgenossen in anderen Ländern einzuwirken. Unter den Jungtürken war dieser Gedanke nicht aufgegeben worden. Zwar sahen sie sich gezwungen, im ottomanischen Reiche die Christen als gleichberechtigt anzuerkennen, und begingen damit eine Inkonsequenz, an der ihr ganzes System litt. Aber auch sie betrachteten sich als die Beschützer aller mohammedanischen Interessen und wurden auch als solche anerkannt.

So ist es verständlich, daß die Friedensbedingungen von Sevres in Indien unter den Anhängern des Mohammedanismus große Aufregung hervorriefen. Gesteigert wurde diese noch durch die leidenschaftliche Sprache vieler englischen, französischen und amerikanischen Zeitungen und Zeitschriften, die eine radikale Lösung der türkischen Frage forderten und die Vertreibung der Türken aus Europa verlangten. Es dauerte daher nicht lange, bis die ganze öffentliche Meinung der Muslims Indiens für die Sache der Türken eintrat, nicht nur die Sunniten, sondern auch die Schiiten. Darüber waren alle einig, daß Konstantinopel, Thrazien und Kleinasien den Türken bedingungslos zurückgegeben werden müsse. „Es wäre ein grausamer Akt der Ungerechtigkeit,“ schreibt der Aga Khan, der Führer eines großen Teiles der Schiiten, „wollte man irgendeinen Teil dieses Gebietes mit Gewalt nehmen, um damit den Ehrgeiz eines anderen Volkes zu befriedigen.“ „Soweit Thrazien, Konstantinopel und das Heimatland der türkischen Rasse in Frage kommt, ist das gesamte mohammedanische Empfinden aller Klassen von oben bis unten absolut gegen irgendein Eingreifen irgendeiner Art in die Oberhoheit des Sultans.“ Ein anderer einflußreicher Mohammedaner schrieb: „Jeder Versuch, Konstantinopel den Mohammedanern abzunehmen, wird als ein unüberlegter Schlag angesehen, der von der Christenheit gegen den Islam geführt wird, und er wird die Stimmung der Mohammedaner gegen die Christen so verbittern, daß es für immer unmöglich sein wird, harmonische Beziehungen zwischen dem Osten und Westen wieder herzustellen. Diese Möglichkeit ist besonders für das britische Reich sehr gefährlich, da dieses seine Bedeutung als Weltmacht durch seine Herrschaft im Osten erhalten hat. Denn nicht nur die Mohammedaner Indiens werden unruhig und unzufrieden werden, sondern auch die kriegerischen Rassen, die die Nordwestgrenze bewohnen, und die Völker von Afghanistan, Khiva, Bokhara und Turkestan werden in eine Wut geraten, die für die Ruhe und den Frieden in diesen Teilen Asiens nur Böses ahnen läßt.“

Andere Mohammedaner gingen weiter. Nicht nur Thrazien,

Konstantinopel und Kleinasien müsse den Türken zurückgegeben werden, sondern der gesamte Umfang des ottomanischen Reiches vor dem Kriege. Jedenfalls soll dem Sultan ein Mandat über die neugeschaffenen Staaten übertragen werden. „Indische Mohammedaner,“ so sagt Muloi Rassi-ud-din Ahmad in einer in Bombay gehaltenen Rede, „wenden nichts dagegen ein, daß der Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker auf die Bewohner des Hedschaz, Syriens, Palestinas und Mesopotamiens angewandt werde. Aber die Provinzen, die die heiligen Stätten der Mohammedaner enthalten, sollten unter der Souveränität des Sultan bleiben. Die Provinzen sollten nicht aus dem Leibe des türkischen Reiches geschnitten werden und einer europäischen Macht das Mandat über sie gegeben werden.“ Was für Mekka und Medina gilt, das fordern andere auch für die übrigen neuen Reiche, die die Entente aus dem alten türkischen Reiche geschaffen hatte.

Die Kalifatbewegung hatte so die antienglische Bewegung auch in die Mohammedaner hineingetragen. Auch hier waren es nicht nur die Gebildeten, sondern die großen Massen, die von der England feindlichen Stimmung erfaßt wurden.

Ein kluger Führer, wie Gandhi, mußte einsehen, daß es von der äußersten Bedeutung war, die Mohammedaner für seine Bestrebungen zu gewinnen und die Stimmung der beiden großen Religionen Indiens für dasselbe Ziel einzusetzen. Das war nicht so leicht, als es den Anschein bot. Jahrhundertalte Vorurteile, die die Anhänger beider Religionen trennten, mußten aus dem Wege geräumt werden.

Mit großer Gewandtheit ging Gandhi ans Werk und er hatte bald die schönsten Erfolge. Was bis dahin keinem gelungen war, erreichte er in kurzer Zeit: Mohammedaner und Hindus reichten sich in Freundschaft die Hand zum gemeinsamen Kampfe um die Freiheit Indiens. Wie innig diese politische Freundschaft war, zeigen folgende Worte des einflussreichen Hindupolitikers Jannadas Dwarkadas, der in vielen Einzelfragen sonst mit Gandhi nicht übereinstimmte:

„Ich fühle tief mit unseren mohammedanischen Brüdern, die mit Recht sich über die Ungerechtigkeit des türkischen Friedensvertrages beklagen. Es ist ein Raubvertrag, darauf berechnet, die Ausichten der neubelebten islamischen Kultur zuschanden zu machen und die religiöse Politik des Islams vollständig zu zerbrechen. Für Mohammedaner ist die einzige Berechtigung ihres Daseins die Religion; und ihre Religion verpflichtet sie, die Integrität des Kalifates zu wahren.

Was nützt es, wenn die britische Regierung wiederholt mit toleranter Miene erklärt, daß die Lösung der Kalifatfrage eine mohammedanische sei? Wenn sie es in der Hand hat, den Kalifen seiner Würde zu berauben und ihm die Vormundschaft über die heiligen Stätten zu nehmen, dann macht sie sich eines Eingriffes in eine heilige Einrichtung schuldig, und es ist unehrlich, wenn sie scheinbar die Frage der Entscheidung den Mohammedanern überläßt. Solche Behauptungen des Nichteingreifens scheinen mir sehr unwahrhaftig, und ich kann den Schmerz der Muslime verstehen, wenn sie ohnmächtig die Entwürdigung einer vitalen Einrichtung ansehen müssen. Ich fühle es . . . , daß im Vertrag nicht nur eine offene Verletzung des Prinzips der Selbstbestimmung liegt, sondern auch der feierlichen Versprechungen von Lloyd George und Lord Hardinge, die neuerdings vom Premierminister als für die britische Nation bindend bekräftigt wurden. Abschluß von geheimen Verträgen, die gierige Sehnsucht nach dem Petroleum, die Habsucht unzuverlässiger Gläubiger, wie Griechenlands nach den Grausamkeiten von Smyrna, Unterstützung des Gegenseitigen unter den verschiedenen Stämmen, die angedrohte Einschüchterung des Königs von Syrien trotz des Kongresses von Damascus — all diese Dinge bilden ein häßliches Kapitel der europäischen Diplomatie. Die Muslime sind gewiß entrüstet, daß eine heilige Einrichtung zum Gegenstand des Sportes für imperialistische Habgier geworden ist. Alle Indier aber fühlen mit ihnen und es macht sie krank, daß ein so gemeiner Vertrag von humanitären Phrasen begleitet wird. Endlich zeigt sich in dem Vertrage die Drohung der vollständigen Ausbeutung aller asiatischen Völker. Die Androhung des Vasallentums und der Vorgeschnack davon, die in Afrika schon fast zur Vollendung gekommen sind, vermehren noch die Unwürdigkeit dieses Friedens. . . . Wie die Sache liegt, ist die Zerstückelung der Türkei durch die Mächte ein Verbrechen nach Art der Teilung Polens, nur werden die Wirkungen, wenn das Unrecht nicht wieder gutgemacht wird, noch verheerender sein.“ (Bombay Chronicle, Montag, 7. Juni 1920.)

XII. Die Bluttat von Amritsar.

Der Einfluß Gandhis zeigte sich bald überall in Indien. In Städten und Dörfern wurden Satyagrah-Tagungen abgehalten, in denen für sein Programm Propaganda gemacht und gegen die neuen Gesetze protestiert wurde. Die Art und Weise, in der diese „Hartals“ in Szene gesetzt werden, hat zwar etwas Sonderbares für unseren abendländischen Geschmack, konnte aber nicht verfehlen, auf die religiösen Indier einen tiefen Eindruck zu machen. Zunächst findet ein vierundzwanzigstündiges Fasten statt, angefangen von der letzten Mahlzeit am Abend bis zum Abend des folgenden Tages, genau so wie es bei religiösen Festen der Hindus und Mohammedaner beobachtet wird. Als Zweck gibt Gandhi an, daß das Fasten eine „Schulung in Selbstdisziplin“ und ein „geringes Zeichen der verwundeten Gefühle“ sei. Alle Arbeit ruht an diesen Tagen; nur das darf getan werden, was im öffentlichen Interesse unbedingt nötig ist. Märkte und Geschäfte bleiben geschlossen. In öffentlichen Versammlungen werden die Grundsätze der Bewegung dargelegt und neue Anhänger geworben.

Durch dieses dem orientalischen Geiste angepaßte Werbemittel gelang es, die Massen des Volkes zu gewinnen und den Geist des nationalen Erwachens bis in die untersten Volksschichten zu tragen.

Mohammedaner und Hindus gingen dabei Hand in Hand. Wie innig diese Verbrüderung war und wie tief die Ideen Gandhis in dem unerforschten Boden der indischen Volksseele Wurzel geschlagen hatten, das zeigte sich zum ersten Male, als für den 30. März 1919 ein Hartal für ganz Indien ausgeschrieben wurde, um die Mißbilligung des ganzen Landes gegenüber den Rowlatt-Gesetzen zu zeigen. Die Begeisterung, mit dem die Demonstration durchgeführt wurde, zeigte deutlich, daß das Volk die Pläne seines Führers billigte.

Aber die breiten Massen hatten nicht die philosophische Ruhe ihres Führers. Es kam zu Aeußerungen der Begeisterung, die weit über das hinausgingen, was Gandhi geplant hatte. Als die Regierung an einzelnen Orten mit Waffengewalt gegen die Demonstranten vorging, kam es zu argen Exzessen. In Ahmedabad, der zweitgrößten Stadt der Präsidentschaft Bombay, riß das Volk die Herrschaft an sich, mordete einige Europäer und Beamte der Re-

gierung, plünderte Geschäftshäuser und Privatwohnungen. Truppen mußten in die Stadt einrücken und mit Waffengewalt den Aufstand niederschlagen. Dabei wurden 28 der Aufständigen getötet und 123 verwundet. Zahlreiche Verhaftungen fanden statt, die die Gerichte für längere Zeit beschäftigten.

Schlimmer noch gestalteten sich die Verhältnisse im Pandschab. In Delhi, der neuen Hauptstadt Indiens, hatte das Militär einzugreifen, wobei fünf Personen, drei Hindus und zwei Mohammedaner, getötet wurden. Das gab das Signal zu weitausgedehnten Unruhen. Ein Trauertag für die „Martyrer“ von Delhi wurde ausgeschrieben. An vielen Orten verweigerte man der Regierung den Gehorsam, Eisenbahnen und Telegraphen wurden zerstört, öffentliche Gebäude und Wohnungen von Europäern niedergebrannt, die Weißen angegriffen und mehrere getötet. Zu den ärgsten Ausschreitungen kam es in Amritsar, der Stadt des goldenen Tempels, der zweitgrößten Stadt des Pandschabs, die die größten Heiligtümer der Sikhs in ihren Mauern birgt.

Hier hatte man am 30. März einen Hartal abgehalten, an dem die ganze Stadt sich beteiligt hatte. Am Abend des Tages wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der die lokalen politischen Führer ihren Zorn gegen die neuen Gesetze ausließen und Satyagrah predigten. Am 6. April fand ein zweites Hartal zu Ehren der in Delhi gefallenen Aufständigen statt. Wieder wurde eine Volksversammlung abgehalten. Aber es reizte das Volk, daß einigen ihrer beliebtesten Führer durch die Regierung ein Verbot, in der Versammlung zu sprechen, zugestellt worden war. Auf den 9. April fiel dieses Jahr das Fest Ram Naumi, das zweitgrößte Fest der Hindus im nördlichen Indien. Die bei dieser Gelegenheit stattfindende Prozession hatte in früheren Jahren oft Veranlassung zu Reibungen zwischen Mohammedanern und Hindus gegeben. In diesem Jahre aber wurde sie ein Verbrüderungsfest beider Religionen. Alles verlief in schönster Ordnung und Tausende von Anhängern der Religion des Propheten nahmen an den religiösen Aufzügen der Hindus teil. Der Erfolg dieser Demonstration war das Verdienst zweier angesehenen Hindus, die sich im Kampf gegen die Rowlatt-Gesetze hervorgetan hatten. Dadurch war ihre Popularität bedeutend gewachsen. Um so mehr mußte es das Volk reizen, als beide am Morgen des folgenden Tages von der britischen Regierung verhaftet und fortgeschafft wurden. Die Nachricht davon verbreitete sich mit Windeseile in der Stadt; zum Protest wurden sofort alle Geschäfte geschlossen. In

kurzer Zeit bildete sich auf den Straßen eine Volksansammlung, die sich anschickte, zur Amtswohnung des höchsten englischen Beamten zu ziehen, um die Freilassung der Führer zu verlangen. Bei einem Brückenübergang wurden die Massen von der Polizei und einer Militärtruppe aufgehalten. Man forderte sie auf, sich zu zerstreuen. Als dem nicht nachgegeben wurde, wurde das Feuer auf sie eröffnet. Kavallerie trieb die Menge auseinander, wobei zwei Personen getötet und einige schwer verletzt wurden. Dadurch geriet das Volk in Wut. Es ergoß sich über die Stadt, brannte die drei europäischen Banken, das Stadthaus, die Kirche der protestantischen Mission und das Haus der Bibelgesellschaft nieder und tötete drei europäische Bankangestellte und eine Dame, die als Ärztin bei der Mission angestellt war. Einer anderen Dame gelang es nur mit Mühe, ihr Leben zu retten. Vor den Toren der Stadt wurden ferner ein Angestellter der Post, einer der Eisenbahn und ein Soldat getötet und an den Güterbahnhof Feuer gelegt.

Die beiden nächsten Tage verliefen ruhig. Man begrub die Toten der beiden Seiten. Englische Truppen wurden herbeigezogen und die Stadt umstellt. Die Truppen standen unter dem Befehl des Generals Dyer, der die Regierung in seine Hand nahm, ohne daß der Ausnahmezustand erklärt worden wäre. Am Morgen des 13. erließ er eine Proklamation an die Bevölkerung. In dieser hieß es unter anderem: „Jedes Zusammensein von vier Mann wird als eine ungesetzmäßige Versammlung angesehen und behandelt und, wenn nötig, durch Waffengewalt auseinandergetrieben.“ Wie weit diese Verfügung der Bevölkerung bekannt wurde, läßt sich heute schwer feststellen.

Trotz des Verbotes wurde am Nachmittag auf einem offenen Platze der Stadt, dem Jallianwala-Bagh, eine Volksversammlung abgehalten. Der Ort der Zusammenkunft ist von allen Seiten von Häusern umgeben und nur wenige ganz enge Zugänge erlauben den Zugang zu ihm.

General Dyer wollte „ein Exempel statuieren“, um so mehr, da er glaubte, es handele sich nicht nur um einen isolierten Fall, sondern die Aufständigen ständen mit den Afghanen im Bunde, die um diese Zeit die indische Nordwestgrenze bedrohten. Als das Volk sich zu Tausenden zusammengefunden hatte, marschierte er mit seinen Truppen an, besetzte den einzigen etwas weiteren Zugang zum Versammlungsort und eröffnete, ohne eine Warnung zu geben, auf die eingesperrte Menge das Feuer und ließ nicht eher nach, bis seine Munition zu Ende ging.

Ueber den Vorgang schreibt der entschiedene Verteidiger der englischen Herrschaft in Indien Sir Valentine Chirol: „Man kann sich das Schreckliche kaum vorstellen, wenn man nicht wirklich einmal auf dem Jallianwalla-Bagh — früher ein Garten, aber heute ein leerer offener Platz, der oft zu Volksfesten und öffentlichen Versammlungen benutzt wird, etwa von der Größe des Trafalgar-Plazes — gewesen ist. Er ist fast vollständig von Mauern eingeschlossen, hinter denen sich die Rückseiten der Häuser der Eingeborenen erheben, deren Vorderseiten in die engen Gassen der Stadt schauen. Ich kam zu diesem Platze durch dieselbe enge Gasse, durch die auch General Dyer mit seinen Soldaten eingerückt war, nachdem er erfahren hatte, daß dort eine große Volksversammlung stattfindet, von denen sicher viele seiner Proklamation zum Trost, aber auch viele ohne Kenntnis derselben sich eingefunden hatten. Ich stand auf derselben Erhöhung, auf der auch er stand, als er ohne ein Wort der Warnung aus einem Abstände von ungefähr 100 Ellen das Feuer auf die dicht gedrängte Menge eröffnete, die sich namentlich in den tiefer und mehr entfernt gelegenen Teilen des eingeschlossenen Plazes um eine Plattform versammelt hatte, von der aus Reden gehalten wurden. Er schätzte die Menge auf 6000, andere auf 10000 und mehr. Die Leute waren praktisch unbewaffnet und ganz ohne Verteidigungsmöglichkeit. Die vom Schrecken ergriffene Menge löste sich sofort auf. Aber trotzdem unterhielt er für zehn Minuten ein unbarmherziges Feuer auf diese siedende Masse von Menschen, im ganzen 1650 Runden. Das Volk war wie Ratten in einer Falle gefangen, es stürmte vergebens nach den wenigen engen Ausgängen oder warf sich flach auf den Boden, um dem Kugelregen zu entgehen, den der General persönlich immer dorthin richtete, wo die Masse am dichtesten war. Die „Zielscheibe“, um seinen Ausdruck zu gebrauchen, war gut, und als er am Ende dieser zehn Minuten, da er seine Munition fast erschöpft hatte, seine Truppen auf demselben Wege abmarschieren ließ, hatte er nach den offiziellen Zahlen, die die Regierung erst Monate später gezwungen bekannt gab, 379 getötet und ungefähr 1200 verwundet auf dem Platze gelassen, um die er sich nicht im geringsten kümmerte, da das nicht seine Aufgabe sei, wie er sich ausdrückte.“

Zwei Tage nach diesen Ereignissen wurde das Kriegsgesetz proklamiert, „und dann folgte ein Kapitel der Tyrannei und Unterdrückung, zu dem es wohl kaum eine Parallele in der Geschichte der zivilisierten Welt gibt“. (Modern Review, January 1920, S. 70.) Verhaftungen wurden in großer Masse vor-

genommen und die Verhafteten gefesselt abgeführt. Das Kriegsgericht arbeitete summarisch und fällte seine Urteile ohne längere Untersuchungen; zu den gewöhnlichsten Strafen gehörte die Auspeitschung in der Deffentlichkeit. Jeder, der die StraÙe benutzen mußte, in der die Europäer ermordet wurden, mußte auf allen Vieren von einem Ende bis zum anderen kriechen.

Durch diese drastischen Maßregeln wurde der Aufstand zwar unterdrückt, aber eine furchtbare Wut war in den Herzen des Volkes entfacht und eine tiefe Kluft gegraben zwischen der weißen und farbigen Rasse, die so bald nicht überbrückt werden wird. Der 13. April 1919 wird ein schwarzer Tag in der Geschichte der englischen Herrschaft über Indien bleiben, dessen Folgen noch nicht zu übersehen sind. Für Generationen wird er in den Erzählungen der Indier eine blutige Rolle spielen und den Haß gegen die Fremdherrschaft immer wieder aufs neue zur furchtbaren Flamme ansachen.

In kurzer Zeit drang der Bericht von den Amritsar-Greuelthaten bis in die entlegensten Dörfer. Den antienglischen Wanderrednern gaben sie den Auftakt zu ihren revolutionären Reden, wenn sie die Dorfbewohner unter dem heiligen Baume versammelten, um sie gegen die Regierung aufzureizen. Mit Schauern lauschte das Volk den oft übertriebenen Schilderungen, und es bedurfte nicht mehr vieler Worte, um dem phantasiereichen Volke klar zu machen, daß von England keine Rettung zu erwarten sei. Hier straste sich der Lügenseldzug Englands gegen Deutschland. Man hatte früher den Indiern klargemacht, daß man einen grausamen Feind bis aufs Blut bekämpfen müsse. Schlimmer als Amritsar konnten die Greuel, die man den Deutschen nachsagte, nach der Ansicht der Indier nicht sein.

Die britische Regierung erkannte bald, in welche Lage sie durch das blinde Vorgehen ihres militärischen Vertreters geraten war. Sie suchte zu beschwichtigen und ließ sich herbei, einige der Maßregeln öffentlich zu mißbilligen. Auch die Londoner Regierung suchte Del in die Wunden zu gießen. Aber vergebens.

Die öffentliche Meinung in Indien forderte eine genaue Untersuchung der Vorgänge und Bestrafung der schuldigen Offiziere. Aber ein halbes Jahr verstrich, ehe die Regierung sich entschloß, eine Kommission unter dem Vorsitze Hunters zur Klarlegung der Sache einzusetzen. Eine mächtige Partei, die zwar augenblicklich nicht in der Regierung war, aber doch nach dem sprichwörtlichen Umschwung des Pendels eines Tages wieder zur Herrschaft im Parlamente kommen mußte, hielt ihre schützende Hand über den angegriffenen General und billigte

vollständig sein Vorgehen. All das war wenig geeignet, den Sturm zu beschwichtigen.

Für Gandhi bestand jetzt kein Zweifel mehr, daß eine Regierung, die solche Dinge zuließ und beschönigte, wirklich „satanisch“ sei. Kein Indier dürfe mit ihr zusammenarbeiten, ehe sie eine „vollständige Sinnesänderung“ zeige. Diese Phrase hatte er auch von den Engländern gelernt. Im Kampf gegen die Deutschen wurde immer wiederholt, daß ein Verhandeln mit dem Feinde nicht möglich sei, solange Deutschland nicht eine volle Sinnesänderung an den Tag lege. „Es ist besser, auf den Wegen Gottes zu sterben, als auf denen des Satans zu leben“, schrieb Gandhi um diese Zeit. „Wer immer sich überzeugt hat, daß diese Regierung die Tätigkeit des Teufels darstellt, für den bleibt kein anderer Weg, als sich von ihr vollständig zu trennen.“

XIII. Die Reformen von 1920.

Während die im vorigen geschilderten Vorgänge sich abspielten, hatten die Vorschläge Montagus die Londoner Regierung beschäftigt und zu einer neuen Verfassung Indiens geführt, die im Januar 1921 in Kraft treten sollte.

Die wesentlichen Punkte dieser Reformen, die die heutige Verfassung von Indien bilden, sind folgende:

Das britische Indien wird für Verwaltungszwecke in 15 Provinzen eingeteilt. Jede derselben hat ihre getrennte Regierung oder Verwaltung. In acht der Provinzen, nämlich den drei Präsidenschaften von Madras, Bombay und Bengalen, den vereinigten Provinzen von Agra und Audeh, dem Pandschab, Behar und Orissa, den Zentralprovinzen und in Assam, besteht die Regierung aus einem Gouverneur, einem ausführenden Rat von nicht mehr als vier Mitgliedern und zwei oder mehr Ministern. Burma soll im Laufe der Zeit ähnlich verwaltet werden. In den übrigen sechs Provinzen wurde keine Aenderung in der Verwaltung eingeführt. Sie stehen jede unter einem Chief Commissioner, der technisch ein Agent der Zentralregierung ist. Die Reformen beziehen sich also nur auf die acht zuerst genannten Provinzen.

In diesen setzt sich jetzt die Regierung aus zwei Körperschaften zusammen, deren Bindeglied die Person des Gouverneurs ist. Die eine Körperschaft ist der Gouverneur mit seinem ausführenden

Rat. Alle Mitglieder derselben werden vom König ernannt. Die von ihnen verwalteten Gegenstände werden als die „reservierten“ bezeichnet. Die andere besteht aus dem Gouverneur, der auf den Rat der Minister hin verfügt. Diese Minister werden vom Gouverneur ernannt und sind im Amte, solange es ihm gefällt. Sie müssen aus der Zahl der gewählten Mitglieder der gesetzgebenden Provinzialversammlung gewählt werden. Die von ihnen verwalteten Gegenstände werden die „übertragenen“ genannt. Als „reservierte“ Gegenstände wurden die bezeichnet, mit denen die Aufrechterhaltung von Frieden und Ordnung und einer guten Regierung notwendig verbunden ist. Alles Ahrige, mehr mit dem täglichen Leben Verbundene und die Interessen des Volkes Berührende fällt unter die „übertragenen“ Gegenstände. Zu diesen gehört das Erziehungswesen und der Unterricht der Eingeborenen, die lokale Selbstverwaltung, Handel und Landwirtschaft. Die reservierten Gegenstände stehen unter einer Verwaltung, die wie bisher der Zentralregierung verantwortlich ist, während die übertragenen in der Hand von Eingeborenen liegen, die der gesetzgebenden Versammlung verantwortlich sind. Auf diese Weise sollte es erreicht werden, daß die Indier einen Anteil an der Verwaltung ihres Landes erhielten.

Ein wichtiger Schritt zur Durchführung dieser Bestimmungen war die Verwandlung der gesetzgebenden Körperschaften in eine solche, die wirklich die Meinung des indischen Volkes darstellt. Dazu wurde in ganz Indien das Wahlrecht an ungefähr fünf Millionen männliche Wähler verliehen. Die Einführung des Frauenstimmrechts wurde den einzelnen Provinzen freigestellt. Die Wählerschaft ist so geordnet, daß in den einzelnen Provinzen den verschiedenen Rassen, Kommunitäten und besonderen Interessen getrennte Vertretung gegeben ist. So wählen in Bengalen die Nicht-Mohammedaner 46, die Mohammedaner 39, die Europäer 5, die Eurasier 2, die Grundbesitzer 5, die Universität 1 und die Vertreter des Handels und der Industrie 15 Kandidaten, im ganzen also 113. Fast alle Wahlkreise sind auf einer Territorialbasis aufgebaut, d. h. alle zu einer Gruppe gehörenden Wähler eines Bezirkes wählen einen Vertreter für das Parlament. Größere Städte bilden einen Wahlkreis für sich selbst. In der Stadt Kalkutta wählen die Nicht-Mohammedaner 6 und die Mohammedaner 2 Kandidaten. Die Bedingungen zur Wahlberechtigung sind von Provinz zu Provinz etwas verschieden. Im allgemeinen aber beruht die Befähigung zur Wahl auf dem Besitz, der gemessen wird durch die Land-, Einkommen- oder Gemeindesteuer. In allen Provinzen jedoch können

pensionierte Offiziere und Soldaten der regulären Armee wählen, auch wenn sie nicht das entsprechende Einkommen haben.

Die Rechte der gesetzgebenden Versammlung beziehen sich namentlich auf die Verwendung der Finanzen der Provinz. Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben müssen jedes Jahr der Versammlung vorgelegt werden. Diese hat dann darüber abzustimmen, ob sie dieselben billigt oder nicht. Sie kann zustimmen oder zurückweisen, einzelne Ausgaben streichen oder kürzen. Dabei gelten folgende Beschränkungen: a) Der Gouverneur darf gegen die Bestimmung der Versammlung handeln, wenn er glaubt, daß eine Ausgabe wesentlich sei für die Erfüllung der reservierten Ausgaben. b) Der Gouverneur darf ohne Rückfrage an die Versammlung Gelder bewilligen, die er in einem Notfalle für die Sicherheit und Ruhe einer Provinz oder für die Verwaltung einer Abteilung der Regierung für unbedingt nötig hält. c) Die Versammlung hat nicht das Recht, selbständige Vorschläge über die Verwendung der Einkünfte zu machen. Ausgenommen von der Abstimmung sind von vornherein: die Zahlungen der Provinzialregierungen an die Zentralregierung, Zinsen und Abtragungen von Anleihen, Ausgaben, die durch ein Gesetz vorgeschrieben sind, Gehälter und Pensionen für solche Beamte, die vom König oder vom Staatssekretär für Indien ernannt oder bestätigt werden, die Gehälter der Richter an den höchsten Gerichten und das des Generalstaatsanwalts. In Streitfragen, ob ein Posten vor die Versammlung gehört oder nicht, ist die Entscheidung des Gouverneurs endgültig.

In der Maschinerie der Verwaltung durch den Gouverneur ist keine wesentliche Aenderung eingetreten. Entscheidungen über reservierte Gegenstände werden wie früher im Räte desselben durch Stimmenmehrheit gefällt, wobei es allerdings dem Haupte der Regierung freisteht, in besonderen Fällen seine Räte zu überstimmen. Für alle diese Entscheidungen bleibt wie bisher der Gouverneur dem Staatssekretär für Indien und dem englischen Parlamente verantwortlich. In einigen Fragen hat er das Recht, seinen Willen auch gegen den Widerstand der gesetzgebenden Versammlung durchzusetzen. Aber wegen des jetzt notwendigen Zusammenarbeitens mit den eingeborenen Ministern und mit der gewählten Versammlung ist es wohl sicher, daß die Regierung es nicht leicht zu einem solchen Gegensatz kommen lassen wird, obwohl ihr das gesetzliche Recht zusteht.

Bezüglich der „übertragenen“ Materien ist dagegen ein wesentlicher Unterschied gegen früher eingetreten. Hier ist die Kontrolle vom englischen Parlament auf die indische Wählerschaft übergegangen.

Die einzelnen Gegenstände sind in verschiedene Gruppen zusammengefaßt, deren jede durch einen Minister vertreten wird. Dieser ist dem Provinzialparlament verantwortlich. Letzteres kann, mit den oben angegebenen Beschränkungen, das Einhalten einer gewissen Politik fordern, indem es einem Minister sein Vertrauen entzieht, wenn dieser nicht seinen Wünschen entspricht. Die Zusammensetzung des Parlaments hängt von der Wählerschaft ab, die durch den Stimmzettel bestimmen kann, welche Politik befolgt werden soll. Dabei bleibt allerdings bestehen, daß nicht die Minister allein handeln können, sondern nur zusammen mit dem Gouverneur, und dieser hat das Recht, einen Gegenstand aus den übertragenen in die der reservierten hinüberzunehmen, wenn er es für die Ruhe und Sicherheit der Provinz für nötig hält.

Eine sehr schwierige Frage ist es, wie die Einkünfte der Provinz zwischen den beiden Klassen von Gegenständen verteilt werden sollen. Eine genaue gesetzliche Bestimmung ist darüber nicht getroffen. Man will die Entscheidung dem gesunden Menschenverstand und einem gerechten Ausgleich überlassen. Aber es ist vorauszusehen, daß hier viele Reibungen sich ergeben werden, um so mehr, da die reservierten Gegenstände vollständig der gesetzgebenden Versammlung entzogen sind, ebenso wie die erste Aufstellung des Budgets.

In der Zentralregierung für ganz Indien wurden nur wenige Aenderungen eingeführt. Den Reformen lag der Grundsatz zugrunde, daß deren Struktur vorläufig unverändert bleiben solle, bis das Experiment der Selbstregierung in den einzelnen Provinzen sich bewährt hätte. Die einzige Reform betrifft die gesetzgebende Körperschaft. Diese besteht jetzt aus zwei Kammern, dem Council of State und der Legislative Assembly. Erstere, eine Art Oberhaus, besteht aus 60 Mitgliedern, von denen 26 von der Regierung ernannt und der Rest gewählt wird. Das Unterhaus, besteht aus 144 Mitgliedern, von denen 40, darunter 26 Beamte, von der Regierung ernannt werden. Der Präsident des Oberhauses wird von der Regierung ernannt, der des Unterhauses ist für die erste Sitzungsperiode ernannt, darf aber später gewählt werden. Die Wählerschaft für das Unterhaus ist nach denselben Grundsätzen festgesetzt wie die für die Provinzialparlamente, aber das Einkommen muß ein bedeutend höheres sein und die Wahlbezirke sind größer. Jede Provinz hat eine bestimmte Zahl von Sitzen zu besetzen. Ähnlich ist es bezüglich des Oberhauses. Aber hier können nur solche Personen als Kandidaten auftreten, die außer den angegebenen Bedingungen sich durch solche Eigenschaften

auszeichnen, die auf Erfahrung in der Verwaltung schließen oder höhere geistige Fähigkeiten erkennen lassen. Als solche gelten frühere Mitgliedschaft einer der gesetzgebenden Körperschaften, das Innehaben höherer Aemter in der Verwaltung oder an Universitäten, der Besitz von Auszeichnungen für indische klassische Wissenschaft und Literatur.

Die Vollmachten der beiden Körperschaften sind im allgemeinen dieselben wie die der Provinzialparlamente. Aber es besteht doch ein wesentlicher Unterschied. In der Zentralregierung wurde bis jetzt kein Versuch gemacht, verantwortliche Minister einzuführen. Darum bleibt die Verantwortlichkeit beim Vizekönig und durch diesen beim Staatssekretär für Indien und dem englischen Parlament.

Der Vizekönig und die Mitglieder seines Rates werden wie bisher von der Krone ernannt. Die Zeit der Amtsführung ist gesetzlich nicht festgelegt, beträgt aber nach langer Sitte nicht mehr als fünf Jahre. Die Zahl der Räte beträgt sieben. Jedem derselben ist ein Portfolio zugeteilt, das er nach Art der Staatsminister verwaltet. In seinem Gebiete ist der Minister die höchste Autorität. Aber in wichtigeren Fragen und namentlich dann, wenn eine Entscheidung einer Provinzialregierung umgestoßen werden soll, ist ein Rekurs an den Vizekönig nötig, ebenso wenn über eine Frage, die mehrere Minister betrifft, zwischen diesen keine Einigung erzielt werden kann. Auf Verlangen eines Ministers, dessen Entscheidung vom Vizekönig nicht gebilligt wurde, muß die Sache in einer Sitzung des Kabinetts zur Abstimmung vorgelegt werden. Der Vizekönig behält aber auch dann freie Hand, wenn er die Sache für so wichtig hält, daß er gegen den Rat der Mehrzahl seiner Minister vorgehen zu müssen glaubt.

Von großer Wichtigkeit für die Ausführung der Reformen war es, festzustellen, was Sache der Provinzialregierung ist und was der Zentralregierung zufällt. Eine genaue Liste legt dieses fest, insofern die Zentralregierung in Frage kommt. Alles nicht Genannte bleibt den Provinzen überlassen. Die wichtigsten Gegenstände sind: Die Verteidigung Indiens und alles, was mit den Streitkräften zu Land, Wasser und in der Luft zusammenhängt; alle äußeren Beziehungen, einschließlich des Aufenthalts von Ausländern und der Naturalisierung derselben, ebenso Wallfahrten außerhalb Indiens; die Beziehungen zu den Eingeborenenstaaten; die Verkehrswege, Eisenbahnen, gewisse Trambverbindungen, Luftverkehr; Schiffsverkehr, Leuchttürme, Quarantäne, wichtigere Häfen; Post, Telegraph, Telephon, drahtlose Telegraphie; Zoll, Einkommensteuer, Salzsteuer und einige andere allgemeine Steuern; Geldwesen; die öffentliche Schuld Indiens; Spar-

kassen; Handel, einschließlich Bankwesen und Versicherung; bürgerliches Gesetz; Handelsgesellschaften; Kontrolle der Entwicklung der Produktion und der Industrie, wenn eine solche im Interesse des ganzen Landes als notwendig erscheint; Kontrolle der Darstellung und des Verkaufes von Opium; von Petroleum und Sprengkörpern; geologische, botanische und zoologische Erforschung des Landes; zentrale Forschungsinstitute; kirchliche Verwaltung und Friedhöfe für Europäer; Archäologie; Meteorologie; Strafgesetz; Zensus und Statistik; allgemeine Polizei.

Bezüglich des India Office wurden nur geringe Änderungen getroffen, die wir hier nicht näher auführen wollen.

XIV. Passiver Widerstand.

Die Kalifatbewegung einerseits und die Aufregung über die Ereignisse im Pandschab andererseits gaben dem politischen Leben Indiens im Jahre 1920 das Gepräge.

Auf einer Konferenz der Kalifatbewegung im November 1919 war Gandhi mit dem Vorschlag an die Mohammedaner herangetreten, seine Methoden des passiven Widerstandes auch für die Forderungen der Anhänger des Islams anzuwenden. Er wies darauf hin, daß, wenn die Regierung nicht nachgäbe, es nötig sei, die Verbindung mit ihr zu brechen und daß darin Hindus und Mohammedaner gemeinsam vorangehen müßten. Daraufhin wurde eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Hindus und den Gläubigen des Islams beschlossen. An der Spitze der Mohammedaner standen dabei die beiden Brüder Ali, die inzwischen aus ihrer Haft entlassen worden waren.

Der Plan des passiven Widerstandes (Non-cooperation) reifte jetzt immer mehr im Geiste Gandhis. Für den 19. März 1920 schrieb Gandhi einen Hartal für ganz Indien aus als Zeichen des Protestes gegen das Unrecht, das der Türkei zugefügt werde. Solche, die ein hohes Amt im Dienste der Regierung bekleideten, sollten es niederlegen und ihre Verbindung mit der englischen Herrschaft trennen. Etwas später gab Gandhi seinem Plan eine noch konkretere Form. Die Trennung von der englischen Regierung sollte sich in vier Stufen vollziehen: Die erste sollte die Resignation von Titeln und Ehrenämtern sein. Dann sollte man alle Regierungsämter niederlegen, nur

die Polizei und die Soldaten sollten im Amte bleiben. Als dritter Schritt sollten dann auch die Polizisten und Soldaten ihren Dienst versagen. Der letzte Schritt sollte die Verweigerung der Steuern an die Regierung sein.

Ein Komitee des Nationalkongresses hatte einen Bericht über die Vorgänge im Pandschab veröffentlicht, der überoll mit Erbitterung gelesen wurde. Auch die Regierung hatte eine Untersuchungskommission eingesetzt, deren Bericht Ende Mai veröffentlicht wurde. Die Indier hatten erwartet, daß das Ergebnis der letzteren mit ihrem eigenen Bericht im wesentlichen übereinstimmen und daß die Pandschabregierung scharfen Tadel finden würde. Aber sie sahen sich enttäuscht. Obwohl die Zentralregierung vieles an dem Vorgehen der Beamten und Soldaten tadelte, ging sie den Indiern doch nicht weit genug. Vor allem aber waren es viele der Reden, die im englischen Unter- und Oberhause bei der Besprechung des Berichtes gehalten wurden, die die Erbitterung aufs höchste steigerten. Viele, die bis dahin nicht den Mut gefunden hatten, sich an Gandhi anzuschließen, fanden jetzt den Weg zu ihm. Ihr Vertrauen zur englischen Regierung war tief erschüttert, und sie sahen nur einen Weg der Rettung, da eine Erhebung mit den Waffen in der Hand ausgeschlossen war. Dieser war Gandhis passiver Widerstand. England hatte nach ihrer Auffassung die großen Grundsätze mit Füßen getreten, für die man angeblich gegen Deutschland gekochten hatte. Der einzige, der daran festhielt und sie selbstlos aufrecht hielt, war für sie ihr Führer Gandhi. Dieser verstand es, den psychologischen Augenblick zu benutzen. Darin erschütterte ihn auch nicht der Widerstand, den er von gemäßigteren Hindus fand.

Gandhi sagte im Juli 1920 sein Programm in dem Worte „Swaradsch“ zusammen, d. h. Selbstregierung, ohne im einzelnen näher zu bestimmen, worin diese bestehen solle. An erster Stelle meinte er wohl damit die Selbstbeherrschung, die Herrschaft des Geistes über die Materie im weitesten Sinne, dann aber auch politische Selbstregierung nach Art der Dominions auf demokratischer Grundlage. Ob innerhalb oder außerhalb des englischen Reiches, darüber enthielt sein Programm noch nichts. Das konnte jeder selbst hineinlesen, oder es konnte durch die Entwicklung der Dinge bestimmt werden.

Für acht Monate hatte Gandhi für sein Programm Propaganda gemacht und die Stimmung im Lande vorbereitet. Im Herbst des Jahres glaubte er so weit zu sein, um an die praktische Ausführung gehen zu können. Auf einer besonderen Sitzung des Nationalkongresses

in Kalkutta im September schlug er vor, mit dem Widerstand zu beginnen. Trotz des Einspruches gemäßigterer Politiker wurden seine Gedanken von der Mehrheit angenommen und ein Komitee zur Ausführung eingesetzt.

Die wichtigsten Beschlüsse der Kalkutta-Konferenz waren:

„Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß in der Kalifatfrage sowohl die indische als die kaiserliche Regierung es ganz auffällig an der Pflichterfüllung gegenüber den Mohammedanern in Indien fehlen ließ, und daß der Premierminister mit vollem Bewußtsein sein feierlich gegebenes Wort gebrochen hat, mit Rücksicht ferner darauf, daß es die Pflicht jedes nichtmohammedanischen Indiers ist, seinem mohammedanischen Bruder zu helfen, das über ihn gekommene religiöse Elend zu heben, mit Rücksicht ferner auf die Tatsache, daß bezüglich der Ereignisse im April 1919 die beiden genannten Regierungen es in größlicher Weise unterlassen haben, das unschuldige Volk des Pandschab zu beschützen und die schuldigen Offiziere wegen ihres unmilitärischen und barbarischen Benehmens zu bestrafen, sondern statt dessen Sir Michael O'Dwyer, der erwiesenermaßen (direkt oder indirekt) die größte Schuld an den offiziell begangenen Verbrechen trägt und für die Leiden der unter ihm stehenden Bevölkerung kein Gehör hatte, von aller Schuld freisprachen, ferner, daß die Debatte im englischen Parlament und namentlich im Oberhause einen traurigen Mangel an Sympathie mit dem indischen Volke zeigte und den systematischen Terrorismus und die Schreckensherrschaft im Pandschab unterstützte, und endlich daß die letzte Verlautbarung des Vizekönigs gar keine Spur von Reue über das dem Kalifat und dem Pandschab getane Unrecht zeigt, aus all diesen Gründen ist der Kongreß der Ansicht, daß in Indien kein Friede bestehen kann, ohne daß das angegebene Unrecht wieder gutgemacht wird und daß das einzige Mittel zur Rettung der nationalen Ehre und zur Vermeidung einer Wiederholung ähnlicher Ungerechtigkeiten in der Zukunft die Errichtung des Svaradsch ist.

„Der Kongreß ist ferner der Meinung, daß für das indische Volk kein anderer Weg offen steht, als der, eine fortschreitende Politik eines nichtgewalttätigen passiven Widerstandes zu billigen und zu verfolgen, und zwar so lange, bis das Unrecht wieder gutgemacht und Svaradsch eingeführt ist.

„Der Anfang soll von den Klassen gemacht werden, die bisher die öffentliche Meinung in Indien gestaltet und vertreten haben. Da nun die Regierung ihre Macht über das Volk durch Verleihung von

Titeln und Ehren, durch Schulen, die sie kontrolliert, durch Gerichtshöfe und gesetzgebende Versammlungen befestigt, . . . so rät der Kongreß,

1. auf alle Titeln und Ehrenämter zu verzichten und keine Ernennungen zu Aemtern in den örtlichen Behörden anzunehmen;
2. nicht an öffentlichen Empfängen, Durbars oder andern offiziellen und halböffentlichen Funktionen teilzunehmen, die von Regierungsbeamten oder zu deren Ehre abgehalten werden;
3. langsam die Jugend aus den Schulen und Kollegien zu ziehen, die der Regierung gehören, von ihr unterstützt oder kontrolliert werden, und an Stelle solcher Schulen und Kollegien nationale Schulen und Kollegien zu errichten;
4. daß Rechtsanwälte und streitende Parteien langsam die britischen Gerichtshöfe boykottieren, und daß man private Schiedsgerichte einrichte zur Beilegung privater Streitfälle;
5. daß Soldaten, Unterbeamte und Arbeiter sich weigern, in Mesopotamien Dienste anzunehmen;
6. daß die Kandidaten für die neuen gesetzgebenden Versammlungen ihre Kandidatur zurückziehen, und daß die Wähler keinem ihre Stimme geben, der trotzdem sich als Kandidaten aufstellen läßt;
7. daß man fremde Waren boykottiere."

Dieser letzte Punkt fand eine wichtige Ergänzung in folgender Entschließung:

"Da die Bewegung der Non-cooperation als eine Maßregel der Selbstdisziplin und des Opfergeistes, ohne die kein Volk wirklichen Fortschritt erzielen kann, aufgefaßt wird, und da im Anfang der Bewegung jedem Mann, jeder Frau und jedem Kinde eine Gelegenheit zur Betätigung dieses Opfergeistes und dieser Selbstdisziplin geboten werden soll, rät der Kongreß zur Annahme von Swadeschi im großen Stil mit Bezug auf Kleiderstoffe. Da aber die mit indischem Kapital arbeitenden und von Indiern kontrollierten Spinnereien nicht genügend Faden und Tuch liefern können, und auch für längere Zeit wahrscheinlich nicht dazu imstande sind, rät der Kongreß, kräftig dahin zu arbeiten, daß größere Mengen im Lande hergestellt werden, indem man die Kunst des Handspinnens in jedem Hause wieder belebt und das Handweben bei den Millionen der Weber wieder erstehen läßt, die ihren alten und ehrenwerten Beruf aus Mangel an Förderung aufgegeben haben."

Auf dem regelmäßigen Kongreß in Nagpur in den Weihnachtstagen 1920 wurden diese Beschlüsse approbiert und in einigen

Einzelheiten noch genauer gesagt. Als Begründung wurde angegeben, daß „die bestehende Regierung das Vertrauen des Landes vollständig verloren habe“ und daß alle anderen bis jetzt angewandten Methoden „fehlgeschlagen hätten, um eine gehörige Anerkennung ihrer Rechte und Freiheiten zu erzielen und das große und schwere ihnen angetane Unrecht wieder gutzumachen“. Derselbe Kongreß wies darauf hin, daß der Verzicht auf die mehr freiwillig unternommenen Beziehungen zur Regierung, die im obigen Programm angegeben sind, nur der erste Schritt der Bewegung sei, und daß man unter Umständen bereit sei, weiterzugehen, bis schließlich zur Verweigerung der Steuern. In der Verfassung des Kongresses wurde ferner eine wichtige Aenderung vorgenommen. Als wichtigstes Ziel der Arbeiten wurde hingestellt: die Erreichung des Swaradsch für das indische Volk durch alle gesetzmäßigen und friedlichen Mittel. Dieser Entschluß war deshalb bedeutungsvoll, weil er die Worte „innerhalb des britischen Reiches“, die früher im Programm standen, wissentlich fortließ. Auch war das Wort „konstitutionelle Methoden“ durch ein anderes ersetzt, das eine weitergehende Auslegung zuließ. Bedeutungsvoll war es auch, daß man sich entschloß, Komitees zur Förderung der Bewegung im ganzen Lande zu organisieren, nicht nur in den Städten, sondern auch auf den Dörfern. So sollte das ganze Volk erfaßt werden und der Gedanke des passiven Widerstandes überall Boden fassen. Um die Bewegung zu finanzieren, wurde ein „Tilak-Erinnerungs-Fond“ gegründet.

Gandhi und die übrigen Führer seiner Partei erwarteten nicht, daß diese neuartigen Vorschläge gleich im ganzen Lande von allen befolgt werden würden. Dazu waren sie viel zu klug und zu gediegene Menschenkenner. Aber sie hofften, daß immerhin eine bedeutende Zahl von solchen sich finden würden, die dieses Programm sich zu eigen machten. Wenn man die Politik Gandhis genauer studiert, sieht man deutlich, wie er das Volk langsam zu erziehen versucht. Schritt für Schritt geht er voran, aber folgerichtig. Erst die Sátyagraha, dann die Ahimsa, dann der passive Widerstand, und auch dieser nicht gleich auf einmal in vollem Umfang, sondern erst das Leichtere, dann das Schwerere und dieses nur, wenn er sicher ist, daß es auch ausführbar ist. Die Anfangsgedanken erweitern sich immer mehr und greifen immer einschneidender in das politische Leben ein. Um zu bewirken, daß seine Gedanken nicht nur oberflächlich erfaßt werden, sondern tief eindringen und zur Ueberzeugung sich gestalten, für die man bereit ist, Opfer zu bringen, umgibt er

sie mit einem religiösen Zeremoniell. Dazu dienen die Hartals mit Fasten und Gebet. Dabei muß es jedem seiner Anhänger zum Bewußtsein kommen, daß es sich um eine ernste Sache handelt. Gleichzeitig übt er sie durch das Betätigen des Opfergeistes und der Selbstdisziplin für die schwierige Ausführung der Ideen ein.

Man hat Gandhi von englischer Seite oft vorgeworfen, daß er die Erfüllung seiner Pläne innerhalb eines Jahres vorausgesagt habe, und hat dann höhnisch darauf hingewiesen, daß er sich darin getäuscht habe. Diese „Prophezeiungen“ des indischen Führers sind aber nur bedingungsweise gemacht. Wenn das ganze indische Volk bis zum letzten Mann die Vorschläge des passiven Widerstandes sofort treu ausführen würde, würden die Engländer sicher bald in eine sehr heikle Lage kommen, wie einige von ihnen auch anerkannt haben. Gandhi kennt indessen seine Landsleute zu gut, um so etwas zu erwarten. Aber er weiß, daß seine Ideen ihre Früchte tragen werden, wenn auch nicht alle Hoffnungen sich sofort erfüllen.

Ueber die Erfolge der Bewegung ist es schwer, genaue Zahlen anzugeben. Folgendes läßt sich mit einiger Sicherheit sagen: Die Aufforderung, englische Titel und Ehrenstellen abzulegen, die übrigens der Kongreß von Nagpur nicht wiederholt hatte, fand nur wenig Hörer. Das war vorauszusehen, da die Träger der Würden meistens aus solchen bestanden, die sich schon früher der Regierung durch besondere Loyalität empfohlen hatten. Titel und Ehrenämter waren in Indien fast immer nicht eine Belohnung für besondere Verdienste um das Land, sondern für der Regierung geleistete Dienste.

Mehr als 900 Rechtsanwälte legten ihr Amt nieder und ungefähr 2600 private Schiedsgerichte wurden gegründet. Für das große Land ist diese Zahl nicht sehr erheblich, aber bei den schwierigen Verhältnissen, denen sich diejenigen aussetzten, die ihr Amt aufgaben, doch immer beachtenswert und groß genug, um eine Störung der bestehenden Lage der Dinge zu veranlassen.

Bezüglich der Schulen haben wir eine Feststellung des Vizekanzlers der Universität von Kalkutta, der im September 1921 im Senat erklärte: Während im Juli 1920 die vom Staat kontrollierten Schulen, die mit der Universität in Kalkutta in Verbindung standen, 210936 Schüler hatten, war ihre Zahl ein Jahr später auf 163787 gesunken, 23 Prozent hatten also die Staatschulen verlassen. An den Universitätskollegien betrug die Zahl der Studenten im September 1920 10492 und im März darauf nur 6121. Bei den Schulen und Kollegien zeigte sich aber bald, daß es nicht so leicht war, nationale Ersatz-

schulen und -universitäten zu schaffen, als man sich anfangs gedacht hatte. Das hielt viele Eltern ab, ihre Kinder aus den guten bestehenden Anstalten fortzunehmen, wenn sie auch mit Gandhi gleichen Sinnes waren. Manche Schüler und Studenten kehrten nachher auch zu den Staatsanstalten zurück, als sie fanden, daß die schnell geschaffenen Ersatzmittel ihnen nicht das boten, was sie erwarteten. Eines bleibt aber sicher, daß der Gedanke des passiven Widerstandes unter der Jugend zahlreiche und begeisterte Anhänger hatte und daß die große Mehrzahl derselben auf seiten Gandhis stand.

Die Sammlung für den Tilak-Gedächtnis-Fonds schritt gut voran. Bis zum Juli waren zehn Millionen Rupien gesammelt. Sie wurden zum Teil benutzt, um eine neue Organisation, die der „National Volunteers“ zu gründen und zu unterhalten. Die Aufgabe derselben sollte es sein, die Ausführung der Kongreßbeschlüsse im ganzen Lande durchzuführen. Ueberall wurden arbeitsfähige und energische Leute gewonnen, die sich dieser Aufgabe widmeten, und bald war das ganze Land bis in die abgelegensten Dörfer von dieser Organisation umspannt, die Hindus und Mohammedaner umfaßte.

Der Boykott europäischer Waren wurde von sehr vielen streng durchgeführt. Vor allem galt das von der Verwendung europäischer Stoffe. Gandhi hatte gesagt: „Nach jahrelangem tiefen Nachdenken über die Sache bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß wir das Gelübde der Swadeschi nur in bezug auf unsere Kleider, baumwollene, seidene oder wollene, ablegen können. Selbst darin werden wir im Anfang viele Schwierigkeiten haben, aber das ist eigentlich nur zu natürlich. Dadurch, daß wir fremde Kleider vorgezogen haben, begingen wir ein schweres Verbrechen. Wir haben dadurch eine Beschäftigung vernichtet, die an Bedeutung für unser Land nur hinter der der Landwirtschaft steht. . . . Der Sinn der von mir angeregten Swadeschibewegung ist, daß wir Buße tun wollen für dieses unser Vergehen, daß wir die fast vernichtete Kunst des Handwebens wieder zu neuem Leben erwecken, und daß wir entschlossen sind, die Millionen von indischen Rupien, die wir jedes Jahr für das erhaltene Tuch fortsenden, im Lande zu behalten.“ Als seine Freunde ihn darauf aufmerksam machten, daß im Lande nicht genügend Tuch vorhanden sei, antwortete er, daß sicher nicht alle Indier seinen Vorschlägen folgen würden, daß aber das vorhandene Tuch genüge für die, welche sich ihm anschließen. Wenn die Zahl wachse, würde man Zeit gefunden haben, die Produktion zu vermehren. Auch empfahl er größte Einfachheit in der Kleidung und ging darin mit gutem

Beispiele voran, indem er sich auf das Allernotwendigste und Einfachste beschränkte. Von seinen Anhängern erwartete er, daß sie ein Gelübde ablegten, für das er folgende Formel vorschlug: „Vor Gott als meinem Zeugen verspreche ich, daß ich von heute ab mich für meinen persönlichen Gebrauch mit Tuch begnüge, das in Indien hergestellt wurde, und zwar von indischer Baumwolle, Wolle oder Seide. Ich werde mich vollständig des fremden Tuches enthalten und alles fremde Tuch in meinem Besitze vernichten.“

Bald sah man überall im Lande das alte Spinnrad wieder in Tätigkeit. Als Kopfbedeckung diente vielen eine einfache Kappe aus weißem Tuch, die das charakteristische Zeichen der Anhänger Gandhis wurde. Sie war bald eine der gewöhnlichsten Kopfbedeckungen Indiens in weiten Teilen des Landes. Einige englische Firmen versuchten, ihren Angestellten das Tragen derselben zu verbieten, aber sie hatten keinen Erfolg. Die besseren Frauen erschienen bald nicht mehr in der alten malerischen seidenen Tracht, sondern sie trugen einfache Kleider, die in den Dörfern hergestellt waren. So unglaublich es auch klingt, alle alten Vorräte von eingeführten Kleidern wurden verbrannt. Auf öffentlichen Plätzen wurden große Feuer gemacht, wohin die Vorräte geschleppt wurden. Man wandte sich an Gandhi mit dem Hinweis, daß es doch besser sei, das Tuch den Armen zu geben. Er aber antwortete, daß es besleckt sei und darum besser den Flammen übergeben werde. Er glaubte, daß das Verbrennen einen tieferen Eindruck auf die Masse machen werde und den Geist des Widerstandes tiefer eindringen lasse.

Die Wirkungen dieses Vorgehens machten sich im englischen Handel bald bemerkbar. Der Manchester „Textile Mercury“ gab an, daß der Export an Tuch nach Bombay, Kalkutta und Madras im Jahre 1921 nur ein Fünftel des Betrages von 1918 betragen habe und in Burma nur ein Sechstel.

Neben dem Boykott der fremden Tuche setzte bald auch der der Schnapschenken ein. Diese wurden von der Regierung an die Meistbietenden veräußert und bezogen ihre Waren von der Regierung. So wurden sie eine reiche Einnahmequelle für diese. An allen diesen Schenken wurden Wachtposten aufgestellt, zu denen sich oft Indier aus den besten Kreisen anboten. Diese versuchten die Besucher mit gütigem Zureden und oft auch mit Gewalt fernzuhalten. Natürlich protestierten die Inhaber der Schenken und suchten die Hilfe der Polizei. Als diese eingriff, kam es an vielen Orten zu Aufständen und zur Bestrafung der Wachen. Diese verteidigten sich nicht vor

Gericht, getreu den Grundsätzen der Ahimsa, sondern erlitten ihre Strafe als Märtyrer für die gute Sache und wurden als solche von ihren Landsleuten angesehen.

Die Boykottbewegung zeigte deutlich, daß es Gandhi gelungen war, einen ganz bedeutenden Teil seiner Landsleute auf seine Seite zu ziehen. Namentlich auf die Jugend, einschließlich der akademischen, und die großen Massen übte er eine bezaubernde Wirkung aus, der nichts widerstehen konnte.

Weniger klar, aber noch immer deutlich genug zeigte sich dieser Einfluß auch bei der Beteiligung an den Wahlen, die im Laufe des Jahres 1921 zum ersten Male für die neuen Parlamente gehalten wurden. Wir haben oben gesehen, daß der Kongreß von Nagpur die Parole der Wahlenthaltung für die Indier ausgegeben hatte. Ein großer Teil der Wähler befolgte diesen Rat. Genaue Zahlen stehen mir leider nicht zur Verfügung. Dabei ist zu beachten, daß das Wahlrecht nur einem relativ geringen Teil der Bevölkerung zufiel. Von den 330 Millionen des indischen Volkes waren nur 6200000 Personen in den Wahllisten eingeschrieben; d. h. $2\frac{2}{3}\%$. Das Ergebnis der Wahlen kann also nur über die Ansichten dieses Bruchteils ein Urteil erlauben. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man behauptet, daß bei weitem die größere Zahl derjenigen, die nicht zur Wahl berechtigt waren, Anhänger der Lehre Gandhis sind.

XV. Das erste indische Parlament.

Am 9. Februar 1921 wurde das neue Parlament, das durch die Reformen von 1919 geschaffen wurde, feierlich eröffnet. Um die Feierlichkeit zu erhöhen, war der Duke of Connaught, der Bruder Eduards VII., nach Indien gekommen. Der anfängliche Plan, die Versammlung durch den englischen Thronfolger eröffnen zu lassen, war später aufgegeben worden, aus „Gesundheitsrücksichten“, wie es hieß, sicher aber nur wohl deswegen, weil man die politische Lage für zu gefährlich hielt.

In der Eröffnungsrede gab der Vizekönig, Lord Chelmsford, einen Ueberblick über die Entwicklung der demokratischen Idee in Indien. Seine Worte sind bezeichnend einerseits für die Geschmeidigkeit der englischen Politik, die den Forderungen der Indier ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen schien und jetzt eine Sprache fand, die noch vor wenigen Jahren unmöglich gewesen wäre, andererseits für die Gewandtheit, mit der man unliebsamen weitergehenden Forderungen auszuweichen versuchte.

„Die Kräfte, welche zur Einführung dieser Reformen führten,“ hieß es da, „gewannen beständig an Kraft und Umfang. Das Verlangen der gebildeten Indier nach Anteilnahme an der Verwaltung ihres Landes wurde immer drängender. Dieses Verlangen konnte keine genügende Befriedigung innerhalb des Rahmens der Morley-Minto-Reformen finden. Zwar gab diese Verfassung den Indiern weitreichende Gelegenheit zum Ausdruck ihrer Ansichten, und sie vermehrte bedeutend die Möglichkeit, die Politik der Regierung und die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zu beeinflussen. Aber dabei fehlte vollständig das Element der Verantwortlichkeit. Die letzte Entscheidung ruhte in allen Fällen bei der Regierung, und die Councils hatten keine andere Vollmacht als die der Kritik. Das Prinzip der Autokratie, wenn auch in gemäßigter Form, wurde noch aufrechterhalten, und der Versuch, es mit konstitutionellen Formen des Westens zu verbinden, konnte nur für kurze Zeit das Bedürfnis nach einem Neubau auf wesentlich verschiedener Grundlage hinauschieben. So war die Lage, die sich meiner Re-

gierung im Jahre 1916/17 entgegenstellte. Die Folgerung, zu der wir gelangten, war die, daß die britische Politik einen neuen Ausgangspunkt, eine andere Orientierung suchen mußte. Ein weiterer Fortschritt auf dem Boden der Morley-Minto-Reformen war ausgeschlossen. Diese Entwicklungsbahn war bis zur äußersten Möglichkeit ausgebaut worden und die einzige noch mögliche weitere Aenderung dieses Systems hätte nur darin bestehen können, daß die Befehgebung und Verwaltung einer unabsehbaren Exekutive vollständig von einem gewählten Parlament abhängig gewesen wäre. Das aber hätte zu einer verhängnisvollen Stockung der Geschäfte geführt. Die Exekutive wäre für die Verwaltung des Landes verantwortlich geblieben, ohne aber die Macht zu haben, die zur Erfüllung dieser Verantwortlichkeit notwendigen Mittel sich zu verschaffen. Die Lösung dieser Schwierigkeit, die sich uns empfahl, ist in ihren Grundsätzen in der Erklärung niedergelegt, die die Regierung Seiner Majestät in voller Uebereinstimmung mit uns im August 1917 abgab. Durch diese Erklärung wurde die allmähliche Einführung selbstregierender Einrichtungen im Hinblick auf die schrittweise Verwirklichung einer demokratischen Regierung als das Ziel hingestellt, nach der die Regierung Seiner Majestät gerichtet war. Es ist immer das Ziel der britischen Regierung gewesen, eine größere Verbindung des indischen Volkes mit der Arbeit der Regierung herzustellen. In diesem Sinne führt eine zusammenhängende Linie von der Verfassung von 1861 bis zur Erklärung von 1917. In ihrer tiefsten Bedeutung ist die letztere nur die jüngste und bedeutendste Neußerung dieser Tendenz, die sich durch die ganze englische Verwaltung zieht. Aber es gibt Aenderungen dem Grade nach, die einer solchen der Art nach gleichkommen, und die jetzige Aenderung ist eine derartige. Zum ersten Male wurde das Prinzip der Autokratie, das bei allen vorigen Reformen nicht vollständig aufgegeben wurde, endgültig verlassen. Auf die Auffassung der britischen Regierung als einer wohlwollenden Despotie wurde ganz verzichtet, und an ihre Stelle wurde die einer führenden Autorität gesetzt, deren Aufgabe es sein soll, die Schritte Indiens auf den Weg zu führen, der es in der Fülle der Zeit zur vollen Selbstregierung innerhalb des Imperiums bringen soll. In der bis zur Erfüllung dieser Aufgabe verstreichenden Zwischenzeit sollen gewisse Vollmachten der Aufsicht und, wenn nötig, des Einschreitens beibehalten werden.“

Nach der Ansprache des Vizekönigs verlas der Duke of Connaught eine Botschaft des Königs. Darin hieß es: „Für Jahre, ja für Gene-

rationen haben patriotische und loyale Indier von Swaradsch für ihr Mutterland geträumt. Heute habt ihr den Anfang des Swaradsch innerhalb meines Imperiums und den weitestgehenden Spielraum und umfangreiche Möglichkeiten für den Fortschritt zu jener Freiheit, der meine anderen Herrschaftsgebiete sich erfreuen.“

Anschließend an diese Worte machte der Herzog von Connaught einige persönliche Bemerkungen. „Seitdem ich in Indien gelandet bin, sah ich überall Verbitterung und Entfremdung zwischen denen, die einst Freunde waren und es noch sein sollten. Der Schatten von Amritsar hat sich lang ausgedehnt über das schöne Antlitz Indiens. Ich weiß, wie tief Seine Majestät der König-Kaiser betroffen ist durch das schreckliche Kapitel der Ereignisse im Pandschab. Keiner bedauert diese Ereignisse mehr als ich. Ich habe ein Lebensalter erreicht, in dem es mein innigster Wunsch ist, Wunden zu heilen und diejenigen wieder zu vereinigen, die getrennt sind. . . . Meine Erfahrung sagt mir, daß Mißverständnisse gewöhnlich Fehler auf beiden Seiten voraussetzen. Als alter Freund Indiens bitte ich alle, Briten und Indier, zugleich mit der toten Vergangenheit auch alle Fehler und Mißverständnisse der Vergangenheit zu begraben, zu verzeihen, wo ihr zu verzeihen habt, und sich die Hand zu geben und zusammenzuarbeiten, um die Hoffnungen zu verwirklichen, die der heutige Tag erweckt.“

Einige Tage nach der feierlichen Eröffnung des indischen Parlaments begannen die regelmäßigen Sitzungen. Da kein Anhänger der Partei Gandhis gewählt worden war und nur Gemäßigte an den Sitzungen teilnahmen, war zu erwarten, daß die Verhandlungen sich in ruhiger Form abspielen würden. Die Regierung legte es auch offenkundig darauf ab, jeden ernststen Konflikt zu vermeiden und überall das größte Entgegenkommen zu zeigen. Man hoffte offenbar so, den Keil zwischen den Gemäßigten oder Liberalen, wie sie genannt wurden, und den Extremen noch tiefer zu treiben und den letzteren den Agitationsstoff aus der Hand zu nehmen.

Tatsächlich verliefen die Verhandlungen auch ohne größere Störungen. Die englischen Zeitungen wußten nicht genug die politische Reife der Volksvertreter zu rühmen, die sie in Gegensatz zu dem Verhalten der Anhänger Gandhis setzten. Dabei vergaß man aber, daß die „Gemäßigten“ jetzt Forderungen stellten und eine Sprache redeten, wie sie vor dem Kriege selbst ein Tilak nicht gewagt hatte, und daß die Milde der Regierung diesen Forderungen gegenüber nur durch das energische Auftreten der Extremen erzwungen war.

Wie weit heute die gemäßigten Politiker in Indien gehen, zeigten deutlich die ersten Verhandlungen des indischen Parlamentes. Die allererste Forderung, die zur Verhandlung stand, war die auf Abschaffung der Rowlatt-Gesetze, der Deportationsverfügungen von 1818, des neuen Preßgesetzes und der übrigen Zwangsmaßregeln, die man in letzter Zeit gegen die Indier angewandt hatte.

Die Unruhen im Pandschab und das Verhalten der Regierung während derselben beschäftigte das Parlament für längere Zeit. Die indischen Parlamentarier verlangten von der britischen Regierung eine feierliche Erklärung, daß in der Verwaltung Indiens das Prinzip vollständiger Rassengleichheit gelte, ferner daß sie ihr Bedauern darüber ausspreche, daß bei der Anwendung der Kriegsgesetze im Pandschab von dieser Gleichheit abgewichen worden sei, daß abschreckende Strafen über die dabei beteiligten englischen Offiziere verhängt würden, und daß den Familien der bei dem Jallianwala Bagh Getöteten eine entsprechende Entschädigung ausbezahlt werde. Die Regierung ließ sich herbei, einzugestehen, daß „unverzeihliche Irrtümer“ in Amritsar begangen wurden, und verpflichtete sich, in Zukunft eine Wiederholung solcher Handlungen, „die einen Makel auf die Anwendung der Kriegsgesetze im Pandschab geworfen hätten“, mit allen Mitteln zu vermeiden. Auch versprach sie Unterstützungen für die Familien der Getöteten.

Bezüglich der indischen Armee wurde im neuen Parlament gefordert, daß ihr Zweck nur die Verteidigung Indiens sein dürfe, und daß sie außerhalb des Landes nur dann verwendet werden solle, wenn es sich um die Verteidigung des indischen Reiches handle. Die Zahl der Engländer im indischen Heere müsse reduziert werden. Daneben solle eine Territorialtruppe gebildet werden, deren Mitglieder nur kurze Zeit im Gebrauch der Waffe geschult würden.

Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich, daß selbst die Gemäßigten eine schnellere Entwicklung zum Zustande der Dominions verlangten, als es die Regierung in den Reformen vorgesehen hatte. Es wurde beschlossen, dem Staatssekretär mitzuteilen, daß die bestehende Verfassung möglichst bald, jedenfalls vor der von der Regierung geplanten Zeit einer Revision zugunsten der indischen Freiheit unterworfen werde. Die ursprünglichen Vorschläge der gemäßigten Indier hatten noch mehr verlangt, aber durch einen Vermittlungsvorschlag von Seiten der Vertreter der Regierung begnügte man sich mit dieser abgeschwächten Forderung.

In ähnlicher Weise wurden eine Reihe indischer Forderungen im Parlament zur Sprache gebracht. Ueberall ließen die Verhandlungen erkennen, daß ein neuer Geist in Indien eingezogen ist und daß man nicht länger gewillt war, sich von London aus am Gängelbände führen zu lassen. Und doch waren es nur die „Freunde Englands“, mit denen es die britische Regierung hier zu tun hatte. Darum kann man nicht umhin, daran zu zweifeln, ob die Worte der Anerkennung, die die Regierung den Parlamentariern spendete, wirklich ernst gemeint waren. Ihr Ziel war nicht so sehr, die Zufriedenheit mit dem Verhalten der Gemäßigten auszudrücken, als die Extremen ins Unrecht zu setzen und ihnen die Massen abspenstig zu machen.

Im April des Jahres 1921 war die Amtsperiode des Lord Chelmsford abgelaufen. In einem dem Parlamente vorgelegten Berichte der Regierung über seine Amtszeit heißt es: „Als er im Jahre 1916 das Amt übernahm, litten die gebildeten Klassen schwer unter gewissen Beschwerden, die bitter empfunden wurden. Die Stellung Indiens in der Reichsgemeinschaft war eine unklare. Denn während auf der einen Seite die Haltung einiger Dominions gegenüber seinen Söhnen ihm den Stempel der Inferiorität aufzudrücken suchte und die letzten Ziele der britischen Regierung nicht deutlich sichtbar waren, waren auf der anderen Seite die inneren Angelegenheiten vom Standpunkt der gebildeten Klassen aus kaum mehr zufriedenstellend. Die Söhne Indiens waren aus Rassegründen des Vorrechtes beraubt, Waffen tragen zu dürfen; sie konnten keine Offiziersstellen erhalten; ihre Stellung in der Beamtschaft des Imperiums war unbedeutend. Die Morley-Minto-Reformen hatten es nicht fertig gebracht, ihnen eine wirkliche Macht in der Beeinflussung der Exekutive zu geben. Um 1921 aber, nach fünf angestrengten Jahren, hatte sich das Bild ganz verändert. Seit 1917 war Indien ein Mitglied der Imperial Conference. Die Namen seiner Vertreter stehen unter dem Friedensvertrag von Versailles. Es ist ein selbständiges Mitglied des Völkerbundes. Einer seiner Vertreter spielte eine bedeutende Rolle in der Delegation des britischen Reiches auf der Entwaffnungskonferenz zu Washington. Die selbstregierenden Dominions haben mit einer einzigen Ausnahme seiner neuen Stellung innerhalb der Reichsgemeinschaft zugestimmt, wo es nicht länger ein Schutzgebiet ist, sondern eine Schwesternation auf dem Wege zu voller Gleichheit mit den anderen Mitgliedern. Diese geänderte Lage hing ab von einer bedeutungsvollen Erklärung über das Ziel der englischen Politik, einer Erklärung, die sich direkt aus den Arbeiten

des Lord Chelmsford und des Herrn E. S. Montagu ergab. Die Zukunft Indiens innerhalb des Imperiums blieb nicht länger unklar. Es sah vor sich eine Zeit, in der es als eine Einheit nach Art der Dominions eine verantwortliche Regierung besitzen würde. Es war daran, ein fortschrittliches Programm durchzuführen, das direkt zur Selbstregierung führt und ihm unendliche Möglichkeiten des Fortschrittes eröffnet. Zum Zeichen der geänderten Lage wurden viele der Anomalien, die so bittere Gefühle auslösten, aus der Welt geschafft. Der Schandfleck der Rasse wurde aus dem Waffengesetz entfernt. Indische Soldaten wurden zu Offizieren befördert. Indische junge Leute werden an einem indischen militärischen Kolleg für Sandhurst erzogen. In territorialen Einheiten erhalten indische Burschen die Schulung, die sie zur Verteidigung ihres Landes befähigt. In industrieller und erzieherischer Beziehung wurde beständiger und wesentlicher Fortschritt gemacht, während lokale Selbstverwaltung sich sichtbar entwickelte. Kurz, innerhalb von fünf Jahren hat sich das Antlitz Indiens erneuert.“

Zum Nachfolger Chelmsfords wurde Lord Reading ernannt, der für lange Jahre die Stelle des obersten Richters in England bekleidet hatte und einer angesehenen Londoner jüdischen Kaufmannsfamilie entstammt.

Schwere Aufgaben warteten seiner, als er im April 1921 in Bombay landete.

Gandhi und sein Anhang waren nicht untätig geblieben. Die Freundschaft zwischen den Extremen und den Mohammedanern war eine immer engere geworden, wie sich namentlich in den ersten Monaten des Jahres 1921 deutlich zeigte. Den Bemühungen der Gebrüder Ali war es gelungen, die mohammedanische Bevölkerung bis in die untersten Schichten für die Sache Gandhis zu gewinnen. Wie weit dabei wirkliche Begeisterung für das Programm des Führers der Hindus eine Rolle spielt, ist schwer zu sagen. Jedenfalls waren beide Klassen sich einig in der Abneigung gegen die Engländer und die englische Regierung, und fanden darin eine gemeinsame Plattform. Ohne sein Programm im einzelnen zu prüfen, schworen die großen Massen auf den Mahatma, der für sie das Ideal eines freiheitsliebenden Bewohners Indiens war. Selbst die Gemäßigten, die die Ziele Gandhis bekämpften, konnten nicht umhin, die Macht seiner Persönlichkeit anzuerkennen. Dadurch verloren ihre Darlegungen bei der großen Masse ihre Zugkraft, und eine energische Agitation gegen die Anhänger des passiven Widerstandes wurde sehr erschwert.

Trotz seines beständig wachsenden Einflusses hielt Gandhi an dem Programm der Vermeidung gewaltsamer Mittel fest, und er wiederholte beständig seine dringenden Mahnungen, sich vor der Anwendung roher Gewalt zu hüten. Es ist aber nicht zu verwundern, daß die ungebildeten Massen, die ihm anhängen, sich nicht immer zu der Höhe seiner Auffassung erschwingen konnten. Namentlich in den Kreisen der mohammedanischen Anhänger Gandhis konnten sich viele nur schwer mit der maßvollen Art des Kampfes abfinden, und manche Ansprachen der Gebrüder Ali klangen viel kriegerischer als die milden Reden des Mahatma. Das reizte die englische Regierung, die schon lange auf eine Gelegenheit wartete, gegen die Bewegung einzuschreiten.

Kurz nachdem Lord Reading sein Amt angetreten hatte, kam durch Vermittlung einiger Politiker eine Zusammenkunft zwischen dem neuen Vizekönig und Gandhi zustande. Der Inhalt dieser längeren Besprechungen, in denen die Führer der beiden sich entgegenstehenden Parteien ihre Meinungen austauschten, ist nicht bekannt geworden. Aber einige Tage darauf wurde folgende Erklärung der Gebrüder Ali veröffentlicht: „Freunde haben unsere Aufmerksamkeit auf gewisse Reden gelenkt, die nach ihrer Ansicht die Tendenz haben, zu Gewalttätigkeiten aufzureizen. Wir wünschen festzustellen, daß wir nie den Wunsch hatten, zur Gewalt aufzureizen, und daß es uns nie in den Sinn kam, daß einige Stellen unserer Reden die ihnen gegebene Erklärung zuließen. Wir wollen aber die Kraft der Gründe und der Auslegung unserer Freunde anerkennen. Es tut uns daher sehr leid und wir bedauern das unnötige Feuer einiger Stellen in diesen Reden, und wir geben öffentlich das Versprechen und die Versicherung, für alle die, die es wünschen, daß wir, solange wir mit der Bewegung der Non-cooperation verbunden sind, weder direkt noch indirekt, weder jetzt noch in der Zukunft die Gewalt anrufen, noch eine Atmosphäre der Bereitschaft zur Gewalt schaffen wollen. Tatsächlich glauben wir, daß das dem Geiste des passiven Widerstandes entgegensteht, dem wir unser Wort gegeben haben.“

Diese Erklärung machte für einige Augenblicke viele der extremsten Anhänger der Bewegung kopfschütteln. Denn wenn auch im Wortlaut jede Anspielung auf die Regierung vermieden war, so war es doch zweifellos, daß die Apologie an diese gerichtet war. Darüber ließ eine Äußerung des Vizekönigs keinen Zweifel, der erklärte, daß sie eine Frucht der Besprechungen mit Gandhi sei. Aber die Bestürzung dauerte nicht lang. Gandhi und seine Anhänger arbeiteten weiter,

als wenn nichts geschehen wäre. Ihre Aufmerksamkeit galt vor allem der Einführung des Spinnrades und der Bekämpfung des Mißbrauchs des Alkohols. Die Zahl der Nationalfreiwilligen mehrte sich jeden Tag und zahlreiche Gelder flossen in die Kasse der Bewegung.

Die Freiwilligen arbeiteten im ganzen Lande an der Durchführung der Pläne Gandhis. Kein Dorf war so abgelegen, daß ihre Tätigkeit es nicht erreicht hätte. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam, zumal die Regierung, die Gefahr der Bewegung immer mehr erkennend, ein wachsames Auge auf die Tätigkeit der Non-cooperators behielt und ihren Einfluß zu brechen suchte. Da das Volk gewöhnlich die Partei der Freiwilligen ergriff, wenn diese verhaftet werden sollten, kam es an vielen Orten zu größeren oder kleineren Aufständen. Bald hier, bald dort flammten die Unruhen auf, die oft mit Blutvergießen verbunden waren. Sympathie- und Proteststreiks schlossen sich ihnen an, die bald kleinere, bald größere Klassen von Arbeitern umfaßten.

Die Unruhe im Lande wuchs immer mehr. Namentlich waren es die Mohammedaner, die eine schnellere Erfüllung ihrer Wünsche ersehnten. Für sie stand die Kalifatfrage im Vordergrunde des Interesses, und diese verlangte gebieterisch eine baldige Lösung. Als im Juli in Karatschi die Kalifatskonferenz zusammentrat, wurde die Sprache sehr drohend. Wenn bis Weihnachten keine Lösung gefunden sei, so drohte man, werde man zur Gründung einer indischen Republik schreiten. Man forderte die mohammedanischen Soldaten im englischen Heere auf, ihre Fahnen zu verlassen, da der Dienst unter der jetzigen Regierung gegen die Gesetze der Religion sei.

Die englische Regierung glaubte jetzt die günstige Gelegenheit gefunden zu haben, um gegen die Führer der Kalifatbewegung einzuschreiten. Die beiden Brüder Ali wurden verhaftet und zu zwei Jahren strenger Gefängnishaft verurteilt.

Auch unter den Hindus regten sich Bestrebungen, die eine schnellere Entwicklung der Freiheitsbewegung erzwingen wollten. Sie verlangten, daß der bürgerliche Ungehorsam gegen die bestehende Regierung proklamiert werde und daß eine eingeborene Verwaltung neben der britischen als Vorbereitung auf die Zeit der Unabhängigkeit eingesetzt werde. Das Vorbild Irlands, dessen Freiheitskampf man in Indien mit größtem Interesse verfolgte, wird dabei mitgespielt haben.

Gandhi war mit diesen Bestrebungen nicht einverstanden. Er wollte eine ruhigere Entwicklung, die Blutvergießen vermied. Auf

der Komiteefitzung des All India Congress, die im August in Bombay stattfand, suchte er die Gemüter zu beruhigen. Es gelang seinem Einflusse, alle Gedanken an die Errichtung einer freien Republik vorläufig in den Hintergrund zu schieben. Die Frage des bürgerlichen Ungehorsams solle erst dann zur Sprache kommen, wenn der Kampf gegen das fremde Joch vollständig ausgefochten sei. Er gab aber zu, daß in einzelnen Distrikten, in denen die Lage besonders günstig sei, ein Teilversuch damit gemacht werden könne. Aber das dürfe nicht geschehen, bevor das Arbeitskomitee des Nationalkongresses, in dem Gandhis Stimme alles galt, dazu seine Zustimmung gegeben habe.

XVI. Die indische Reise des englischen Thronfolgers.

S im August des Jahres 1921 kam es zu einem bewaffneten Aufstand gegen die englische Regierung an der Malabarküste.

Hier lebte ein arabisch-indisches Mischvolk, die Moplahs genannt. Ihre Zahl betrug ungefähr eine Million. Sie waren fanatische Anhänger der Lehre Mohammeds und hielten als solche nicht nur die Christen des Abendlandes, sondern auch die zwei Millionen Hindus, unter denen sie lebten. Es ist ein armes und unwissendes Volk, das blind seinen geistlichen Führern gehorcht. Der Geist des Mohammedanismus hat bei ihnen nichts von der Aufklärung, wie sie sich bei den andersrassigen Anhängern der Lehre des Propheten im übrigen Indien findet. Plötzliche religiöse Massenbewegungen sind bei ihnen keine Seltenheit, und die Geschichte der britischen Regierung weiß von wenigstens 35 Ausbrüchen des religiösen Fanatismus zu berichten. Das höchste religiöse Ideal dieser Leute besteht darin, möglichst viele Nichtmuslims zu töten und dann als Märtyrer für ihre Ueberzeugung zu sterben.

Aus Furcht vor einem neuen Ausbruch hatte die englische Regierung sich ängstlich bemüht, die Führer der Partei Gandhis von der Malabarküste fernzuhalten. Das konnte aber nicht verhindern, daß die Ideen der Kalifatpartei trotzdem ihren Weg dorthin fanden, ohne durch den beruhigenden Einfluß Gandhis gemäßigt zu werden. Im Juli und August wurden zahlreiche Kalifatversammlungen gehalten, auf denen die Beschlüsse der Konferenz von Karatschi gebilligt und der

Kampf gegen die „satanische“ Regierung proklamiert wurde. Messer, Schwerter und Lanzen wurden im geheimen hergestellt, und Scharen von Fanatikern schlossen sich zusammen, um den heiligen Krieg zu beginnen, der die Herrschaft des Islams herbeiführen sollte.

Am 20. August brach der Aufstand los. Als der englische Beamte von Calicut einige Führer der Bewegung verhaften wollte, kam es zu einem ersten Zusammenstoß zwischen den Aufständischen und der britischen Polizei, die von einer kleinen Militärtruppe unterstützt war. Das war das Signal für den Ausbruch der Erhebung der gesamten mohammedanischen Bevölkerung. Den meisten Europäern gelang es, noch schnell genug zu entfliehen. Die übrigen wurden grausam ermordet. Die Straßen wurden besetzt, die Telegraphendrähte durchgeschnitten und die Eisenbahnschienen aufgerissen. Dann wurde das Land für unabhängig erklärt und ein mohammedanischer König eingesetzt.

Nach dem Abzug der Engländer richtete sich der Fanatismus der Moplahs gegen die Hindus. Viele von ihnen wurden ermordet, andere gewaltsam zum Islam bekehrt, ihre Frauen geschändet, ihre Güter geraubt, ihre Tempel entweiht.

Fünf Monate dauerte es, bis die englischen Truppen, die den Aufstand unterdrücken sollten, so weit waren, daß sie das Land wieder in ihrer Gewalt hatten. Das Gelände machte es den Aufständischen trotz ihrer primitiven Bewaffnung leicht, im Kleinkrieg die Truppen hinzuhalten. Mit welchem Fanatismus gefochten wurde, zeigt die Tatsache, daß mehr als drei Tausend Moplahs in diesen Kämpfen den Tod fanden, während auf britischer Seite nur 43 getötet und 126 verwundet wurden. Aber schließlich sahen sich die Aufständischen von allen Seiten umringt und sie mußten sich der überlegenen europäischen Kriegführung und Bewaffnung ergeben.

Da die Moplahs sich nicht nur gegen die Engländer, sondern auch gegen die Hindus gerichtet hatten, hatte die britische Regierung gehofft, daß der Aufstand einen Riß in der Einheit der politischen Front beider Religionen hervorrufen würde. Auch erwartete man, daß der Aufstand bei vielen die Ueberzeugung stärken würde, daß nur eine starke militärische Gewalt Indien vor der Wiederholung ähnlicher Ereignisse schützen könne. Da unter den jetzigen Umständen nur die englische Regierung diesen Schutz bieten kann, hoffte man auf eine günstigere Wendung der öffentlichen Meinung für England und seine Herrschaft in Indien.

Diese Hoffnungen erfüllten sich aber nicht. Anfangs fanden die Berichte von der Malabarküste keinen Glauben bei den Feinden der

britischen Herrschaft. Als sie aber nicht mehr zu leugnen waren, schob man die Schuld auf die britische Regierung. Sie habe es verhindert, daß Vertreter der Partei Gandhis das Volk der Moplahs aufkläre. Man betrachtete den Aufstand als einen Zwischenfall, der für die ganze Bewegung ohne größere Bedeutung sei. Durch um so intensivere Tätigkeit für die Erfüllung des Programms Gandhis suchte man die möglichen üblen Folgen aus der Welt zu schaffen.

Sehr zustatten kam es dabei den Anhängern Gandhis, daß zu derselben Zeit, da der Moplah-Aufstand wütete, eine andere Frage in den Vordergrund des Interesses gerückt wurde, die ganz Indien beschäftigte und die Wogen der politischen Erregung hoch aufspeitschte. Das war der Besuch des englischen Thronfolgers in Indiens. Auf der bereits erwähnten Konferenz des All India Congress, die anfangs August in Bombay gehalten wurde, hatte man sich mit der Frage beschäftigt, wie man sich diesem Besuche gegenüber verhalten solle. Man hatte beschlossen, alles zu boykottieren, was zu Ehren des Prinzen unternommen werde. Man hatte als Begründung hinzugefügt, daß man nicht aus bösem Willen gegen den Thronfolger handle, sondern deshalb, weil man in der Reise eine „politische Maßnahme“ sehe, die man bekämpfen müsse. Die Regierung versuchte, dieser Auffassung entgegenzutreten. So erklärte der Vizekönig: „Ich möchte mit aller mir zu Gebote stehenden Autorität emphatisch erklären, daß weder ich noch meine Regierung jemals die geringste Absicht gehabt haben, den Besuch Seiner Königlichen Hoheit für politische Zwecke zu gebrauchen. Ich gebe vollständig zu, daß es viele Fragen der öffentlichen Politik gibt, über die hierzulande ernste und scharfe Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich und meine Regierung haben immer den größten Wunsch gehabt und haben ihn heute noch, diese Unterschiede zu beseitigen und die Probleme zu lösen. Der Prinz von Wales steht aber abseits und über allen diesen Streitfragen. Der Besuch Seiner Königlichen Hoheit steht in Einklang mit dem von seinem hohen Vater und Großvater gesetzten Vorbild, und er kommt nach Indien als der Erbe zum Throne und als der zukünftige Kaiser Indiens, und nur in dieser Eigenschaft. Sein Empfang soll nicht als Beweis für Anschauungen angesehen werden, die man über politische Fragen und Tagesauffassungen hält, sondern als ein Zeugnis der Loyalität und der Anhänglichkeit des indischen Volkes an die Krone selbst.“ Diese und ähnliche Erklärungen der Regierung waren im Grunde ein Spiel mit Worten, das die entschiedenen Anhänger der Gandhipartei nicht befriedigen konnte.

Darüber konnte ja kein Zweifel bestehen, daß der Besuch des Prinzen die wankende Loyalität des Volkes neu beleben sollte, und das war es gerade, was viele nicht wollten.

Je näher daher die Zeit der Reise heranrückte, um so entschiedener wurden die Forderungen der Extremen. Im Anfang des Novembers gab die Konferenz des All India Committee allen Provinzen die Erlaubnis, mit dem bürgerlichen Ungehorsam zu beginnen, vorausgesetzt, daß keine Gewaltmaßregeln angewandt würden und daß der Kampf gegen das fremde Joch vollständig durchgeführt sei. Das Provinzialkomitee in Gudscherat nahm die Sache zuerst auf. Hier, in der Heimat des Führers Gandhi, waren die Durchführungen seiner Ideen am weitesten fortgeschritten. Für zwei Bezirke, Bardoli und Anand, wurde die Erlaubnis erteilt, daß die Massen der Regierung den bürgerlichen Gehorsam verweigern sollten. Am 23. November sollte die Bewegung einsetzen, deren Führung Gandhi persönlich übernahm. An alle Beamten der Regierung, die sich selbst ernähren könnten, erging die Aufforderung, ihr Amt niederzulegen und sich der Bewegung anzuschließen. Zahlreiche Versammlungen wurden gehalten, in denen die Regierung in heftigster Sprache angegriffen wurde. Die Freiwilligen verdoppelten und verdreifachten ihre Tätigkeit. Der Plan, eine Parallelregierung neben der britischen zu errichten, wurde offen erörtert. Wie man sich im einzelnen die Sache dachte, ging aus einer Rede hervor, die einer der entschiedensten Anhänger Gandhis in Behar hielt. Danach sollte an die Regierung die Aufforderung ergehen, innerhalb von sieben Tagen die volle Selbstregierung zu bewilligen. Dann sollten alle Bewohner des Distrikts sich weigern, den Verordnungen und Gesetzen der Regierung zu gehorchen. Keine Steuern sollten mehr bezahlt werden, überhaupt jede Handlung unterbleiben, die eine Anerkennung der Regierung in sich schloffe. Zur selben Zeit sollten die Polizeistationen und die Gerichtshöfe umstellt und die Beamten aufgefordert werden, ihre Abzeichen abzulegen. Das Eigentum der alten Regierung sollte dann in die Hände der neuen übergehen.

Während die Vorbereitungen zu dieser neuen Bewegung im Gange waren, landete der britische Kronprinz in Bombay. Eine glänzende Versammlung hatte sich an dem wunderbaren Wintermorgen des 17. November im Hafen von Bombay eingefunden, um den Prinzen zu begrüßen. Als dieser seinen Fuß auf das Land gesetzt hatte, verlas er eine Botschaft des Königs an sein indisches Volk. Darin hieß es: „An diesem Tage, an dem mein Sohn zum

ersten Male seinen Fuß auf indischen Boden setzt, möchte ich an euch, Fürsten und Völker Indiens, meinen Gruß senden. Sein Kommen ist ein Zeichen und eine Erneuerung der Bürgerschaft der Liebe, die in unserem Hause für euch erblich ist. Mein Vater betrachtete es als ein Vorrecht, das große Reich des Ostens, über das er zu regieren bestimmt war, selbst zu sehen und aus eigener Anschauung zu verstehen; und ich erinnere mich mit Dankbarkeit und Stolz daran, daß es mein Los war, seinem hohen Beispiel zu folgen, als er auf den Thron berufen wurde. Mit derselben Hoffnung und mit demselben Geiste ist heute mein Sohn mit euch. Der Gedanke an seine Ankunft erneuert in meinem Geiste mit willkommener Lebhaftigkeit die glücklichen Erinnerungen, die ich von dem habe, was ich dort gesehen habe: des Landes Reize und seine Schönheit, seine geschichtlichen Erinnerungen bis in die graue Vorzeit, seine hehren Bauwerke und vor allem die Loyalität des treuen indischen Volkes, die sich inzwischen wie durch Feuer bewährt hat durch die Antwort auf den Ruf des Reiches in der Stunde seiner größten Not.... Meine Sympathie mit allem, was in eurem Leben vor sich geht, ist unerschüttert. Während der letzten Jahre sind meine Gedanken noch mehr als früher beständig mit euch gewesen. In der ganzen zivilisierten Welt sind die Grundlagen der sozialen Ordnung durch den Krieg und die veränderten Verhältnisse auf die Probe gestellt worden. Wo immer eine bürgerliche Ordnung besteht, hatte sie eine Probe zu bestehen, und Indien ist ebenso wie andere Länder vor neue und besondere Probleme gestellt worden. Zur Erfüllung dieser Aufgabe hat es eine Rüstung erhalten in den neuen Vollmachten und Verantwortlichkeiten, mit denen es ausgestattet wurde. Daß ihr mit der Hilfe dieser, unterstützt von der bereitwilligen Leitung meiner Regierung und seiner Beamten, diese Probleme zu einer Lösung bringt, die eurer Vergangenheit würdig ist und euch Glück für die Zukunft bringt, daß alle Unruhe in wohlgeordneten Fortschritt sich wandle, das ist mein ernstester Wunsch und mein festes Vertrauen. Euer Leid und eure Freude sind auch die meinen. In allem, was euer Glück betrifft, in allem, was euch Hoffnung gibt und euer Wohl befördert, fühle ich mit euch in Sympathie. Mein Sohn hat euer Geschick von fern verfolgt. Sein Ehrgeiz ist es, durch sein Kommen zu euch seinen guten Willen zu einem noch volleren Verständnis austreifen zu lassen. Ich hoffe und vertraue, daß wenn er eure Küsten verläßt, eure Herzen ihm folgen werden und das seine bei euch bleibt, und daß ein Glied mehr zu der goldenen Kette der Sympathie gesügt wird,

die für viele Jahre meinen Thron mit Indien verbunden hat. Und es ist mein heißestes Gebet, daß Klugheit und Zufriedenheit Hand in Hand Indien zu wachsender nationaler Größe führen mögen innerhalb eines freien Reiches, für das ich arbeite und für das nach Gottes Willen mein Sohn nach mir arbeiten soll.“

Während der Empfang des Thronfolgers im Hafen sich mit dem ganzen Glanze abspielte, dessen nur Indien fähig ist, wurde im Norden der Stadt Bombay eine andere Versammlung abgehalten, in der Gandhi präsiidierte. Ihr Zweck war es, den Empfang des Prinzen durch die eingeborene Bevölkerung zu boykottieren. Aber trotz aller Mahnungen Gandhis, sich vor Gewalttätigkeiten zu hüten, kam es später zu wilden Demonstrationen in der Stadt. Die Straßenbahn wurde stillgelegt, die Wagen zerstört und die Schienen aufgerissen. Jedes Automobil, das sich auf der Straße zeigte, wurde angehalten und unbrauchbar gemacht. Die Häuser, in denen alkoholische Getränke verkauft wurden, wurden angezündet. Polizei und Militär suchten Ordnung herzustellen. An vielen Stellen kam es zu schlimmen Zusammenstößen, bei denen 53 Personen getötet und gegen 400 verwundet wurden. Für drei Tage war die Stadt der Tummelplatz der größten Leidenschaft und die Macht in der Hand der Aufständischen.

Die Unruhen in diesen Tagen blieben nicht auf Bombay beschränkt. Zur selben Zeit brachen in Kalkutta und den wichtigeren Städten Nordindiens Aufstände los. Sie waren ein trauriger Anfang für die Reise des Thronfolgers und mußten die Hoffnungen der Regierung, durch die Gegenwart des in England sehr beliebten Prinzen die Bevölkerung zu beruhigen, sehr herabstimmen.

Die Weiterreise des Thronfolgers durch Indien vollzog sich im großen und ganzen nach dem vorgesehenen Programm. Glänzende Festlichkeiten wurden überall abgehalten. Aber sie waren ein Produkt der offiziellen Inszenierung, nicht ein Ausdruck der Loyalität des Volkes. An verschiedenen Stellen hielt sich das Volk vollständig zurück, schloß die Geschäfte aus Protest und hielt einen religiösen Fasttag. An mehreren Orten kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Das allgemeine Urteil über die Reise des Prinzen, dem sich auch viele Engländer angeschlossen, war, daß sie ein politischer Fehlschlag war, noch mehr als die Reise des Duke of Connaught. Offen wurde in britischen Zeitungen später die Frage erörtert, wer für das Unternehmen verantwortlich zu machen sei. Die Bedeutung dieses Versagens

liegt in folgendem: Bis vor nicht allzu langer Zeit hatten die Indier stets zwischen der Krone und der Regierung unterschieden. Bei allen Klagen gegen die letztere war die Loyalität des Volkes gegen das Herrscherhaus doch nicht erschüttert. Man hatte in ihm etwas Göttliches gesehen, das über den menschlichen Schwächen steht und nicht in das politische Getriebe hinabgezogen werden darf. Schon bei der Reise des Duke of Connaught und noch deutlicher bei der des Kronprinzen war es klar geworden, daß diese Trennung des Thrones von der Regierung aufgehört hatte, jedenfalls bei einem bedeutenden Teil der Bevölkerung Indiens. Krone und Regierung waren dasselbe geworden und der Kampf gegen die erstere wurde auch auf die letztere ausgedehnt. Der Besuch des Thronfolgers war ein Versuch der Londoner Regierung, die Begeisterung für die Königsfamilie von neuem zu beleben. Das war der politische Zweck der Sendung, wie Gandhi richtig erkannt hatte. Man hatte in England dabei gerechnet einerseits auf die Charakteranlagen des indischen Volkes, das, in religiösem Mystizismus befangen, sich leicht durch äußeres Gepränge werde imponieren lassen, andererseits auf die Liebenswürdigkeit des Thronfolgers, der in England durch seine Persönlichkeit die wankende Treue gegen das Königshaus gestützt hat. Alle diese Rechnungen hatten sich aber nicht erfüllt. Ernste Sorge um das Schicksal Indiens hat sicher die Herzen der Umgebung des Prinzen erfüllt, als dieser im Anfang Februar zu Karatschi das Kriegsschiff „Renown“ bestieg und von Indien Abschied nahm. War es das letztemal, daß ein englischer Fürst als Herrscher den Boden des Wunderlandes betreten hatte?

Die Vorgänge bei dem Empfang des Prinzen von Wales in Bombay und die gleichzeitig vorbereitete Erklärung des bürgerlichen Ungehorsams in einigen Distrikten hatte für die indische Regierung eine sehr heikle Lage geschaffen. Bis dahin hatte man alle energischen Maßregeln gegen den passiven Widerstand vermieden, um die Sache nicht zu einer frühzeitigen Entscheidung zu bringen, von der man sich nichts Gutes versprach. Der Einfluß Gandhis war zu groß, als daß ein Einschreiten gegen ihn, den Urheber der Schwierigkeiten, hätte gewagt werden können. Man setzte sich dadurch nur der Gefahr aus, daß auch die Gemäßigten, die alle eine stille Verehrung für den Führer der Extremen im Herzen trugen und die beim Volke nicht in hoher Achtung standen, der Regierung entfremdet würden.

Jetzt glaubte man aber nicht länger warten zu dürfen. Trotz aller im Parlament gegebenen Versprechungen griff man auf die alten

Aufbruchgesetze zurück, deren Abschaffung selbst die Gemäßigten verlangt hatten. An alle untergeordneten Regierungsbeamten wurde der Befehl erlassen, mit aller Strenge gegen alles einzuschreiten, das den bestehenden Gesetzen entgegen sei.

Die erste Wirkung dieser Politik war die Verhaftung einer großen Reihe der Führer der Gandhipartei. Unter diesen befanden sich viele, die auch bei solchen in hohem Ansehen standen, die sich noch nicht entschieden auf die Seite Gandhis gestellt hatten. Die Wirkung der Maßregel war daher eine andere als die Regierung sie beabsichtigt hatte. Weite Kreise verurteilten das Vorgehen der Regierung, auch solche, die bis dahin eine abwartende Stellung eingenommen hatten. Selbst die Gemäßigten, die anfangs eine entschiedenere Bekämpfung der Non-cooperation-Bewegung gewünscht hatten, waren gestoßen, als sie sahen, daß die Gesetze, die sie gerade im Parlament mit nicht mißzuverstehender Sprache bekämpft hatten, wieder ans Tageslicht gezogen wurden. Viele von ihnen schlossen sich in ihren Angriffen auf die Regierung jetzt an die Extremen an.

Diese Folgen zwangen die Regierung zu größerer Mäßigung. Sie instruierte ihre Beamten, mit größter Vorsicht vorzugehen und sich in den gerichtlichen Verfahren streng an die gesetzlichen Methoden zu halten. Als einige Gemäßigte eine gemeinsame inoffizielle Besprechung der bestehenden Schwierigkeiten vorschlugen, zu der auch Gandhi und seine Anhänger eingeladen werden sollten, zeigte der Vikarönig sich nicht abgeneigt, auf den Gedanken einzugehen, vorausgesetzt, daß die Non-cooperators sich inzwischen von jeder offenen Rechtsverletzung enthielten.

Der Plan der Gemäßigten und die Antwort des Lord Reading wurden Gandhi vorgelegt. Er blieb aber hart. Er verlangte zunächst, daß das Verbot der Freiwilligen, das kurz vorher erlassen war, aufgehoben werde, und forderte die Freilassung aller seiner verhafteten Anhänger, einschließlich der Gebrüder Ali. Auch erklärte er, daß er von seinem Vorgehen nicht ablassen werde und weiter für die Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams arbeiten würde. Damit war der Plan der gemeinsamen Besprechung zu Grabe getragen.

Der Nationalkongreß fand dieses Jahr in Ahmedabad statt, wie gewöhnlich in der Weihnachtswoche. Eine Reihe der Führer, unter ihnen auch der zum Präsidenten ausersehene Chitta Ranjan Das, saßen im Gefängnis. Aber Gandhi war noch frei, und sein Einfluß beherrschte die Verhandlungen. Keiner wurde zugelassen, der nicht in eingeborenem Tuch gekleidet war. Stühle waren nicht erlaubt, und die Abgeordneten

saßen nach alter indischer Sitte auf dem Boden. Selbst im Verfahren der Verhandlungen suchte man sich von den britischen Sitten frei zu machen und die vertraulichere Art der indischen Volksversammlungen neu zu beleben.

Die wichtigsten Beschlüsse waren folgende:

„Da seit der Abhaltung des letzten Nationalkongresses das indische Volk aus Erfahrung gelernt hat, daß es durch die Befolgung des nichtgewaltigen passiven Widerstandes große Fortschritte in Furchtlosigkeit, Opfergeist und Selbstachtung gemacht hat, und da die Bewegung dem Ansehen der Regierung großen Schaden zugefügt hat, da ferner das Land als ganzes schnelle Fortschritte zur Selbstregierung macht, erneuert der Kongreß den festen Entschluß, das Programm des nichtgewaltigen passiven Widerstandes mit noch größerer Energie als bisher durchzuführen in einer Weise, wie sie jede Provinz bestimmen mag, bis das Unrecht des Pandschab und des Kalifats wieder gutgemacht und Schwaradsch erreicht ist, und bis die Kontrolle über die Regierung aus der Hand einer unverantwortlichen Genossenschaft in die des Volkes übergegangen ist.“

Geharnischter Protest wurde gegen die Anwendung der neuen Verfügungen gegen die Freiwilligen eingelegt. Alle werden aufgefordert, sich jetzt erst recht als Freiwillige anzubieten und ohne Verteidigung und Widerstand sich den Strafen auszusetzen. Von jedem Freiwilligen wird folgender Eid gefordert:

„Mit Gott als Zeugen erkläre ich feierlich: 1. Ich wünsche ein Mitglied des nationalen freiwilligen Korps zu sein. 2. Solange ich ein Mitglied dieses Korps bin, werde ich mich vor Gewalttätigkeit in Wort und Tat hüten. Ich werde mich ernstlich bemühen, auch in meinen Absichten nicht gewaltig zu sein; denn ich glaube, daß, wie die Lage Indiens nun einmal ist, nur nichtgewaltige Mittel dem Pandschab und der Kalifatbewegung helfen können, und daß nur so Schwaradsch und die Vertiefung der Einigkeit aller Rassen und Kommunitäten, seien es Hindus, Mohammedaner, Sikhs, Parsen, Christen oder Juden, erreicht wird. 3. Ich glaube an eine solche Einheit und werde mich immer bemühen, sie zu befördern. 4. Ich glaube an die Schwadeschibewegung als ein wesentliches Mittel zur ökonomischen, politischen und moralischen Rettung Indiens. Ich werde nur handgewobenes, einheimisches Tuch benutzen mit Ausschluß jedes anderen. 5. Als ein Hindu glaube ich an die Gerechtigkeit und Notwendigkeit der Aufhebung der Scheidewand von den unberührbaren Klassen. Bei allen möglichen Gelegenheiten werde ich

Berührung mit den verachteten Klassen suchen und ihnen zu helfen trachten. 6. Ich werde alle Verordnungen meiner Vorgesetzten und alle Verfügungen, die diesem Versprechen nicht entgegen sind, ausführen. 7. Ich bin bereit, Gefängnis, Tätlichkeiten und selbst den Tod zu erdulden, für meine Religion und mein Vaterland, ohne bittere Gefühle. 8. Im Falle meiner Verhaftung werde ich vom Kongreß keine Unterstützung für meine Familie und für von mir Abhängige fordern.“


Der Kongreß erklärt, daß in seiner Auffassung bürgerlicher Ungehorsam das einzige wirksame Ersatzmittel für eine bewaffnete Revolution ist, „wenn jedes andere Mittel gegen willkürlichen, tyrannischen und entmannenden Gebrauch der Autorität vergebens versucht worden ist“. Darum fordert der Kongreß auf, dieses Mittel anzuwenden, wo immer es ohne Anwendung von Gewalt möglich ist.

Der Kongreß ist der Meinung, daß zu dem Zwecke der Konzentration der Aufmerksamkeit auf den bürgerlichen Ungehorsam, sei es von Massen oder von einzelnen, zu offensiven oder defensiven Zwecken, nützlich sei, alle anderen Aufgaben des Kongresses in den Hintergrund treten zu lassen.

Damit durch die Verhaftung der Führer die Bewegung nicht ins Stocken gerate, legt der Kongreß alle Macht in die Hände Gandhi's und gibt ihm auch das Recht, im Falle der Not einen Nachfolger zu bestimmen. Ihm und seinen Nachfolgern sollen alle Vollmachten zustehen, die sonst das Komitee des Kongresses und die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften desselben besitzen, vorausgesetzt, daß nichts im bestehenden Programm des Kongresses geändert wird und daß kein Friede mit der Regierung ohne Zustimmung des ganzen Kongresses geschlossen wird.

Zum Schluß gratuliert der Kongreß allen denen, die wegen ihrer politischen Auffassung, „ihres Gewissens und ihres Vaterlandes wegen,“ mit Gefängnis bestraft wurden, und drückt seine Ueberzeugung aus, daß durch ihr mutiges Verhalten die Tage der Freiheit näher gerückt seien.

XVII. Die Verhaftung Gandhis.

ür den Anfang des Jahres 1922 hatte der Kongreß den Beginn der Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams unter bestimmten Bedingungen gestattet. Derselbe sollte nicht zu gleicher Zeit im Lande durchgeführt werden, sondern bald hier, bald dort zur Anwendung kommen, wo immer die Umstände günstig für ein so drastisches Verfahren zu liegen schienen. Die notwendige Bedingung nach Gandhis Auffassung dabei war, daß keine Gewalttätigkeiten stattfänden.

Daß diese Bedingung nicht so leicht erfüllt ist, sollte sich bald herausstellen. Sie erfordert ein hohes Maß von Selbstdisziplin, und es ist nicht zu verwundern, daß das vielfach noch wenig gebildete indische Volk sich oft nicht in den Grenzen halten ließ, die sein Führer ihm auferlegen wollte. An verschiedenen Orten kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. An anderen ließen sich die Anhänger Gandhis zu schweren Ausschreitungen hinreißen, und es kam in Chauri-Chaura in den vereinigten Provinzen am 4. Februar zu einem schrecklichen Blutbad. Einundzwanzig Polizisten wurden von der wütend gemachten Bevölkerung in grausamer Weise hingschlachtet. Fast zur selben Zeit brachen ernste Arbeiterunruhen in den vereinigten Provinzen aus, wo sich die Arbeiter zu einer „Eka“, einer Vereinigung gegen die Landbesitzer zusammenschlossen. Die Arbeiter der ostindischen Eisenbahn traten gleichzeitig in einen Streik, der politischen Hintergrund hatte.

Gandhi war mit diesen Gewalttätigkeiten sehr unzufrieden. Er berief sofort das Arbeitskomitee des Kongresses zusammen nach Bardoli (12. Februar). In den schärfsten Worten drückte er seine Mißbilligung aus und verlangte, daß inzwischen die Verweigerung des Gehorsams durch die Massen aufhören solle, bis die Atmosphäre ruhiger geworden und eine Wiederholung der Gewalttätigkeit ausgeschlossen sei. Alles, was die Regierung unnötigerweise reize, solle vorläufig unterbleiben. Den Grundbesitzern wurde erklärt, daß man ihre gesetzlichen Rechte nicht angreifen wolle, und daß man einen Ausgleich zwischen ihnen und den Forderungen der Arbeiter durch friedliche

Entscheidung anstrebe. Man beschloß, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, die Zahl der Kongreßmitglieder auf zehn Millionen zu bringen. Aber es wurde auch betont, daß man in der Auswahl sorgfältig vorgehen müsse und nur solche aufnehmen dürfe, die „Wahrheitsliebe“ und „Gewaltlosigkeit“ als Grundlage ihres Handelns anerkennen. Auch in anderen Punkten wurde zur Vorsicht gewarnt und eine größere Besonnenheit angeraten, als man sie bis jetzt befolgt hatte. Die Errichtung nationaler Schulen wurde von neuem empfohlen, aber hinzugefügt, daß man die Jugend nicht gewaltsam von den Regierungsschulen fernhalten solle, sondern sie durch bessere Leistungen anziehe. Die Organisation und die geistige, moralische und soziale Hebung der unterdrückten Klassen wurde wieder als Programmpunkt stark betont. Man solle sie veranlassen, ihre Kinder zu den nationalen Schulen zu senden. Gleichzeitig riet man aber, dort, wo die Vorurteile gegen diese Klassen noch zu stark seien, besondere Schulen auf Kosten des Kongresses für sie zu gründen, um nicht unnötigerweise zu stoßen. Bezüglich der Temperenzbewegung wurde größeres Gewicht auf Belehrung der Trinker gelegt als auf gewaltsames Abhalten vom Besuch der Wirtshäuser, durch das mancher Zusammenstoß mit der Polizei veranlaßt worden war. Zur Schlichtung von Streitigkeiten wurde auch jetzt wieder auf die Errichtung von Vermittlungskörperschaften privater Natur hingewiesen. Aber diese sollten mehr durch die Gerechtigkeit ihrer Entscheidungen als durch Zwang sich durchsetzen. Zur Beförderung der Einheit im indischen Volke sollte ein sozialer Dienst errichtet werden, der überall sich hilfsbereit zeigt, wo die Not eingekehrt ist, unabhängig von der politischen Parteirichtung. Selbst Engländer sollten nicht ausgeschlossen werden, wenn sie in Not seien.

Die Mäßigung, die Gandhi in Bardoli gezeigt hatte, war für manche seiner Anhänger, die den Krieg gegen die Regierung schon jetzt bis aufs Messer führen wollten, eine gewisse Enttäuschung. Manche empfanden es als eine Verdemütigung, daß die zweimal angesagte Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams jedesmal nach kurzer Zeit wieder aufgegeben wurde. Die Mohammedaner, von Natur aus entschlossener als die Hindus, fürchteten, daß die Kalfjatbewegung durch zu große Nachgiebigkeit gefährdet werde. Diese Bedenken kamen auf einer Konferenz des Komitees des All India Congress, die am Ende Februar in Delhi gehalten wurde, zum Ausdruck. Es gelang zwar dem Einflusse Gandhis, auch hier die Beschlüsse von Bardoli zur Annahme zu bringen. Aber es wurde doch stark betont,

daß nur die Verweigerung des Gehorsams durch die Massen, nicht durch einzelne oder durch kleinere Gruppen von einzelnen verboten sei. So wurde die Abhaltung einer geschlossenen Versammlung, zu der Karten ausgegeben wurden und nur Karteninhaber Zutritt hatten, nicht als Massenungehorsam erklärt; solche Versammlungen fielen deshalb auch nicht unter das Gebot, sie seien erlaubt „für defensive und aggressive Zwecke“. Defensiv sei der Zweck, wenn die Versammlung in Ausführung einer normalen Tätigkeit des Kongresses abgehalten würde, auch wenn daraus die Verhaftung folge, aggressiv aber sei er, wenn der Zweck der Versammlung sei, die Regierung zur Verhaftung zu reizen. Das Recht auf diesen Ungehorsam wurde in all den Fällen verlangt, „wenn der Staat sich dem ausgesprochenen Willen des Volkes entgegenstellt“.

Die Erörterungen über die Bardoli-Beschlüsse hatten eine gewisse Verwirrung im Lager der Gandhipartei herbeigeführt. Diese glaubte die Regierung benützen zu sollen, um einen Riß herbeizuführen. Sie griff auf ihr altes Programm zurück, die Mohammedaner gegen die Hindus auszuspielen.

Es war eine große Ueberraschung, als im Anfang März der Vizekönig in einer energischen Depesche der Londoner Regierung gegenüber die Ueberzeugung aussprach, daß eine Revision des Vertrages von Sevres in Anbetracht der sehr gereizten Stimmung der indischen Mohammedaner notwendig sei. Vor allem forderte die indische Regierung drei Punkte: die Räumung Konstantinopels, die Souveränität des Sultans über die heiligen Stätten des Islams, die Rückgabe des türkischen Thrakiens und Smyrna an den Sultan.

Die Veröffentlichung dieser Depesche verfehlte ihre Wirkung nicht. Manche Anhänger der Kalifatbewegung wurden stutzig und legten sich die Frage vor, ob sie nicht von der englischen Regierung doch schließlich für ihre Zwecke mehr zu erwarten hätten als von Gandhi.

Wie weit es der indischen Regierung mit ihren Forderungen an das Londoner Kabinett ernst war, ist schwer zu sagen. Man geht aber wohl kaum fehl, wenn man annimmt, daß der nächste Zweck der Aktion darin bestand, eine Atmosphäre zu schaffen, die die Verhaftung Gandhis ermöglichte. Solange die Reihen seiner Anhänger geschlossen waren, wagte man nicht zu diesem Schritte zu schreiten.

Über noch war ein Hindernis für diesen Schritt zu überwinden. Das war der Staatssekretär für Indien, Montagu, der Gandhi seinen Freund genannt und noch dazu erklärt hatte, daß er stolz darauf sei, einen solchen Mann zum Freunde zu haben. An Feinden innerhalb

der einflußreichen politischen Kreise fehlte es Montagu in London nicht. Diese gruppierten sich um den früheren Gouverneur von Bombay, Lord Sydenham, der die Reformbewegung als eine Gefahr für England betrachtete und mit allen Mitteln bekämpfte.

Montagu hatte es für gut gefunden, das Telegramm des Vizekönigs der Öffentlichkeit zu übergeben, ohne seine Kollegen im Kabinett zu befragen. Wahrscheinlich fürchtete er deren Widerstand und versuchte, diesen durch seinen Schritt zu brechen. Die Folge war, daß der Staatssekretär sofort aus seinem Amte entlassen wurde.

Die Nachricht von diesen Vorgängen verwirrte die Lage in Indien noch mehr. Montagu galt allgemein als Freund des indischen Volkes. Man befürchtete, daß seine Entlassung eine neue Einstellung der britischen Politik gegenüber Indien bedeute.

Durch die Depesche des Vizekönigs einerseits und andererseits durch die Entlassung Montagus waren die indischen Politiker vor eine ganz neue Lage gestellt. Aber noch ehe man die Lage ganz ersaßte oder neue Verhaltensmaßregeln treffen konnte, griff die Regierung zur letzten Maßregel, die sie zur Unterdrückung der ihr feindlichen Bewegung für nötig hielt. Am 10. März 1922 wurde Gandhi verhaftet. Damit verschwand der letzte und einflußreichste Führer der antibritischen Agitation von der Bildfläche. Es muß zugegeben werden, daß die Regierung von ihrem Standpunkte aus keinen günstigeren Augenblick wählen konnte, um Hand an den allgemein verehrten Führer zu legen. Man hatte mit Absicht die Stunde abgewartet, in der sein Einfluß etwas an Bedeutung verloren hatte und andere Ereignisse von weittragender Bedeutung die Aufmerksamkeit von ihm abgelenkt hatten.

Daß es zu seiner Verhaftung kommen werde, hatte Gandhi lange vorausgesehen, ja die Stunde herbeigesehnt, weil er dadurch seinem Volke zeigen könne, wie er sich den unblutigen Widerstand gegen die Regierung denke. Kurz vorher hatte er in seiner Zeitung „Narjivan“ geschrieben: „Ich habe oft zu Gott gebetet: Gib mir den Tod aus den Händen dieser Regierung.“

Vor Gericht verteidigte er sich nicht. Er gab zu, daß die blutigen Ausschreitungen seiner Anhänger auch ihm zur Last fielen, aber er betonte auch, daß ihm keine Wahl blieb, als diese Ausschreitungen zuzulassen, wenn er das höhere Ziel erreichen wollte, das er sich gesteckt. „Ich möchte,“ so sagte er vor Gericht, „all den Tadel unterstreichen, den der Staatsanwalt mit Bezug auf die Ereignisse in Bombay, Madras und Chauri-Chaura auf mich geworfen

hat. Nach tiefem Nachdenken darüber . . ., nach Erforschung meines Herzens bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß ich mich von den teuflischen Verbrechen in Chauri-Chaura und den tollen Ausschreitungen in Bombay nicht trennen kann. Der Staatsanwalt ist vollständig im Recht, wenn er sagte, daß ich als Mann von Verantwortlichkeit, als einer, der eine gute Erziehung genossen hat und der eine große Welterfahrung besitzt, die Folgen jeder meiner Handlungen kennen mußte. Ich kannte sie. Ich wußte, daß ich mit Feuer spielte. Ich setzte mich der Gefahr aus und ich würde wieder dasselbe tun, wenn ich frei gelassen würde. Ich würde es an meiner Pflicht fehlen lassen, wenn ich nicht so handelte. Ich habe es heute morgen eingesehen, daß ich nicht meine Pflicht täte, wenn ich nicht all das sagte, was ich gerade gesagt habe. Ich wünschte, die Gewalt zu vermeiden. Ich wünsche es auch heute noch. Gewaltlosigkeit ist mein erster Glaubensartikel und mein letzter. Aber ich hatte zu wählen: Entweder mußte ich mich einem System unterwerfen, das nach meiner Ueberzeugung meinem Lande unerseßlichen Schaden zugefügt hat, oder ich mußte mich der Gefahr aussetzen, daß die Leidenschaft meines Volkes losbrach, wenn es aus meinem Munde die Wahrheit kennen gelernt hatte. Ich weiß, daß mein Volk einige Male den Verstand verloren hat. Darüber bin ich sehr traurig. Und darum stehe ich hier, nicht um die leichteste Strafe zu erdulden, sondern die schwerste. Ich bitte nicht um Gnade, keine mildernde Umstände sollen mir zugebilligt werden. Ich bin hier und fordere und nehme auf mich die höchste Strafe, die mir gegeben werden kann für etwas, was nach dem Gesetze ein überlegtes Verbrechen, in meiner Ueberzeugung aber die höchste Pflicht eines Bürgers ist.“

Das Urtheil lautete auf sechs Jahre einfachen Gefängnisses.

Schluß.

Als Gandhi ins Gefängnis wanderte, war der passive Widerstand der Indier seines größten Führers beraubt. Da die untergeordneten Leiter des Kampfes bereits vor Gandhi von der englischen Regierung festgesetzt worden waren, mußte das eintreten, was die Briten zunächst erhofften — eine Pause im Gesecht. Die Regierung, die infolge der klugen Führung des Angriffes durch Gandhi in letzter Zeit sich sehr bedrängt fühlte, hoffte, jezt von neuem aufatmen und verlorenen Grund wiedergewinnen zu können. Bei der Schwierigkeit der Lage Großbritanniens in Europa und in der Türkei war es schon ein Vorteil, wenn das indische Problem für kurze Zeit mit geringerer Schärfe sich fühlbar machte. Das war jezt erreicht, da das gewaltige indische Volk, das noch nicht gelernt hat, sich politisch allein zu bewegen, ohne Führer keine verwegenen Schritte unternehmen wird, wenigstens keine solchen, die einem Weltreiche wie England gefährlich werden können. England hatte seine geschulten Truppen im Lande, die Fäden seiner Regierung umspannten das gewaltige Gebiet von einem Ende bis zum andern. Wenn die Zahl der Truppen und Beamten auch verhältnismäßig klein ist, so sind sie doch alle von einem klaren, zielsicheren Willen geleitet, der zu den größten Kraftanstrengungen zum Wohle des britischen Weltreiches bereit ist. Wo eine entschlossene und energische Regierung herrscht, da ist es unter solchen Umständen schwer, für eine führerlose Masse, sich ihrem Einfluß zu entziehen.

Es war vorauszusehen, daß Großbritannien die Pause benutzen würde, um alle Mittel anzuwenden, sein wankendes Prestige wiederherzustellen. In zahlreichen Schriften suchte man das Volk wieder für England zu gewinnen. Reformen wurden angekündigt und durchgeführt. Den gemäßigten Politikern wurde geschmeichelt und ihre Forderungen mit der größten Nachgiebigkeit behandelt. Kein Mittel der politischen Psychologie wurde verschmäht, um die verlorenen Sympathien neu zu beleben.

Bei einzelnen mag England dabei Erfolge erzielen. Aber die Masse des indischen Volkes wird es wohl kaum wieder für sich gewinnen. Das indische Volk hat heute erkannt, wie wahr es ist, was in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts Sir Thomas Munro, ein auch heute noch bei den Indiern in hohem Ansehen stehender Brite, schrieb: „Es ist eine alte Erfahrung, daß der, der seine Freiheit verliert, auch seine Tugend halb verliert. Das gilt von Nationen geradeso gut wie von Einzelwesen. Nicht die Willkürherrschaft eines nationalen Oberhauptes, sondern die Unterwerfung unter einen Fremden vernichtet den nationalen Charakter. Wenn ein Volk den nationalen Charakter nicht mehr aufrechtzuhalten sich bestrebt, dann verliert es die wichtigste Sprungfeder für alles, was gut ist im öffentlichen und privaten Leben. Es wäre besser, daß wir vollständig aus dem Lande vertrieben würden, als daß solch eine Erniedrigung eines ganzen Volkes die Folge unseres Regierungssystems würde.“ Man steht heute in Indien auf dem Standpunkt, den der alte Gladstone in die Worte kleidete: „Ich behaupte, daß derjenige, der endgültig über die Frage entscheiden muß, ob wir unsere Herrschaft in Indien fortsetzen sollen oder nicht, die 210 Millionen der Bewohner Indiens sind. Die Frage, wer in Indien herrschen soll, ist an erster Stelle eine indische Frage nach allen Regeln des Rechtes.“ Solange sich England nicht zu diesem Standpunkt aufschwingt, wird es keine Ruhe in Indien haben. Bis sich aber die englischen Beamten dazu verstehen, braucht es noch viel. Der imperialistische Gedanke steckt, trotz aller Ernüchterung der letzten Jahre, noch zu tief in den Köpfen und ist heute noch wie früher der eigentliche Leitgedanke der Politik. Nur ein Mann, der sich davon freimachen könnte und ehrlich und offen das Selbstbestimmungsrecht Indiens anerkennen würde, könnte vielleicht eine Aenderung der Stimmung des Landes bewirken. Unter den heutigen Politikern Englands ist keiner, der sich dazu aufraffen könnte. Der einzige, der sich einen freieren Blick bewahrt hat, Montagu, mußte der imperialistischen Politik schon unter dem Ministerium Lloyd George weichen.

In früherer Zeit hat man von den „stummen Millionen Indiens“ gesprochen, die friedlich dahinleben und sich um die Politik des Landes nicht kümmern. Diese Zeiten sind jetzt vorbei. Neues Leben ist in die gewaltigen Massen gefahren. Heute gibt es kein Dorf mehr im weiten Lande, das nicht von dem politischen Fieber erfaßt ist. Das größte Verdienst an diesem Erfolge gebührt unstreitig dem „Mahatma“ Gandhi. Vor seinem Namen beugt sich jeder Hindu

und Mohammedaner. Sein Programm wurde willig angenommen, wie eine Offenbarung aus einer anderen Welt. Er ist der Erzieher seines Volkes zur politischen Reife geworden. Zwar hat er noch nicht alles erreicht, was notwendig ist, um sein Volk frei zu machen und zum Gebrauch der Freiheit zu befähigen. Dafür war die Zeit zu kurz und die ererbten Widerstände zu groß. Aber was er erzielt, das ist so groß, daß es für immer in der Geschichte Indiens seine Bedeutung bewahren wird. Durch Gandhi hat Indien zum ersten Male es praktisch gelernt, sich als Einheit zu fühlen. Seine Politik hat England eine ganze Reihe weitreichender Zugeständnisse abgerungen, die ohne ihn nicht bewilligt worden wären. Die gemäßigten Politiker allein hätten nie die Reformen von 1920 durchgesetzt. Hätte nicht das Gespenst des „Gandhiismus“ hinter ihnen gestanden, so wären ihre Forderungen von der britischen Regierung mit nichtsagenden Zugeständnissen abgespeist worden, wie es in früheren Jahren oft geschehen ist. Nur dem Einflusse Gandhis ist es zuzuschreiben, wenn heute die bescheidensten Politiker in Indien Forderungen stellen, die weit über das hinausgehen, was in früherer Zeit die entschiedensten Patrioten verlangten. Heute sind es eben nicht nur einzelne Gruppen und Klassen, die an England Forderungen richten. Es ist das ganze Volk, dessen Seele Gandhi entdeckt hat. Die Stimme dieses Mannes hat die Gewissen der Indier geschärft, aber auch manchen der englischen Beamten, die alle Sklaven eines bürokratischen Systems sind und nicht von alter Routine lassen wollen, aufmerken lassen.

Gandhi gleicht in vielem Tolstoi. Was für diesen die blutenden Leiber der auf den Schlachtfeldern des Krimkrieges hinsterbenden Soldaten waren, das wurden für Gandhi die unter Rassenvorurteilen schwer seufzenden Kulis Südafrikas und die schwer bedrängten Bewohner des Pandschab. Beide Reformer kämpften gegen Trunk, Spiel und geschlechtliche Verirrungen; beide wollen zunächst die moralische Hebung ihrer Anhänger. Beide wenden sich nicht nur und nicht zunächst an die Gebildeten, sondern an die weiten Massen des Volkes. Während Tolstoi im russischen Bauern die Verkörperung alles Guten und Harmonischen im russischen Volke sieht, wendet sich Gandhi an die „Seele“ des indischen Volkes, die nicht so sehr in den von europäischer Kultur angesteckten Gebildeten sich offenbart, als in dem einfachen Manne, der in schlichter Arbeit sein Leben hinbringt und die Leiden des Daseins in Geduld erträgt. Beide berufen sich auf das Wort Christi: Ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstehen sollt dem Uebel, und auf das andere Wort, daß man Gott

mehr gehorchen soll als den Menschen. Beide wollen Erzieher ihres Volkes sein, es losreißen aus den Banden einer gleichnerischen Zivilisation und in ein Reich einer geistigeren Kultur führen. Bei beiden besteht der Reiz ihres Wirkens darin, daß Wort und Leben eins sind, daß sie das, was sie predigen, zuerst selbst üben, ehe sie es von anderen verlangen. Auch darin gleichen sich beide, daß sie den Kreis ihrer Wirksamkeit nicht über die Grenzen ihres Landes ausdehnen wollen. Darin liegt für beide eine gewisse Beschränktheit, aber auch die Wurzel ihres Erfolges.

Aber es besteht auch ein großer Unterschied zwischen beiden Männern. Tolstoi ist Schriftsteller und Philosoph, der sich grundsätzlich vom politischen Erwachen Rußlands fernhält. Gandhi dagegen ist Politiker und Mann der Tat. Nicht zwar in dem Sinne, wie es Tilak war, der ganz in der Politik aufging und dem alles, auch die Religion, ein Mittel zu seinen politischen Zielen wurden. Gandhi will eigentlich kein Politiker sein, sondern ein moralischer Erneuerer seines Volkes und aus der moralischen Erneuerung soll dann die politische Neugestaltung als reife Frucht sich ergeben. Aber dabei kann er es nicht vermeiden, beständig mit den politischen Bestrebungen Indiens in Berührung zu kommen und führend in sie einzugreifen. „Wenn ich mich mit der Politik abgebe,“ sagt er von sich, „so kommt das nur daher, daß diese uns heute umstrickt wie eine Schlange, aus deren Umwindung man sich nicht frei machen kann, so sehr man es auch versucht.“

Gandhi ist Politiker, aber nicht reiner, materialistischer Realpolitiker. Er will auch als Politiker Idealist sein und durch seine Idealpolitik die vom Geiste des Bösen angesteckte Realpolitik, wie sie ihm in der englischen Herrschaft entgegentritt, bekämpfen. Viele glauben, daß darin etwas Utopisches liegt. Theoretisch hat die Auffassung Gandhis sicher ihre Berechtigung. Eine dauernde Hebung eines Volkes wird nur der erzielen, der gleichzeitig und zunächst seine moralische Stärkung ins Auge faßt. Darüber hat ja auch bei uns der Ausgang des Krieges vielen die Augen geöffnet. In Indien ist das um so mehr nötig, da die sozialen Zustände seit vielen Jahrhunderten im Argen liegen und da die indische Philosophie in ihrem relativisierenden Bestreben die Bedeutung der moralischen Persönlichkeit nicht genügend einschätzt. Diesem Bestreben hat Gandhi seine „Wahrheitsliebe“ entgegengesetzt, die im Grunde ein gesunder Realismus ist, nicht im materialistischen Sinne, sondern in dem einer Anerkennung der Tatsache einer unverrücklichen moralischen Ordnung,

der der Mensch sich unterwerfen muß. Mit Recht tadelt Gandhi an der abendländischen Politik, daß sie sich nicht von moralischen Erwägungen stören läßt und einzig vom Staatsegoismus geführt wird. Auch darin sieht er richtig, daß auf die Dauer jedes selbstsüchtige Streben, das sich um moralische Grundsätze nicht kümmert, nicht zum Segen eines Volkes ausschlägt; denn „jede Schuld rächt sich auf Erden“, wie es die europäischen Staaten heute an sich erfahren.

Schwieriger aber ist die Frage, wie weit es gelingen wird, die großen Massen, die immer viel fester an der Erde kleben, zu den idealen Höhen der Politik Gandhis emporzureißen. Daß er in dieser Beziehung Wunderbares erreicht hat, haben wir bereits gesehen. Für seinen Einfluß spricht die wohl einzig dastehende Tatsache, daß ungefähr 25 000 seiner Anhänger sich zu schweren Strafen verurteilen ließen, ohne sich vor Gericht zu verteidigen oder dem Urteil zu widersprechen. Als Märtyrer für eine heilige Sache sind sie alle in den Kerker gegangen, in der Hoffnung, daß aus ihrem Leid der glorreiche Tag eines freien Indiens erstehen wird. Dieser Einfluß Gandhis hat mit seiner Verurteilung nicht aufgehört. Auch heute noch hält die große Menge der Indier daran fest, daß die Methoden des Mahatma die einzig richtigen sind, denen man blind folgen muß.

Gandhis Methoden werden auch sicher zum erwünschten Ziele führen. Aber sie stellen hohe Anforderungen an die Geduld seiner Anhänger. Wie immer gibt es auch unter ihnen viele, die den Tag der Freiheit nicht abwarten können und energischeres Vorarbeiten wünschen. Bei den Gebildeten ist es vor allem ein Teil der studierenden Jugend, die an Tilak denkt und gern seine handgreiflicheren Methoden des Widerstandes aufnehmen möchte. Sie träumt vom Kleinkrieg gegen die britische Macht, durch den dieser die Herrschaft über das Riesenreich verkehrt werden soll. Schon vor der Gefangennahme Gandhis haben sich diese Elemente geregt, aber sein beherrschender Einfluß hat sie zurückgehalten. Jetzt können sie sich freier regen als zuvor, und es ist zu befürchten, daß sie unter der stürmischen Jugend Propaganda machen. Unter der Asche schlummert hier ein Feuer, das jeden Augenblick zur mächtigen Flamme ausbrechen kann, und es ist vielleicht ein großer Fehler der englischen Politik gewesen, daß sie den einzigen Mann, der es niederhalten kann, für sechs Jahre vom Schauplatz seiner Tätigkeit entfernt hat.

Die Ungebuld machte sich auch auf der 37. Tagung des Nationalkongresses geltend, die am Ende des vorigen Jahres in der heiligen Stadt Gana in der Provinz Behar abgehalten wurde. Zwanzigtausend

Menschen waren dort zusammengeströmt. Im Mittelpunkt des Interesses stand die Frage, was jetzt, da Gandhi nicht mehr die Geschicke Indiens leitete, zu geschehen habe. Präsident des Kongresses war der schon genannte Rechtsanwalt aus Bengalen, Chitta Ranjan Das. In seiner großen Rede erklärte er, daß er den passiven Widerstand für nicht ausreichend hielte, um die Freiheit zu erlangen. Er schlug eine Aenderung der Taktik vor. Es sei verfehlt, die neuen Parlamente nur von außen zu boykottieren, man müsse sie von innen heraus umgestalten. Statt sich, wie Gandhi es gewollt, der Teilnahme an der Wahl zu enthalten, solle man an der Wahlurne vollzählig erscheinen. So sei es ein leichtes, die Majorität in den Parlamenten zu erhalten, und entweder das durchzusetzen, was man erstrebe, oder aber, da das wohl an dem Widerstande der Regierung scheitern werde, eine Stilllegung des parlamentarischen Betriebes zu erreichen.

Die Vorschläge des Präsidenten fanden damals nur bei einem kleinen Teil der Versammlung Zustimmung. Die Majorität stand noch unter dem Einflusse Gandhis und wollte nicht von den Methoden des passiven Widerstandes abweichen, wie dieser sie ihnen gepredigt hatte. Man beschloß daher, über die Vorschläge des Präsidenten zur Tagesordnung überzugehen. Chitta Ranjan Das legte daraufhin sein Amt nieder, ohne aber aus dem Kongreß auszutreten.

Auch der mohammedanische Kongreß, der wieder zur selben Zeit und am selben Orte tagte, erklärte sich gegen die Vorschläge Das'. Er drängte aber auf baldige Durchführung des bürgerlichen Ungehorsams und verlangte dessen sofortige Ausführung, falls es zwischen England und der Türkei zum Kriege käme. Die Vorgänge in der Türkei nahmen in den Verhandlungen der mohammedanischen Liga natürlich eine hervorragende Stelle ein. Die Absetzung des Kalifen durch die Angora-Regierung fand allgemeine Zustimmung, ebenso die Wahl seines Nachfolgers. Man verlangte aber, daß Kalifat und Sultanat nicht voneinander getrennt würden, und daß der Kalif nicht nur geistiges Oberhaupt der Anhänger des Islams sein dürfe, sondern auch die weltliche Macht besitzen müsse. Hindus sowohl wie Mohammedaner begrüßten in Kemal Pascha den Vorkämpfer für die Freiheit Asiens von dem Einflusse der Europäer und versprachen ihm jede Unterstützung.

Durch den Entschluß des Kongresses und der mohammedanischen Liga war die Frage nach dem Eintritt in die Parlamente nicht endgültig entschieden. Chitta Ranjan Das und seine Anhänger haben inzwischen eine neue Partei gegründet, die sog. „Schwaradsch-Partei“, die für

die Beteiligung an den Wahlen und die Sprengung der Parlamente von innen heraus eintritt. Anfangs sah es aus, als ob die von Gandhi inszenierte Bewegung damit eine Schwächung erleiden würde. Das scheint aber tatsächlich nicht der Fall zu sein. Auch die Anhänger der neuen Partei wollen den passiven Widerstand, sie wollen ihn aber den Parlamenten gegenüber in anderer Weise betätigen, als es die ursprüngliche Absicht Gandhis war. Sie glauben, daß heute die Lage etwas anders liege als bei den ersten Wahlen und daß die neuen Vorschläge nichts anderes seien, als eine konsequente Entwicklung der Ideen ihres großen Führers. In den langen Erörterungen über diesen Streitpunkt innerhalb der Kongreßpartei, von der sich die Schwaradsch-Partei übrigens nicht getrennt hat, hat der nationale Gedanke über kleinliche Parteirücksichten gesiegt. Man ist zu dem Entschlusse gekommen, in dieser Frage den Einzelnen die Entscheidung zu überlassen, was sie nach ihrem Gewissen als das Entsprechendste ansehen. Tatsächlich scheint es, daß Das heute die Mehrheit auf seiner Seite hat. Die Puna-Gruppe, die auf Tilak zurückgeht, war von Anfang an für eine Sprengung der Parlamente durch Beteiligung an der Wahl, wie das dem robusteren Charakter ihres verstorbenen Führers entsprach. Früher hatte sie dem Einfluß Gandhis sich unterworfen, heute aber ist sie zu ihrem alten Prinzip zurückgekehrt. Viele andere Gruppen haben sich angeschlossen. Nur ein Teil der breiten Massen, die Gandhi blind folgten, sind noch zurückhaltend, weil sie fürchten, ihren „Mahatma“ zu beleidigen, wenn sie einer anderen Politik zustimmen. Aber es ist zu erwarten, daß auch sie sich mit dem veränderten Verfahren abfinden, namentlich wenn man ihnen die Versicherung geben kann, daß der im Yeranda-Gefängnis in Puna eingekerkerte Gandhi mit der Neuerung einverstanden ist. Bei den Neuwahlen zu den Stadtverordnetenämtern vieler Städte, die dieses Jahr stattfanden, haben sich die Extremen bereits in großer Menge beteiligt und an manchen Orten eine große Zahl ihrer Vertreter durchgebracht. Die Sachlichkeit, mit der die ganze Frage in Indien erörtert wurde, hat wiederum klar gezeigt, mit welchem Erfolge Gandhi die politische Schulung seines Volkes durchgeführt hat, und wie tief der nationale Gedanke eingedrungen ist.

Hier, wie auf vielen anderen Gebieten zeigt sich ein gewaltiger Fortschritt, wenn man die heutige Lage Indiens mit der vor dem Kriege vergleicht. Was früher nur die kühnsten Träumer erhofften, das ist heute erreicht. Indien wird, auch wenn nichts Neues geschieht, in absehbarer Zeit die Rechte der Dominionen erhalten. Aber